

# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Haus“

Schalter-Haus geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Fernruf:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 0650-51.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntag.

Bezugspreis für beide Ausgaben: 10 Pf. monatlich. Nr. 2 — vierzehntäglich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Beitragsabzug. Nr. 3 — vierzehntäglich durch alle deutschen Buchhändler, ausländische Buchhändler. — Bezugs-Poststellen gelten ausserdem entgegen: in Wiesbaden die Börnecker-Büro, Börnecker 29, sowie die Ausgabenstelle in allen Teilen der Stadt; in Biebrich: die vorigen Ausgabenstellen und in den benachbarten Landstädten und im Rheingau die bestehenden Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Preis für die Seite: 10 Pf. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Kreiszeitung“ in einheitlicher Sache, 10 Pf. in derselben abweichender Sache, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen. 10 Pf. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Mf. für lokale Zeitungen, 2 Mf. für auswärtige Zeitungen. Gänge, halbe, drittel und viertel Seiten, verhältnissmäßig nach bestehender Werbung. Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in fester Zwischenräume entsprechender Rendite.

Anzeigen-Annahme: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin SW. 61, Teltower Str. 16, Fernspr. Amt Bülow 5788. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgezeichnetes Mittag für die Morgen-Ausgabe bis 2 Uhr nachmittags.

Donnerstag, 11. Dezember 1913.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 577. • 61. Jahrgang.

## Politische Pädagogik zur Behandlung von Grenzbevölkerungen.\*)

Colonialpädagogische Gesichtspunkte höherer Ordnung sollten auch mehr und mehr für die Behandlung von nationalen Grenzgebieten mit obstinaten fremden Rassenbestandteilen maßgebend werden. Es ist z. B. zweifellos, daß die deutsche Politik in den Grenzgebieten mit polnischer, dänischer und elbässischer Bevölkerung durch Anwendung einer unpädagogischen und einseitig repressiven Methode viele schwere und schwer heilbare Nickerfolge erzielt hat. Eine starke repressive Aktion kann in gewissen entscheidenden Situationen vorübergehend geboten sein, aber gerade sie wird um so mehr Autorität und Wirkung haben, je weniger man sonst durch repressive Schläfen im Kleinen und Alltäglichen sich die Gemüter entfremdet und abgestumpft, ja den Eindruck einer gewissen Unsicherheit der eignen Position verbreitet hat. Wer in der Tat nicht ganz durchgreifende „colonialpädagogische“ Lehren aus der Tatsache zu ziehen vermag, daß das urdeutsche Elsaß heute, vierzig Jahre nach der Rückeroberung, noch in ganz erstaunlichen Maße französisch, mindestens aber nicht deutschfreundlich gefühlt ist, dem ist allerdings nicht zu helfen. Hätte man sich ein wenig vergegenwärtigt, daß das Elsaß schon im Mittelalter, als das übrige Deutschland sich erfolglos gegen die übermacht des Adels wehrte, die größtmöglichen Freiheiten im Reich erlangt hatte, daß ferner die elbässischen Städte eben durch ihre Anslieferung an Frankreich die erworbenen Freiheiten und Rechte bewahrten und endlich, daß Elsaß der französischen Kultur durch tiefegehende Einflüsse tiefverbunden und tiefverpflichtet worden ist — man würde wirklich nicht dem Wahn verfallen sein, daß man durch eine Politik schneidiger und ungeduldiger Reglementierung ein solches Land „germanisieren“ könne. Wieviel ist da im Anfang auf Jahrzehnte hinaus verdorben worden! Die elbässische Sage ist eine wahre „object lesson“ für die Unentbehrlichkeit der Pädagogik im Ausgleich von Völkern- und Kulturen. Wollte man nur daraus lernen! Aber wir haben in den östlichen Grenzgebieten unter veränderten Umständen ganz ähnliche Fehler begangen. Unsere Realpolitiker ignorieren die Wirkungen ihrer Maßnahmen auf die Welt des Bischöflichen mit einer Konsequenz, die wahrhaft erstaunlich ist in einer Zeit, in der selbst die Zierbändiger von Zwang und Peitsche abkommen und uns höchst lehrreiche Erfahrungen über den Appell an das Völkliche, an die sozialen Neigungen selbst im wilden Tiere vorlegen!

\*) Wir entnehmen mit Erlaubnis der Verlagsanstalt A. G. Leibniz-Leipzig dieses Kapitel dem sehr lebenswerten Buche: „Staatsräuberliche Erziehung“ von Dr. W. Förster (2. Aufl.). Das Kapitel wird im Hinblick auf die Vorfälle in Babern gewiß sehr interessieren. Tatsächl.

„Kultur“ wird sich immer in einer Abnahme ängstlicher und nervöser Selbstbehauptung, aufdringlicher und taftloser Geltendmachung eigner Ansprüche fundgeben — und solche „Kultur“ erobert machtvoller als alle Stanonen, assimiliert unwiderstehlicher als alle Reglements, entwaffnet schneller als alle Enteignungen. Aber wir Deutsche brauchen wohl noch einige Zeit, bevor wir wieder zu solcher „Kultur“ kommen, die die Voraussetzung jeder tieferen pädagogischen Wirkung ist. Vielleicht aber ist es doch möglich, einmal das Bejen jolcher Kultur durch das Wesen der ethischen Pädagogik zu definieren, die von ihr ausgehen muß: Der grundlegende Akt jeder wirklich die Seelen gewinnenden und die Herzen erobernden Assimilierungs-politik muß immer in einem deutlichen und großherzigen Beweise von Reipelt vor der Eigenart und vor den Traditionen der Unterworfenen, ja vor ihrem Trotze beziehen — die echte Kultur, die sich in solchem Entgegenkommen, solchem Verstehenwollen und Abwarten verrät, die Verzichtleistung auf den bloßen egoistischen Besitzwillen, die sich darin fundgt, die bricht sofort auch die einseitige und misstrauische Selbstverteidigung der anderen und wirkt entspannend und versöhnend.

Die Römer befolgten bekanntlich die Sitte, die Götterbilder der unterworfenen Völkerstaben sofort in ihrem eigenen Tempel aufzustellen — eine Sitte von großartig symbolischer Bedeutung für alle dauerhafte Kolonialarbeit: daß man das Heiligste der fremden Rasse unter die eigenen Heiligtümer aufnimmt und dadurch einen Akt der Ehrung vollzieht und einen Ausritt aus der nationalen Beschränktheit verspricht, der den anderen das Heraufkommen und Anstiegen ganz außerordentlich erleichtert. Das ganze Geheimnis des unerreichten Erfolges der römischen Weltpolitik lag in dieser geistigen Haltung.

Der Hauptgrundatz in der nationalen und staatlichen Angliederung erobter Territorien sollte in diesem Sinne laufen: Versieh dich in die Psychologie unterworferner und vergewaltigter Stämme und sammle feurige Stoben auf ihr Haupt, indem du der tiefen Depression ihres nationalen Lebensgefühls durch eine ganz besondere Ehrung ihrer gothischen Kulturgüter und durch eine wahrhaft ritterliche Schonung ihrer historischen Tradition und ihrer nationalen Empfindlichkeiten zu begegnen suchst. Durch solchen weiterzigen Schutz wirst du den Untertworfenen am besten beweisen, daß sie Raum bei dir finden für ihr ganzes Wesen — Raum auch für ihre Freiheit: dadurch allein erziebst du sie auch zur Pietät gegen deine Forderungen und sicherst dich dagegen, daß die neue und die alte Freiheit als unvereinbare Gegenseite empfunden werden und zu keiner vernünftigen Ausgleichung im Gewissen des einzelnen gelangen.

Gedanke wir Deutsche, die wir so oft die Tugend der Treue feiern und sie sogar zu unserer Nationaltugend erwählt haben — wir sind doch geradezu verpflichtet,

edle Beständigkeit der Gesinnung auch dort anzuerkennen und zu schonen, wo sie unserer nationalen Politik komplizierte Aufgaben stellt!

Die beste Polenpolitik wäre es gewesen, wenn wir in Polen ein polnisches Nationalmuseum und eine polnische Nationalbibliothek eröffnet hätten. Wir hätten in souveräner Sicherheit beweisen können, daß wir uns stark genug fühlen, die historischen Erinnerungen und Kulturgüter unserer Volksgenossen auch dort zu pflegen, wo sie aus einer fremden Quelle stammen, wir hätten uns eine Ehre daraus machen können, eine so reiche und charaktervolle Tradition mit unserer Geschichte zu verbinden — und hätten es im übrigen gestrost der Zeit überlassen, auf dem Wege solcher moralischen Eroberung auch allmählich eine tiefere Verbindung mit der deutschen Kultur herzustellen. Genau auf diese Weise haben einst die Franzosen das Elsaß „romanisiert“! Fast in jedem Rest errichteten sie ein Musée zur Konserverung dessen, was deutsche Kunst und Kultur geschaffen, sie führten seinerlei Ausrottungskrieg gegen die deutsche Sprache, sie machten Straßburg beinahe zu einer deutschen Universität — die Folge davon ist, daß wir heute noch mehr als vierzig Jahren diese urdeutsche Bevölkerung noch nicht wieder haben „germanisiert“ können!

Wohl aber könnten durch eine wahrhaft ritterliche Kulturpolitik die deutschen Polen uns ebenso angegliedert werden, wie Frankreich sich einst die elbässischen Deutschen verband, hinter denen doch auch eine seitewurzelte Kultur von Jahrhunderten stand. Solche kulturelle Übergangsterritorien mit grobmütigen Konzeptionen an die fremde Tradition — bei aller Festigkeit in gewissen unabsehbaren Forderungen nationaler Gemeinsamkeit — sind wahrlich von unschätzbarer Bedeutung für die gegenseitige Annäherung und Verständigung stark verschiedener Kultursphären. Auf solchem Wege könnten gerade die deutschen Polen Vermittler und Verkünder deutscher Kultur im Osten werden. Das wäre wirkliche Germanisation!

Freilich kann der sogenannte Realpolitiker solchen Veripetiven gegenüber immer „die gefährdete nationale Sicherheit“ ins Feld führen. Kann nicht Entgegenkommen und Nachgiebigkeit gerade gegenüber einer unsicheren oder gar abgeneigten Grenzbevölkerung direkt die Landesverteidigung schwächen und innerhalb der eignen Grenzen antinationale Mächte erstarren lassen? Gewiß kann kein Mensch gegenüber solchen Befürchtungen das Gegenteil beweisen. Es gehört aber absolut zur Würde einer starken Nation, daß sie den nationalen Mut hat, eine solche Politik bis zum äußersten zu verfolgen. Schlägt die Probe doch fehl, so wird ihr dann das Bewußtsein, alles ver sucht zu haben, einen moralischen Elan geben, der ihr alles einbringt, was sie etwa an äußeren Sicherungen preisgegeben hat. In solcher grobmütiger Politik läßt man sich immer noch irremachen durch eine abstrakte und fanatische Vor-

bis ans Heft in das Genie. Da plötzlich kommt wieder Leben in den Tod. Mit einem Zug, der den ohnmächtigen alten Oberförster auf den Rücken wirft, reißt er sich los und geht mit dem Messer flüchtig ab. Als der Alte, mit blutender Hand, die das gut gerupfte Gehörn beim Zörelchen scharrt mitgenommen, sich wieder aufgerappelt, ist er verächtlich. Tod und Messer hat man trotz sorgsamster Nachsuche niemals wiedergefunden! In diesem Falle hätte mal der Fang nicht gesessen, die Klinge war seitwärts abgeglitten ohne daß Rüdenmark zu zerschnellen da sonst unsichtbar sofortige Löschung eingetreten wäre.

Als weidgerechte Methode des Tötens kannten Wildes von unseren Vorfahren übernommen, galt der Genicksang bislang unbestritten als solche. Die Alten ließen sich durch den Scheintod täuschen, wir aber wissen heute als Ergebnis einer exakten wissenschaftlichen Forschung, daß ein Wild, auch wenn sein Rüdenmark durchstochen ist, noch für Minuten bei vollem Bewußtsein bleibt. Aber selbst der sehr gräßigen Hand gelingt es durchaus nicht immer, das Rüdenmark vollständig zu durchstechen; mehr oder weniger kleine Teile des Rüdenmarkes bleiben öfters noch im Zusammenhang mit dem Gebirn, und die Todesqual wird nicht unweinlich verlängert. An Haustieren gemachte wissenschaftliche Versuche haben ergeben, daß auch bei richtig ausgeführtem Genicksang das Bewußtsein so lange völlig erhalten bleibt, bis die nach der Blutentleerung eintretende Blutlerei des Gehirns dasselbe aufhebt. Genicke Ochsen haben noch dem Abducen noch dargebotenes Brod und Salz angenommen. Vom Standpunkt der Wissenschaft ist also der Genicksang eine grausame Manipulation, und diesem Wahrspruch sollte sich auch der Jäger unbedingt fügen.

Als Erfolg für den Genicksang ist der Fang auf den Stich oder „Kälberfang“, von vorn zwischen die Schulterblätter, so geführt, daß er das Herz trifft, auch für Rehwild empfohlen; für Rot- und Damwild, für Rothirsch und geringe Hirsche war er schon immer gebräuchlich. Soll der Kälberfang sofort tödlich wirken, so muß er das Herz treffen. Dazu reicht aber selbst beim Rehwild die Länge des Lederscheins, wie wir es gewöhnlich führen, nicht aus, man müßte dann

## Genicksang oder Fangschuß?

Die verbreitetste Methode, stark geschossenes Rehwild von seinen Leiden zu erlösen, ist oder war wenigstens nach alter Überlieferung fast ausschließlich der Genicksang. In den letzten Jahren haben sich aber viele gewöhnliche Stimmen sehr energisch öffentlich dagegen erhoben. An Stelle des Genicksangs soll der Fangschuß treten. Mit Ruhe abgegeben, wirkt er sicher, schnell und schmerzlos. Dann kann man mit Zug und Recht sagen: das frische Stück war „wie vom Blich geschlagen“. Mancher stöhnt sich nur deshalb an den Fangschuß, weil er knallt und man durch östliches Schießen das Wild nicht unmöglich beunruhigen will. Der Einwurf direkt aber selbst für sehr wildreiche Reviere nicht stichhaltig seir. Bricht ein Stück im Feuer zusammen, ohne zu verenden. Bringt ein Stück im Feuer zusammen, ohne zu verenden, g. B. mit schlechtem Rüdenstück, der es unfühlbar niederschlägt und auch am Fortbewegen hindert, weil das Rüdenstück zerstochen ist, mit dem es aber noch Stundenlang leben kann, oder mit zerschmetterten Läufen, so ist es doch völlig gleichgültig für die Ruhe im Revier, ob innerhalb fünf Minuten ein oder zwei Schüsse fallen. Der Schrotschuß auf den Hals, wo der Rückenlauf fehlt, verdirbt ja immerhin einiges Bildbret, welches beim Genicksang erhalten bleiben würde, aber er bietet, auf längere Entfernung und aus gut defensivem Gewehr abgegeben, durch das vielfache Durchschlagen der Halswirbel größere Sicherheit des sofortigen Verendens des frischen Stückes.

Zweifellos ist der Genicksang die Quelle vieler Leiden für das frische Wild. Selbst von durchaus fundiger, geübter Hand ausgeführt, hat er nicht immer ein so schnelles Verenden zur Folge, daß man ihn mit gutem Gewissen als bestes Mittel zum Absingen des Wildes, nächst dem Fangschuß, empfehlen könnte. Häufig ist das Stück, wenn man ihm überhaupt den Genicksang geben kann, schon sehr frisch, und dem Verenden nahe — ich habe selbstverständlich hier nur den weidgerechten Fangschuß im Auge und nicht ein Geschlehen des Läufe mit der Schrotspitze —, und dann tritt der Tod, da eines zum anderen kommt, schnell ein. So er-

hält es sich auch, daß der Genicksang mit so großer Vorliebe angewendet wird. Ein einfacher Stich — man hat das Glück, die richtige Stelle zu finden und nicht etwa auf dem harten Wirbelschloß die Ressenspitze abzubrechen —, und das Stück ist im wahren Sinne des Wortes dem Jäger unter der Hand verendet, der mit Genugtuung feststellt, daß der Fang schnell und gut „gesessen“.

Anders, wenn das angeschweizte Stück nicht gleich tödlich frisch, sondern durch zerschossene Läufe, Rückgratschuß, Keulenstück mit zerschmetterten Knochen usw. first erst nur an der Fortbewegung behindert ist. Dann geht die Sache nicht so glatt, dann sieht man, daß das Wild entschlechte Qualen leidet. Der Fang hat diesmal wohl „nicht richtig gesessen“. Wovor bleibt das Opfer meist stumm, denn es ist ja durch den Genicksang gelähmt, aber man sieht ihm nur mal in die Richter, dieser Ausdruck der Todesangst könnte Steine erweichen. Viele alte, erfahrene Jäger behaupten zwar, daß Wild, wenn der Fang „richtig sitzt“, unter allen Umständen sofort verendet, weil ihm das Rüdenstück, der Lebensfaden, durchschnitten ist. Die Praxis beweist das Gegenteil. Oft ist das Durchschneiden und Verenden nur scheinbar. Der ingwischen verstandene langjährige Erfahrung eines der besten Jagdgärtner, dem eine Jagdliebe Erfahrung wie kaum einem zweiten zur Seite stand, ergäßt mit folgenden Fäll, der ihn in dem Glauben an die Unschärheit des Genicksanges, nachdem er selbst in einem langen, gesegneten Weidmannsleben Tausende von frischen Stücken abgefangen, nach in seinem hohen Alter irre gemacht: Er sieht, noch mit Vorderladerbüchse großen Kalibers, während der Blattezeit, was ich besonders betone, da den Böden dann ja eine besondere Lebenskraft und Zäbigkeit innehaben soll, einen Rehwild, der mit Rehervisch im Feuer zusammenfällt. Da er noch nicht verendet ist, wird er nach allen Regeln der Kunst, den Kopf am Hocorn mit der linken Hand heruntergezogen, abgenutzt. Der Wild, ein schmales, aber starkrüdiges Reh ohne Parterrlänge, früher in einer Lebensfalte der Scheide des Hirsfässingers und von der hannoverschen Jägerei noch heute in derselben Form mit Lederscheide,

in der rechten Hosentasche getragen, gleitet ohne Widerstand

stellung von nationaler Einheit. Warum sollen z. B. die elsässisch-lothringischen oder polnischen oder einstmal dänischen Gebiete Deutschlands durchaus im eigentlichen Sinne germanisiert werden? Eine Grenzbevölkerung, die stark vor einer großen Nachbarkultur beeinflusst ist, ja mit ihr dauernd in intimer geistiger Beziehung steht und viertägliche Traditionen von dorther bewahrt, kann für die friedliche Ausgleichung und gegenseitige Befruchtung großer Völkergruppen von allergrößter Bedeutung werden. Solche Ausgleichung aber bedeutet für die Landesverteidigung und die Grenzsicherung unvergleichlich mehr als ein ganzer Gürtel von Festungen. Nicht so noch Reisende sichern die steile Höhe... Liebe des freien Manns... Freilich muß eine solche, mit ritterlicher Duldung behandelte Grenzbevölkerung sich zu fadelloser Loyalität gegenüber dem Staatswesen entwindeln, das ihr Vertrauen schenkt — aber eben dies wird auch nicht von heute auf morgen erzwungen, und je weniger Entgegenkommen und Verständnis für ihre Vergangenheit und Eigenart eine solche Bevölkerung in einem Staatswesen finde, desto mehr bringt man sie in Versuchung, nicht bloß in kulturellen Beziehungen zum Ausland zu leben, sondern sich auch politisch dorthin zu engagieren.

Wir brauchen für die Zukunft des Völkerlebens einen ganz neuen Mut, nämlich den Mut zur Großmut, und gerade die stärksten „Kulturnationen“ dürfen und sollten es sich leisten, auch einmal in der „Kulturdagogik“ entschlossen voranzugehen und die überzeugendste Bedachtsamkeit auf die nationale Sicherheit den schwächeren Völkern zu überlassen.

## Politische Übersicht.

### Aerzte und Krankenkassen.

Der „Liberalen Korrespondenz“, dem Organ der Fortschrittlichen Volkspartei, wird geschrieben:

Durch den vor kurzem veröffentlichten Erlass der drei preußischen Minister, für Handel und Gewerbe, für Landwirtschaft und des Innern, ist die Möglichkeit, noch vor dem 1. Januar 1914 zu einem Frieden zwischen den Krankenkassen und den Ärzten zu kommen, so gut wie ausgeschlossen. Die Arztreorganisationen haben auf jenen Erlass, der eigentlich den Oberversicherungsämtern den Abschluß von Verträgen zwischen Krankenkassen und ärztlichen Organisationen in Preußen untersagt, die von ihrem Standpunkt allein richtige Antwort gegeben, indem sie es den örtlichen Arztreorganisationen zur Pflicht machen, alle Vertragsverhandlungen mit Krankenkassen abzubrechen.

Man muß sich daher darauf gefaßt machen, daß vom 1. Januar 1914 ab in den weitesten Kreisen Deutschlands die Kassennmitglieder weder eine freie Arztrebehandlung noch eine Versorgung mit freier Medizin haben werden. Die erkrankten Kassennmitglieder werden dafür eine Belastung erhalten, die aber in vielen Fällen die Kosten für Arzt und Medizin nicht decken wird.

Der erwähnte Erlass der Minister gibt staatsrechtlich zu den schwersten Bedenken Anlaß. Die Ermächtigung, anstatt der freien ärztlichen Behandlung den Kassennmitgliedern eine Barleistung zu gewähren, wird ausgesprochen von den Beschlusshämmern des Oberversicherungsamtes. Diese Kammern haben zu prüfen, ob die Bedingungen der Ärzte gegenüber den Kassen angemessen oder nicht angemessen sind. Die Beschlusshämmern seien sich zusammen aus dem Direktor des Oberversicherungsamtes, einem anderen Mitglied des Amtes, einem Vertreter der Arbeitgeber und einem Vertreter der Arbeitnehmer.

schon das ganze Heft mit hineinstöcken. Bei Notwild gelingt aber auch der Röhrlauf mit vorschrittmäßigem Hirschfänger durchaus nicht immer. So schoß ich ein flüchtig breit kommendes Wildtier mit starkem Blei, 11 Millimeter, über den Blättern, also zu hoch, quer durch. Es lag im Feuer. Als ich die Wunde wieder geladen hatte, sah ich, daß es den Kopf hochhob und sich aufzurichten versuchte. Ich ging heran und gab da ein Absagen von links nach rechts nicht möglich war, weil das frische Stück auf der linken Seite saß bzw. lag, den Röhrlauf, und zwar mit dem oft erprobten sogenannten „couteau“, dem kurzen, bei den hannoverschen Saujagden gebräuchlichen Hänger mit breiter Klinge, bis an die Halswunde hineinlöschte. Im selben Augenblick sah der Kopf zurück, das Tier lag leblos und, wie ich nur annehmen konnte, verendet. Raum hin ich aber 10 Minuten auf meinem Stande, da sah ich zu meinem Entsezen, daß Kopf und Hals wieder in Bewegung sind. Jetzt ging ich heran und machte ein Ende durch eine auf den Hals gesetzte Kugel. Beim Aufbrechen ergab sich, daß beim Absagen die Klinge das Herz nicht getroffen hatte, sondern dort davon vorbeigeglitten war. Der Fangschuß dagegen hatte seine Schuldigkeit getan.

Ernst Schlotfeldt.

### Aus Kunst und Leben.

\* Ein Jubiläum des „Ed“. Mit großer Feierlichkeit beging am Sonntag die Comédie Française ein solches Jubiläum des berühmtesten Meisterwerkes von Corneille; vor einem feierlichen Publikum ging der „Ed.“ zum 1000. Male in dem ersten Theater Frankreichs in Szene. 277 Jahre hat der „Ed.“ gebraucht, um diese Aufführungszahl im Nationaltheater der Franzosen zu erreichen. Unter allen Werken Corneilles wurde er am häufigsten auch vor der Nachwelt gespielt. „Cinna“, die „Horatier“ und die „Rügnier“ werden voraussichtlich noch zwei Jahrhunderte benötigen, ehe sie das gleiche Jubiläum feiern können. Im Dezember 1896 — der genaue Tag ist nicht mehr bekannt — erlebte der „Ed.“ seine Uraufführung in dem damaligen Théâtre du Marais; der ganze Welt des Pariser jener Zeiten wohnte dem Ereignis bei, denn überall hatte man vorher von der großen Tragödie gesprochen, die ein junger aus Rouen nach Paris gekommener Advokat namens Pierre Corneille verfaßt haben sollte. Der Zu-

Bei Stimmengleichheit entscheidet der Direktor des Oberversicherungsamtes. Diese Zusammensetzung der Beschlusshämmern ist natürlich durchaus fehlerhaft und ist auch von der Fortschrittlichen Volkspartei bei den Reichstagsverhandlungen aufs schärfste angegriffen worden. Denn sie macht eigentlich die kollegiale Beratung der Beschlusshämmern zu einer Farce und überläßt die Entscheidung dem Direktor des Oberversicherungsamtes. Von Seiten der Regierung wurden die Beschrifungen der Fortschrittlichen Volkspartei nach dieser Richtung hin immer befronnen. Der preußische Ministerialerlaß zeigt aber die Richtigkeit der fortschrittlichen Auffassung. Denn der Erlass schreibt den Oberversicherungsämtern, also doch natürlich nur den an diesen tätigen Staatsbeamten, vor, was sie in dem erwähnten Falle als angemessene Bedingungen erklären sollen oder nicht. Mithin verliert das Urteil der Bairenbewirber bei der Beschlusshämmern jeden Wert. Die Einmischung der Regierung in die beschließende Tätigkeit der Oberversicherungsämter ist um so bedauerlicher, als den Beschlusshämmern des Oberversicherungsamtes vielfach Entscheidungen zustehen, die bisher die Verwaltungsgerichte zu treffen gehabt haben. An die Stelle unabhängiger Gerichte, die sich auch bei denen des größten Ansehens und Vertrauens erfreuten, die mit einzelnen Urteilen nicht zufrieden waren, treten mithin Körperschaften, deren beamtete Mitglieder in ihren Entscheidungen von den Staatsbehörden durchaus abhängig sind. Darin liegt ein entschiedener Rückgang.

wb. Köln, 10. Dezember. Das Oberversicherungsamt hat jetzt wieder den Krankenkassen gestattet, die Leistungen der Krankenkassen auf 3% des geistlichen Krankengeldes zu erhöhen. — In Bonn sind zwischen den Krankenkassen und den Ärzten Vereinbarungen auf fünf Jahre zustandegekommen.

### Was wird in Elsaß-Lothringen?

Über diese wichtige Frage äußert sich der elsässische Landtagsabgeordnete Alfred Wolf in der neuen Nummer der „Hilfe“. Er führt u. a. aus: „Man weiß heute noch nicht, wie leichten Endes die Liquidatoren den Bankrott der Reichsregierung behandeln. Die Verlegung des Regiments kann wohl als der Beginn einer Sühneaktion betrachtet werden. Von ihrem weiteren Verlauf hängt die Wiederherstellung des schwächer erschütterten, fast geidwundenen Vertrauens der Elsaß-Lothringen zur Landesregierung ab, wie ja auch der Reichsanzler nur durch genügende Garantieleistung sich die geübliche Mitarbeit des Reichstags sichern kann. Das noch außen ungewisse Verhalten der Regierung in einem Augenblick, wo ihre verfassungsmäßig garantierte Stellung auf der Spitze des Militärtuberkels aufgespielt war, ihr fortwährendes Schweigen dem erregten Bürgertum gegenüber, daß ein Anrecht auf die Kenntnis der Meinung der Regierung habe, schuf eine Erbitterung in allen Volkskreisen, wie sie noch nie dagewesen. Wird diese Spannung nicht rechtzeitig und gründlich dadurch behoben, daß nach außen klar erkennbar wird, daß die Regierung ihre volle Pflicht, was ja möglich ist, wenn auch im stillen, getan hat, werden die kommenden Landtagsverhandlungen eine standige Quelle der Unruhe und Unzufriedenheit bilden. In dem Maße der Sühne liegt daher die soziale Voraussetzung der Wiederkehr normaler Zustände. Es ergibt sich aber in voller Klarheit aus dem jämmerlichen Verlauf dieses Konflikts, daß im System etwas nicht stimmt, daß immer neue Erbitterungen drohen, weil der Kontakt zwischen Volksrollen und Parlament einerseits und Regierung und Krone andererseits so ungünstig ist, daß derartige Katastrophen immer wieder entstehen können.“

schauerraum war überfüllt und die Begeisterung, mit der der „Ed.“ aufgenommen wurde, gleich einem wahren Taumel. Zeitgenossen erzählen, daß lautes Schluchzen durch die Zuschauerreihen ging. Dazu kam eine geradezu demonstrative Begeisterung, als Don Rodrigo seine Herausforderung sprach: denn kurz vorher hatte Richelieu seine berühmten Etasse gegen den Zweikampf bekannt gemacht, und man wollte den Tod des Grafen Montmorency-Bouteville rächen, der wegen Übertretung dieser Etasse verurteilt worden war. Später will Jedermann den Dichter beglückwünschen, aber der schüchterne, unansehnliche kleine Mann, der verlegen ein paar Worte stammelt, enttäuscht alle; er ist schlicht und einschließlich in der Unterhaltung langweilig, er versteht nicht recht, was man sagt. Aber trotzdem ist wenige Wochen später der Ausdruck „Edouard wie der „Ed.“ populär Redensart geworden, um etwas Herrliches zu bezeichnen. Von 1880 bis 1890 wird der „Ed.“ 66 Mal gegeben, und seitdem verschwindet er nie mehr ganz vom Repertoire. Dem Erfolg des viel verherrlichten und viel angefeindeten Werkes entsprach von Anfang an auch der Bucherfolg. Erstausgaben vom „Ed.“ wurden bald eine bibliophile Rarität, und 1905 ergab ein Quartett des „Ed.“ auf der Versteigerung der Sammlung Daguerre den Rekordpreis von 22 800 Franken für ein Buch, oder besser gesagt, ein Heft von 128 Seiten.

### Kleine Chronik.

Theater und Literatur. Vollmöller's „Mitarbeiter“ wird in Frankfurt a. M. unter der Regie von Max Reinhardt im Rahmen eines Gastspiels des Deutschen Theaters aus Berlin am 23. Dezember in der Freihalle zur Aufführung gelangen. In Berlin ist das Werk bisher noch nicht gegeben worden.

Um den Direktorposten des Mainzer Stadttheaters haben sich eine Menge Bewerber gemeldet, obwohl die Vergabe des Theaters noch gar nicht ausgeschrieben ist. Die Theaterdeputation hat sich in zwei Sitzungen mit der Sache beschäftigt und gestern beschlossen, der heutige stattfindende Stadtverordnetenversammlung die Entscheidung zu überlassen, ob die Vergabe des Stadttheaters ausgeschrieben wird oder nicht. Erst dann soll die Personalfrage entschieden werden. Man glaubt, daß eine Ausschreibung diesmal nicht erfolgt, weil sich ja genug Herren schon um das Theater beworben haben.

### Deutsches Reich.

\* über die Novelle zum Kaligesetz wird offiziell geschrieben: Aus den Kreisen der Metallindustrie ist die Anregung hervorgegangen, gesetzgeberische Maßnahmen in Form einer Novelle zum Kaligesetz dadurch entbehrlich zu machen, daß innerhalb der Metallindustrie der Weg der Selbsthilfe beschritten wird, indem durch Vereinbarungen sämtlicher Interessenten die Errichtung neuer Werke möglichst bis zum Ablauf des Kaligesetzes im Jahre 1925 oder wenigstens bis zum Jahre 1930 verhindert wird. Die Verhältnisse innerhalb der beteiligten Industrie sind jedoch nicht derart, daß mit der Möglichkeit einer solchen Verstärkung zu rechnen wäre, und aus diesem Grunde ist eine gesetzgeberische Maßnahme nicht zu umgehen. Man scheint nun teilweise anzunehmen, daß die kommende Novelle aus fiskalischen Rücksichten der Industrie wesentlich erhöhte Lasten auferlegen wird. Diese Auffassung ist jedoch vollkommen unzureichend. Wenn eine Gesetzesvorlage eingebrochen wird, so liegen ihr fiskalische Rücksichten durchaus nicht zugrunde. Für den Gesetzentwurf werden vielmehr lediglich die wirtschaftlichen Interessen der Metallindustrie maßgebend sein, um diese auf eine sichere Grundlage zu stellen. Werden dabei die Industrie größere Leistungen auferlegt als bisher, so sind diese gewissermaßen nur als eine Versicherungsprämie dafür anzusehen, daß die Industrie auf absehbare Zeit vor der Neugründung von Berlin sichergestellt wird. — Wohlgemerkt, das ist die offizielle Ansicht.

\* Ein Defizit des Wehr-Katholikentags. Der Vorstand des Komitees des Wehr-Katholikentags hielt vor gestern abend im bischöflichen Palais im Beisein des Bischofs die Schlusssitzung ab, in der der Rechenschaftsbericht erfasst wurde. Das Defizit beläuft sich hier nach auf 8000 Mark. Es ist in der Doppelsprachigkeit der diesmaligen Tagung begründet, die eine doppelte Herstellung der Drucksachen erforderlich machte. Für die Garantieeindrücke wird nach dem Eingehen aller Unterstellungen eine Ratiogabe von 6 Prozent sich ergeben. Am 22. Dezember findet in der Notre-Dame-Kirche ein Schluss- und Dankgottesdienst statt.

\* Generalversammlung der Deutsch-asiatischen Gesellschaft. Die Deutsch-asiatische Gesellschaft hielt am 6. d. M. in Berlin unter zahlreicher Beteiligung der Mitgliedschaft ihre diesjährige Generalversammlung ab. Den Vorsitz führte der Präsident der Gesellschaft Frhr. v. d. Goltz. Dr. Bodberg-Röhm begründete unter Anführung von Daten aus dem chinesischen Wirtschaftsleben die Notwendigkeit einer weitanschreitenden Union, um Deutschland seinen Anteil am fünften chinesischen Weltgeschäft zu sichern. Die dazu erforderlichen großen Mittel seien, wenn überhaupt, nur zu erreichen durch ein China-Institut, dessen Einrichtung der Referent darlegt. Eine vom Referenten im Auftrag der Deutsch-asiatischen Gesellschaft verfaßte Denkschrift „Ein deutsches China-Institut“ werde demnächst der Öffentlichkeit übergeben werden; eine willkommene Ergänzung zu diesen Ausführungen bildete das folgende Referat des seit Jahren als Rezipienten deutscher Zeitungen in China lebenden Herrn G. v. Salzmann zu dem Thema: „Deutschlands Stellung in Ostasien“. In längerer, äußerst interessanter Rede schildert v. Salzmann die Ursachen des unbekreißbaren Rückgangs des deutschen Einflusses in China. Für zwei sehr wichtige Punkt zur Abhöhe hält der Referent eine ausgedehnte Kulturtätigkeit und den Ausbau des Nachrichtendienstes.

\* Die Zentralisierung des Eingabewesens wirtschaftlicher Verbände. Wiederholt ist in den Kreisen des Reichstags darüber Klage geführt worden, daß das Übermaß an Eingaben besonders aus den Kreisen von Industrie, Handel und Gewerbe sich kaum bewältigen lasse und daß es aus diesem Grunde häufig bei bestem Willen nicht möglich sei, die Eingaben einer erstaunlichen und genauen Durchsicht zu unterziehen und sie so zu bearbeiten, wie es im Interesse der Antragsteller erwünscht ist. Entsprechend zahlreich an den Hansabund gelangten Wünsche will dieser nun einen Versuch machen, die Eingaben der einzelnen Verbände auf Wunsch in kurzen Zusammenfassungen des wichtigsten Inhalts und der Begründung dem Reichstag zu über-

Bildende Kunst und Musik. In Reapel wurden in der Kirche Santa Clara unter Wandmalereien einige verlorene geschilderte Fresken des Giotto, des Frühmeisters der Renaissance aus dem Decento, wiedergefunden. Die Arbeiten stellen die Madonna als Gnadenmutter und als Pietà sowie verschiedene Heilige dar.

\* Professor Franz Kullak, der gescheite Musikpädagoge und Komponist, ist gestern im Alter von 89 Jahren in Wilmersdorf gestorben.

In Frankfurt a. M. ist um den Vortrag, bei der ersten Pariserlauftüfung den Pariser zu singen, zwischen den beiden mit der Rolle betrauten Opernsängern Karl Gentner und Robert Hutt ein grimmiger Streit entbrannt. Beiner will dem andern weichen und jeder droht dem Intendanten Vollmer mit sofortiger Kündigung, wenn er zurückkehrt. Auf den Ausgang des „Frankfurter Sängerkriegs“ ist man in den weitesten Kreisen recht begierig.

Eine Gedächtnisausstellung zur Erinnerung an Mathilde Matthes (geb. 24. März 1821 zu Frankfurt a. M., gest. November 1913 zu London) veranstaltet in Frankfurt das Fr. Nicolai Manskopff'sche musikhistorische Museum in der zweiten Hälfte des Dezembers. Diese Ausstellung wird Dokumente, Bilder, Porträts und Briefe usw. ihrer bedeutendsten Schülerinnen sowie auch solche der großen Künstler enthalten, die zu ihr in näheren Beziehungen standen.

\* Wissenschaft und Technik. Auf einer Forschungsreise in der Provinz Hunan (Kordilleren) ist der aus Österreich stammende Ingenieur Mischa Seljan als Leiter der Forschungsreise samt seinen Begleitern, einem Peruaner als Dolmetscher der Eingeborenen Sprache und mehreren anderen Ingenieuren, von den die Expedition begleitenden Indianern erlagt.

Der Leiter der wissenschaftlichen Expedition durch den Nordwesten Amerikas, Steffanson, sandte von Point Barrow (Alaska) eine Nachricht, in der er sagt, daß das Schiff „Barrow“ am 12. August, 15 Meilen vom Strand entfernt, eingestochen sei. Da er geglaubt habe, es werde den Winter über festliegen, sei er mit sechs Begleitern an Land gegangen, um zu jagen. Am 20. September sei plötzlich ein Sturm losgebrochen. Als er und seine Gefährten wieder zur betreffenden Stelle ankamen, war das Eis und mit ihm das Schiff weggetrieben. Das Schicksal des Schiffes und seiner 25 Mann starken Besatzung ist unbekannt.

mitteln, und gleichzeitig, wenn und soweit auch dies gewünscht wird, mit den zuständigen Referenten der Fraktionen über die Bedeutung der einzelnen Vorschläge der Eingaben verhandeln. Der Hansa-Bund hat sich in diesem Sinne an die ihm angeschlossenen Wirtschaftsverbände gewandt. Nähtere Auskunft erteilt die Zentrale des Hansa-Bundes, Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 36.

#### Parlamentarisches.

**L. C. Eine fortgeschrittliche Anfrage zur Viehzählung.** Die Viehzählung von 1912 hat das bedauerliche Ergebnis gehabt, daß in der Zeit von 1907 bis 1912 der Münzfußstand in Deutschland um ca. 1/2 Million, der Schweinebestand um 200 000 Stück abgenommen hat — trotz der wachsenden Bevölkerung und des steigenden Fleischbedarfs. In der sogenannten „Caprivi-Periode“ von 1897 bis 1907 war dagegen eine Vermehrung des Münzfußstandes um 2 Millionen und des Schweinebestandes um 8 Millionen eingetreten, wodurch dem Fleischbedarf des deutschen Volkes im allgemeinen Rechnung getragen sein möchte. Am 1. Dezember 1913 hat wiederum eine Viehzählung durch ganz Deutschland stattgefunden. Es ist natürlich von höchster Bedeutung zu wissen, ob auch diese Zählung wieder die Tendenz einer Abnahme der Viehbestände zeigt, weil in diesem Fall die Regierung und die Volksvertretung sich zu energischen Maßnahmen zur Erhaltung der Viehzucht entschließen müßten. Aus diesem Grunde haben die fortgeschrittenen Reichstagsabgeordneten Hoff, Fegter, Dr. Wendt und Boldtstein folgende kurze Anfrage an den Reichskanzler gerichtet: „Die Viehzählung vom 2. Dezember 1912 hat einen erheblichen Rückgang des deutschen Viehbestandes, insbesondere der Kinder- und Schweinebestände, ergeben, der bei der wachsenden Bevölkerung und dem steigenden Fleischbedarf des deutschen Volkes bedenklich erscheint. Zur Entscheidung über die erforderlichen Maßnahmen ist die möglichst frühzeitige Bekanntgabe des vorläufigen Ergebnisses der Viehzählung vom 1. Dezember 1913 wünschenswert. Welchen Termin kann der Herr Reichskanzler für die Bekanntgabe dieses vorläufigen Ergebnisses in Aussicht stellen?“

Die sozialdemokratischen Verfassungsbeamten haben folgenden Wortlaut: „Hinter Artikel 17 der Reichsverfassung sind folgende Bestimmungen einzufügen: Artikel 17a. Der Reichskanzler ist für seine Amtsführung dem Reichstag verantwortlich. Diese Verantwortlichkeit erstreckt sich auf alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers. Der Reichskanzler ist zu entlassen, wenn der Reichstag es fordert. (In weiteren Artikeln 17e bis 17i werden dann Vorschriften über die praktische Durchführung der Verantwortlichkeit, Amtslage des Reichskanzlers, Versäumnisse gegen ihn, Schadenersatz usw. gegeben.) In Artikel 11 Absatz 2 der Verfassung des Deutschen Reichs sind hinter den Worten „Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reichs ist die Zustimmung des Bundesrats“ einzuschalten „und des Reichstags“ (erforderlich). Hinter Artikel 23 der Reichsverfassung wird nachfolgender Artikel eingefügt: Artikel 23a. Der Reichstag hat das Recht, behufs seiner Information Kommissionen zur Untersuchung von Tatsachen zu ernennen. Diese Kommissionen sind berechtigt, Zeugen und Sachverständige — auch eidlich — zu vernehmen und überhaupt alle diejenigen Erhebungen zu veranstalten, die sie zur Klärstellung der Tatsachen für nötig erachten. Die Behörden sind gehalten, diesen Kommissionen bei Ausübung ihrer Amtspflicht innerhalb der Grenzen ihrer Aufgaben die geforderte Unterstützung zu gewähren. Die Mitglieder dieser Kommissionen erhalten für ihre Zeiterstattungen und Auslagen Entschädigung, deren Höhe reichsgesetzlich festgestellt wird.“

#### Heer und Flotte.

**Personal - Veränderungen.** Oberst Bronsart von Schellendorf, Kommandeur des Grenadier-Regiments (1. Württemberg) Nr. 119, ist unter Ertheilung von dem Kommando nach Württemberg zu den Offizieren von der Armee unter Anweisung seines Wohnortes in Berlin versetzt worden.

Für die hinterbliebenen von „A. 1“ und „A. 2“ hat der Hauptauskuch des Deutschen Flottenvereins Berlin-Brandenburg eine Sammlung veranlaßt, die 3287 M. ergeben hat. Dr. Ernst August Wilhelm von Preußen steht auch auf der Spenderliste. Die größte — eine überraschend große — Sammelspende ist mit 1500 M. vom Eberhard-David-Gymnasium in Stuttgart gekommen.

#### Post und Eisenbahn.

**# Rückgang des Eisenbahnverkehrs.** Der Güterverkehr auf der Eisenbahn, der sich in diesem Jahre sehr glatt abwickelt, ist gegen die Vorjahre bedeutend zurückgegangen, was aus Eisenbahnerkreisen als Folge einer beginnenden wirtschaftlichen Depression angesehen wird. Auch der Personenverkehr steigt leiseswegs so, wie man es erwartet hatte. Da infolgedessen mit geringeren Einnahmen zu rechnen ist, sind die Aussichten auf Schaffung von Verbesserungen und neuen Bügen im Sommerfahrplan sehr gering. Während die preußisch-hessische Eisenbahnverwaltung für unsere Gegend eine Anzahl neue und schnellere Büge plant, nehmen die süddeutschen Eisenbahnen eine vollständig ablehnende Haltung ein. Neue Büge nach Süddeutschland werden deshalb voraussichtlich gar nicht zustande kommen. Wie weit der preußische Eisenbahnminister die Vorschläge der Direktionen unseres Bezirks genehmigt, bleibt abzuwarten. Zweifellos wird auch nur das Dringendste und unbedingt Erforderliche bewilligt werden.

**— Die Post nach und von dem Orient.** Seit dem 8. Dezember verkehrt der Kontinentalexpress wieder täglich regelmäßig in beiden Richtungen auf der ganzen Strecke zwischen Wien und Konstantinopel. Er wird wieder wie früher zur Postbeförderung von und nach dem Orient benutzt.

#### Ausland.

##### Frankreich.

**Vorgerüste um die englisch-italienische Annäherung.** Paris, 10. Dezember. Die französischen Blätter verfolgen mit gesteigerter Aufmerksamkeit und nicht ohne Unbehagen die englische Höflichkeit gegenüber Italien. Vor einiger Zeit hielt der englische Gesandte im Quirinal eine Rede, in der er die englischen Sympathien für Italien ziemlich warm zum Ausdruck brachte und die italienische Politik sehr lobte. Heute nun wird die englische Flotte in Neapel einen Besuch abhalten. Die Pariser Presse glaubt daraus entnehmen zu können, daß die englische Regierung eine derartige Annäherungspolitik nicht ohne Absichten verfolgt und glaubt nicht fehl zu geben in dem Schluss, daß diese Politik den Zweck verfolge, mit Italien eine Einigung in der Mittelmeerraume herbeizuführen.

**Schweden.** Eine Wehrsteuer. Stockholm, 10. Dezember. Wie in informierten Kreisen verlautet, beabsichtigt die schwedische Regierung, dem Reichstag im Januar einen Gesetzentwurf vorzulegen, der einen Wehrbeitrag ähnlich dem in Deutschland durchgeföhrenen vorseht. Dieser Wehrbeitrag soll eine progressive Einkommensteuer sein, die alle Einkommen von 5000 M. betrifft und während dreier Jahre erhoben werden soll. Diese Wehrsteuer soll im Reichstag in einem großen Gesetzentwurf zu einer vollständigen Reorganisation der gesamten Landesverteidigung eingebracht werden, und es heißt, daß das liberale Ministerium Staatsdienst diesen Gesetzentwurf zu einer Kabinettssitzung machen wird.

#### Balkanstaaten.

**Die Lage der albanischen Grenzkommission.** Rom, 9. Dezember. Nach einer Meldung der Agenzia Stefani aus Argiro Castro ist die internationale Abgrenzungskommission am 7. Dezember eingetroffen. Die griechischen Behörden leiteten, um auf die Kommission einen Druck auszuüben, Kundgebungen in die Wege. Während die Kommission die Dörfer passierte, hielten bewaffnete Männer und Frauen die Automobile an und verlangten, daß Epirus nicht albanisch werde. Als eine Frau die Mütte gegen das Automobil richtete, gab der englische Delegierte einen Schuß ab, der jedoch sein Ziel verfehlte. Bei der Ankunft in Argiro Castro wurde die Kommission von einem heiligen Patriarchen sowie der Bevölkerung der benachbarten Dörfer und den Mitgliedern des epirkischen Komitees empfangen, die sämtlich Waffen trugen und eine Kundgebung zugunsten einer Angliederung an Griechenland veranstalteten.

**Eine rumänische Gesandtschaft und ein Generalkonsulat für Albanien.** Bukarest, 9. Dezember. Der Ministerrat beschloß, einen dringlichen Gesetzentwurf einzubringen, betr. Schaffung einer Gesandtschaft und eines Generalkonsulats in Valona.

#### Luftfahrt.

**Abnahmefahrten des „S. 6“.** Das seit dem 22. November im Gothaer Luftschiffhafen liegende neuzeitliche Luftschiff „S. 6“ hat in den letzten Tagen eine Reihe von Aufstiegen vorgenommen, welche den Zweck hatten, vor der endgültigen Übernahme des Luftschiffes in den Reichsdienst seine Manövrefähigkeit in den verschiedensten Richtungen zu erproben. So konnte man zum Beispiel beobachten, wie das unter der Führung des Hauptmanns George stehende Luftschiff bald nach seinem Aufstieg rasch eine bedeutende Höhe erreichte und in kurzer Zeit von dieser in eine tiefere Lage überging, oder wie es in voller Höhe stoppte und schließlich in der Luft auf einer Stelle beinahe still stand. Die Abnahme ist demnächst zu erwarten.

**Gefährliche Telegraphenlinien.** Frankfurt a. M., 10. Dezember. Die hiesige Oberpostdirektion macht darauf aufmerksam, daß den Flugzeugführern, besonders den Fliegern mit Wasserflugzeugen u. a. Gefahren durch folgende oberirdische Reichstelegraphenlinien, die den Rhein kreuzen, drohen: 1. Rechtsseitig 10 Meter unterhalb des Kurhauses Agnannshausen und linksseitig etwa 20 Meter unterhalb des Schlosses Rheinstein sechs Drähte in 40 bis 50 Meter über dem Wasserspiegel. 2. Rechtsseitig etwa 700 Meter unterhalb des Dorfes Ehrenthal über einem auf der Insel Ehrenthaler bestehenden eisernen Gittermast nach dem linken Mainufer acht Drähte in etwa 40 Meter Höhe über dem Wasserspiegel.

**Ein neuer Flugstützpunkt.** Münster, 10. Dezember. Dem Luftfahrtverein für Münster und das Münsterland ist vom Kriegsministerium die Genehmigung erteilt worden, auf dem Egerzierplatz Loddendecke einen Flugstützpunkt zu errichten. Die Loddendecke wird dafür unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

#### Aus Stadt und Land.

##### Miesbadener Nachrichten.

##### Zunehmender Sparfond im Regierungsbezirk Wiesbaden.

Von großem Interesse ist eine Statistik, die vom Preußischen Statistischen Amt veröffentlicht wird. Die Aufstellung erbringt den Beweis, daß der Sparfond jetzt im zunehmenden Maße und namentlich die kleinen Leute mehr und mehr darauf bedacht sind, auf Sparfondsbüchern sich ein kleines Kapital für Notfälle anzuhämmern. Nach den Aufzeichnungen sind die Schulsparsassen und die von den meisten Sparfonden ausgegebenen Haushaltsparfonden der äußere Anstoß zu der gesteigerten Sparfreudigkeit geworden. Innerhalb eines Jahres stieg die Zahl der von den preußischen Sparfonden ausgebenden Sparbücher mit Einlagen bis zu 80 M. um 217 000 Stück; die Zahl der Sparbücher mit Einlagen von 80 bis 150 Mark stieg vom Jahre 1911 bis zum Jahre 1912 um 21 000; die Zahl der Sparbücher mit einer Einlage von 100 bis 300 Mark um 7000; mit einer Einlage von 300 bis 600 M. um 15 000; mit einer Einlage von 600 bis 1500 M. um 82 000; mit einer Einlage von 1500 bis 3000 M. um 40 000; mit einer Einlage von 2000 bis 10 000 M. um 40 000 und die Zahl der Sparfondsbücher mit einer Einlage von nicht als 10 000 M. um 1000 Stück. Im Jahre 1912 wurden nicht weniger als 12 432 100 000 M. auf den preußischen Sparfonden gespart, und zwar auf 13 810 000 Sparfondsbüchern gegen 13 418 000 Bücher im Jahre 1911. Die Spareinlagen und Sparfondsbücher waren auf die einzelnen Regierungsbezirke wie folgt verteilt: Königsberg auf 223 000 Sparfondsbücher 124,6 Millionen Mark, Gumbinnen auf 77 000 Bücher 51,4 Millionen, Allenstein auf 56 000 Bücher 49,8 Millionen, Danzig auf 180 000 Bücher 119,2 Millionen, Marienwerder auf 168 000 Bücher 129,8 Millionen, Stadtkreis Berlin auf 787 000 Bücher 381,9 Millionen, Potsdam auf 1 117 000 Bücher 700,3 Millionen, Frankfurt a. M. auf 644 000 Bücher 453,0 Millionen, Stettin auf 357 000 Bücher 320,2 Millionen, Breslau auf 240 000 Bücher 244,0 Millionen, Straßburg auf 83 000 Bücher 55,0 Millionen, Posen auf 192 000 Bücher 157,4 Millionen, Bromberg auf 115 000 Bücher 105,8 Millionen, Breslau auf 708 000 Bücher 371,4 Millionen, Liegnitz auf 641 000 Bücher 367,2 Millionen, Oppeln auf 302 000 Bücher 244,3 Millionen, Magdeburg auf 685 000 Bücher 307,5 Millionen, Merseburg auf 800 000 Bücher 518,4 Millionen, Erfurt auf 250 000 Bücher 189,8 Millionen, Schleswig auf 680 000 Bücher 808,9 Millionen, Hannover auf 398 000 Bücher 350,9 Millionen, Hildesheim auf 296 000 Bücher 292,0 Millionen, Lüneburg auf 259 000 Bücher 226,9 Millionen, Stade auf 282 000 Bücher

216,0 Millionen, Osnabrück auf 142 000 Bücher 165,6 Millionen, Zurich auf 22 000 Bücher 86,8 Millionen, Münster auf 268 000 Bücher 491,0 Millionen, Minden auf 248 000 Bücher 356,1 Millionen, Arnswald auf 770 000 Bücher 1200,4 Millionen, Aschersleben auf 341 000 Bücher 283,1 Millionen, Bielefeld auf 469 000 Bücher 322,4 Millionen, Koblenz auf 160 000 Bücher 193,7 Millionen, Düsseldorf auf 1 220 000 Bücher 144,0 Millionen, Köln auf 439 000 Bücher 447,8 Millionen, Trier auf 157 000 Bücher 204,5 Millionen, Aachen auf 261 000 Bücher 274,8 Millionen, Siegen auf 28 000 22,3 Millionen. Nach der Einwohnerzahl gerechnet entfallen auf die Stadt Wiesbaden 46 900 Sparfondsbücher mit einer Sparsumme von 40 055 000 M.

**Königl. Hochbauamt.** Der Vorstand des Königl. Hochbauamtes Wiesbaden, Königl. Bauteat Dr.-Ing. Hartner, ist zum Regierung- und Bauteat ernannt, aber auf seinen Wunsch vorläufig mit der weiteren Verwaltung seiner bisherigen Dienststelle betraut worden.

**Der Weihnachtsmarkt auf dem Paulsbrunnplatz.** ist für dieses Jahr vorgesehen. Es scheinen die gewöhnlichen Verkäufer von Jüdischen und Spielwaren wieder ihre Stände aufzugehen zu haben. Sie müssen also immerhin ein Geschäft machen, das sie die Gelegenheit dazu fortlaufend bemühen. Es sind meiste Läufe, die die Jüdischen besuchen und sich auf den Wunderverleih überhaupt eingerichtet haben. Den ständigen Handelsgewerbe am Platz dürften sie kaum eine nennenswerte Konkurrenz bereiten.

**Schaltung von Unfallrenten.** Vom 1. Januar 1914 ab dürfen nur noch die seit dem 1. Januar 1913 eingeführten Quittungsformulare über Unfallschädigung benutzt werden. Die Unfallrentenempfänger, die bisher die neuen Formulare noch nicht benutzt haben, mögen sich rechtzeitig besorgen, da auf das veraltete Formular hin die Renten künftig nicht mehr ausgezahlt werden. Die neuen Formulare sind leicht daran zu erkennen, daß der Raum für die U-Rumme — rechte obere Ecke — und der für die amtliche Beglaubigung — untere Hälfte des Formulars — von starken schwarzen Strichen umrahmt sind.

**Schreibstube des Stellenbuchweises für Kaufmännische Angestellte im Arbeitsamt.** Die Unsicherheit der allgemeinen wirtschaftlichen Lage hat sich auch auf dem kaufmännischen Arbeitsmarkt in unangenehmer Weise fühlbar gemacht und eine außergewöhnlich große Stellenlosigkeit unter den kaufmännischen und Bureauangestellten hervergerufen. Die Verwaltung des Arbeitsamts war sich schon seit langer Zeit bewußt, daß zur Verbesserung der Notlage dieser Verluststände etwas geschehen müsse und glaubt durch Errichtung einer gemeinsamen Schreibstube die größte Not beheben zu können. Die Gründung einer solchen Wohlfahrtseinrichtung im Anschluß an das Arbeitsamt hat der Ausschuß des Stellenbuchweises für kaufmännische Angestellte in seiner Sitzung vom 28. November einstimmig beschlossen, und sie ist am Mittwoch, den 8. Dezember, von der Verbandsversammlung des Arbeitsamts ebenso einstimmig genehmigt worden. Die Schreibstube ist ein Wohlfahrtsunternehmen, das in erster Linie die vorübergehende Beschäftigung arbeitsloser, namentlich in Wiesbaden wohnender Personen der freizeitwandelnden Bevölkerung tunlich bis zum Wiedereintritt einer festen Stelle begreift; ferner in Verbindung mit dem Arbeitsamt, an welches sie räumlich angegliedert ist, gebühren- und losenfrei Stellen vermittelt. Derartige Einrichtungen bestehen bereits in vielen anderen Städten, haben sich dort überall bewährt und auf dem Gebiet der Arbeitslosenfürsorge Vortreffliches geleistet. Den Zeitverhältnissen bedarfend, ist der Vereinssatz auch auf weibliche Personen ausgedehnt worden. Hoffentlich entstehen dem sozialen Unternehmen recht viele Gewinner, welche dasselbe durch Zuweisung von Schreibarbeiten nach Kräften unterstützen und fördern helfen.

**Tagblatt-Sammelungen.** Dem Tagblatt-Berlag gingen zu: Für den Verein für das Deutschtum im Ausland: von auten Deutschen gesammelt als Strafe für gebrauchte Fremdwörter 12 M. von C. B. 10 M. Für die Heimkehr zur Heimat: von R. R. 5 M. von C. B. 3 M. von C. B. 10 M. Für den Nationalen Gefangenverein: von R. R. 5 M. von C. B. 10 M. Für die Blindenanstalt: von C. B. 20 M. von C. G. 10 M. von C. B. 2 M. von Frau Dr. B. 10 M. Für das Verfängungshaus: von Frau Dr. B. 10 M. von C. B. 3 M. von C. B. 10 M. Für den Armenverein: von C. B. 10 M. von C. B. 3 M. Für das Amt Bindenhaus: von C. B. 10 M. Für Speisung bedürftiger Kinder: von R. R. 1 M. von C. B. 10 M. von C. B. 3 M. Für das Augenklinikum: von C. G. 2 M. Für das Reitungsdepot: von C. B. 10 M. von C. B. 2 M. von C. B. 10 M. Für den Kurverein für Frauen, Mädchen und Kinder: von C. S. 5 M. von C. S. 5 M. Für Hobeln für Arme: von C. G. 2 M. Für den Kinderchor: von C. B. 10 M. von C. B. 3 M. Für die Gründelsförse: von C. G. 2 M. von C. B. 10 M. Für Frühstück für Schulkinder: von C. G. 2 M. Für die Kindernahrungsanstalt: von C. G. 10 M. Für die Abdiensanstalt in Schwerin: von C. B. 3 M. von C. B. 10 M. Für das Diafonienheim. Einer Strafe: von C. B. 10 M.

#### Theater, Kunst, Vorträge.

**\* Im Königlichen Theater gelangt heute, infolge Erkrankung des Herrn Lichtenstein statt der angekündigten Vorstellung „Eine Nacht in Venedig“ Offiziellephantastische Oper „Drossmanns Erzählungen“ zur Aufführung (Konzert).**

**\* Kurtheater.** Heute Donnerstag wird „Prinzchen“ nochmals wiederholt. Montag Freitag wird als 1. Vollvorstellung zu kleinen Preisen „Die Schiffsbrüder“ gegeben. Am Samstag findet nicht, wie angekündigt, „Seine Geliebte“, sondern die Premiere des pittoresken französischen Schauspiels „Ein Walzer von Chopin“ statt. Das lustige Werk ist Zug- und Repertoirestück des Berliner Residenz-Theaters, wo es 200 Aufführungen nacheinander erlebt.

#### Dereins-Nachrichten.

**\* Der Verein pensionierter deutscher Reichs- und Staatsbeamten** lädt Freitag, den 12. d. M., abends 7 Uhr, in der „Wartburg“ seine Konzilsversammlung ab.

#### Dereins-Versammlungen.

**\* Der Verein der Handelsagenten Wiesbaden, G. B.**, hält am 6. Dezember in seinem Vereinslokal „Wiesbadener Hof“ die diesjährige ordentliche Hauptversammlung ab, in welcher folgende Herren in den Vorstand gewählt wurden: Karl Langsdorf, 1. Vorsitzender, C. Dittmann, 2. Vorsitzender, Alfred Neutel, 1. Schriftführer, G. Löbke, 2. Schriftführer, Dr. Anner, Kämmerer, ferner sind bestimmt die Herren L. M. Schmid und Eugen Schmitz zu Stellvertretern. In den Vorstand der Sterbefälle wurden die Herren B. Andner, C. Dittmann und O. Weigel gewählt. Der Bereich der Handelsagenten ist dem über 50 Vereinen mit etwa 6000 Mitgliedern zählenden Centralverband deutscher Handelsagenten Vereine in Berlin angeschlossen und bestrebt, die Lage seiner Mitglieder und die gesetzlichen Bestimmungen zu verbessern sowie überaus die Hebung des Standes. Der Verein hält u. a. eine Sterbefallstelle, welche den Hinterbliebenen beruhender Mitglieder einen leistungsfähigen Beitrag auszahlt. Die Geschäftsstelle befindet sich Emser Straße 40.

\* Am 30. November d. J. nachmittags 3 Uhr, versammelte sich in der Restauration "Barburg", Schwalbacher Straße 51, eine große Anzahl ehemaliger Angehöriger der deutschen Jäger- und Schützenbataillone, um einen Verein zu gründen: "Ehemalige Jäger und Schützen von Wiesbaden und Umgegend". 45 Name waren in die Mitgliederliste eingetragen, darunter verschiedene höhere Offiziere und Staatsbeamte. Zum 1. Vorsitzenden des Vereins wurde einstimmig Vorsteher Prof. Dr. Stegner gewählt. Der 1. Vorsitzende des Vereins ehemaliger Jäger und Schützen Frankfurt a. M., Oberstleutnant Kied, der über den Verdegang und die Entwicklung des Frankfurter Vereins, die sich in jüngerer Zeit unter seiner Leitung von 41 auf 200 Mitglieder getrieben ist, berichtete, begrüßt und gelten als Mitbegründer des Vereins.

### Aus dem Landkreis Wiesbaden.

— Biebrich, 10. Dezember. Die Entscheidung in der von uns seinerzeit gemeldeten Submission des Neubaus der Unteroffiziersschule ist gestern gefallen. Das Ergebnis ist insoweit sehr erfreulich, als sämtliche Arbeiten hier am Platze anzufängigen Firmen übertragen wurden. Im einzelnen erhielten folgende Unternehmer den Auftrag: Los 1, Erd- und Maurerarbeiten des Hauptgebäudes, Herr Andreas Maurer; Los 2 und 3, Erd- und Maurerarbeiten zu den Nebengebäuden, die Maurermeister Georg Winkler und Karl Martin in Gemeinschaft mit der Firma Dyckerhoff und Widmann, A.G.; außerdem erhielt die leichtere Firma Los 4, die Ausführung der Massivdecken in den Haupt- und Nebengebäuden, übertragen. Mit der Bauausführung soll schon in der nächsten Woche begonnen werden.

— Dohheim, 10. Dezember. In letzter Zeit hört man hier von mehreren Einbrüchen versuchen, doch ist den Dieben bis jetzt noch nichts in die Hände gefallen, da sie immer gefangen wurden. Die Täter sind noch unbekannt. — Die schon längere Zeit in Vorbereitung gewesene Ortschronik "Dohheim in Wort und Bild" ist dieser Tage erschienen und dem Andenken des Mitbegründers des Reichs-Altertumsvereins, Herrn Pfarrer Luja (1818 bis 1898), gewidmet. Der Überblick fällt der Kleinstenberichskirche und den Kreisarmen zu. Durch den Gemeindevorstand wird zur Bekämpfung der Sperrlingsplage, die in diesem Jahre wieder besonders stark ist, aufgefordert. — Bürgermeister Sporkhorst ist für kürzere Zeit beurlaubt und wird durch den Beigeordneten J. Wintermeyer vertreten.

— Alzeyheim, 10. Dezember. Wie der Vorstand des Gesangvereins "Concordia" uns mitteilt, hat der Dirigent, Herr Thomas, sein Amt niedergelegt, weil er glaubte, den in ihm gestellten Anforderungen des Vereins in Anbetracht seiner Jugend noch nicht gewachsen zu sein. Wegen des früheren Dirigenten Oberholz bemerkte der Vorstand, daß der selbe allerdings sein Amt niedergelegt habe, aber erst, nachdem er von dem Verein bereits entlassen gewesen sei.

### Nassauische Nachrichten.

ht. Oberelsbach, 9. Dezember. Im Alter von 63 Jahren starb der hiesige Ortspfarrer, Piz. Dr. Diedmann. Mit dem Verstorbenen scheidet einer der wissenschaftlich bedeutsamen Geistlichen der hessischen Landeskirche aus dem Leben. Diedmann war als geborener Nassauer einer der ersten Kenner des Lebens des Freiherrn vom Stein. Der Großvater des Verstorbenen hat seinerzeit beim Tode des Freiherrn die Grabrede gehalten.

### Aus der Umgebung.

h. Frankfurt a. M., 9. Dezember. Die häßliche Tochter des Sattlers Salzner in der Friedberger Landsstraße wurde beim Spielen am Herde von den Flammen erfaßt und erlitt so schwere Brandwunden, daß sie nach wenigen Augenblicken starb. — ht. Vom Polizeipräsidium wird seit geraumer Zeit allen neu entstehenden Cafhäusern ohne Ausnahme die Nachkonzession verweigert. Die Geschäfte müssen alle um 2 Uhr nachts schließen, während ältere Lokale unbeschrankt Polizeistunde haben.

— Bad Homburg, 9. Dezember. Der aus Kleinforchen gebürtige und vor längerer Zeit nach Bolivar im Staate Columbia ausgewanderte Monteur Rau, der dort bei einer großen Firma eine gute Stellung gefunden hatte, ließ seine in Kleinforchen zurückgelassene Familie nachkommen. Wie jetzt bekannt wird, erfuhr die Familie bei der Ankunft, daß der Vater von einheimischen Arbeitern ermordet worden war. Die Firma stellte der Familie die Mittel zur Rückreise zur Verfügung. — ht. Die heutige Stadtverordnetenversammlung lehnte einen Antrag des Magistrats, die Abschaffung des Früh-Böderzuges nach Wiesbaden von 7.30 Uhr auf 8 Uhr zu verlegen, mit der Begründung ab, daß dann in Wiesbaden die Anschlüsse nach dem Rhein und Holland verloren gingen.

### Gerichtsaal.

wb. Das Urteil im Sonneberger Landfriedensbruch-Prozeß. Meiningen, 10. Dezember. Nach fünfjähriger Verhandlung wurde gestern gegen Mitternacht der Sonneberger Landfriedensbruch-Prozeß vor dem hiesigen Schwurgericht beendet. Es handelte sich um Ausschreitungen gelegentlich des Streits der Bader und Einbinder in Sonneberg im Juni d. J. Neun Angeklagte wurden zu Gefängnisstrafen von sechs Monaten bis zu einem Jahre verurteilt. Zur Verhandlung waren 135 Zeugen geladen.

wb. Das Urteil in einem Prozeß gegen die Prinzessin Louise. Brüssel, 10. Dezember. Im Prozeß der Cheleute Schneemann (Hamburg) gegen die Prinzessin Louise von Belgien wurde heute vormittag das Urteil verkündet. Die Forderung der Cheleute Schneemann in bezug auf die gerichtliche Erteilung wird kostenpflichtig abgewiesen, aber der vertragliche Verkaufsabschluß einer Villa in Aachen als in Belgien gesetzlich erklärt.

### Sport und Spiel.

\* Turnerisches. Im "Turnverein" in der Hellmundstraße 25 wird am Samstag, den 18. d. J., abends 8½ Uhr, der zweite Vorsitzende des Turnvereins Herr Wilhelm Münn über den Verlauf des 12. deutschen Turnfestes sprechen. Mit dem Vortrag sind kinematographische Vorführungen verbunden, wozu 1000 Meter Film zur Verfügung stehen. Der Film enthält die beiden Heftzüge, Aufmarsch und

Freilüftungen der 17.000 Turner, Turnen der einzelnen Kreise, Elbotensläufe usw.

\* Vom New Yorker Sechstagerennen. New York, 10. Dezember. Heute nacht 1 Uhr (7 Uhr früh Berliner Zeit) waren von der Spitzengruppe 1841 Kilometer zurückgelegt, eine Strecke, die 100 Meter hinter dem Rekord zurückliegt. Hebie und Moran sind ausgeschieden, dafür sind Clark und Grenda als neue Mannschaft eingetreten und mit einer Strafunde belegt worden. Ebenfalls eine Runde zurück Waller-Cochrane sind Runden zurück Ropohl-Keece. Die übrigen Mannschaften sind noch zusammen.

### Neues aus aller Welt.

Sum Grubenunglüx auf der Zeche Zorn. Essen, 10. Dezember. Von den fünf bei einer Schlagweiter-Explosion auf der Zeche Zorn vor einigen Tagen verbrannten Bergleuten sind zwei gestorben. Der Zustand der übrigen ist hoffnungslos.

Der geheimnisvolle Tod des Grazer Millionärs. Graz, 10. Dezember. Der Tod des Baron Pfeiffer, der sich angeblich, wie berichtet, mit Morphium vergiftet haben sollte, bestätigt jetzt die Staatsanwaltschaft. Die Geliebte des Barons, Iiona v. Bacza, die zusammen mit Pfeiffer ebenfalls Morphium nahm, aber gerettet wurde, erklärt, der Baron sei am Herzschlag gestorben und sie habe dabei über seinen Tod mit Morphium vergiftet wollen. Da das gesamte mehrere Millionen stehende Vermögen des Barons testamentarisch von diesem seiner Geliebten vermautet worden ist, und da die Todesursache bisher nicht einwandfrei festgestellt werden konnte, hat die Staatsanwaltschaft eine Untersuchung eingeleitet.

Kirchenfund. Rom, 10. Dezember. Bei den Restaurierungsarbeiten die gegenwärtig in der Kirche von St. Cläre in Rom vorgenommen werden, ließ man auf die Gräber der Brüder von Anjou. Weiter wurden verschiedene qui erhaltenen Fresken von Giusto entdeckt. Die Nachforschungen werden gegenwärtig noch fortgeführt.

Winterstürme in Amerika. London, 10. Dez. "Daily Chronicle" meldet aus New York vom 9. d. J.: Die nördliche Hälfte der Vereinigten Staaten vom Hohen Gebirge bis zur atlantischen Küste ist von einem heftigen Wintersturm beinahe gesäubert. Denver (Colorado) ist von der Dunkelheit abgeschnitten. Abgangsmittel sind schwer zu erhalten und die Seelen können nicht begraben werden. Der Bahnhof ist gestört. Auf den großen Seen wüteten heftige Stürme und drei Passagierdampfer auf dem Michigan- und dem Erie-See sind mit allen Personen an Bord gesunken.

### Deutscher Reichstag.

#### Nachklänge zu Tabern.

# Berlin, 10. Dezember. (Eigener Bericht des "Wiesbadener Tagblatts") Im Reichstag ging es heute verhältnismäßig ruhig zu. Man hatte das Gefühl, daß die Taberner Vorgänge allmählich aus der Debatte zu verschwinden beginnen und das Haus ziemlich schnell fertig ist. Der konervative Abgeordnete Graf Westarp beschäftigte sich sehr eingehend mit dem Etat. Im übrigen tadelte er die Zivilverwaltung, die nach seiner Ansicht in die Taberner Angelegenheit mit einem preußischen Donnerwetter hätte hereinfahren sollen. Der Herr Graf möchte eben ganz Süddeutschland nach preußischem Muster regieren. Der Abgeordnete Wiemer brachte dagegen ziemlich unverblümmt zum Ausdruck, daß die elßässische Regierung noch keineswegs beruhigt sei, denn man könne zurzeit noch nicht wissen, ob etwas Durchgreifendes gegen das Regiment Deimling in Elsaß-Lothringen geschehe. Weiterhin bedauerte der fortschrittliche Redner, daß der Kaiser hohe Politik in Donauerschingen und nicht in Berlin mache. Die Bedeutung des Misstrauensvotums hielt er voll aufrecht. Nur wußte auch er nicht, welche Folgerungen daraus zu ziehen seien. Der Kriegsminister sprach heute ruhiger und besonnener als in der vorigen Woche. Aber er zeigte eine übergroße Empfindlichkeit gegen Zwischenrufe aus dem Hause, die der Präsident fädelte. Ferner wollte er nach wie vor eine öffentliche Kritik des Disziplinarrededes der Vorgesetzten nicht zulassen. Auch eine Verantwortung der militärischen Fragen hielt er sonderbarerweise für unangebracht. Die paar Tage Stubenarrest, die Herr v. Horstner erhalten hat, hielt er für eine ausreichende Sühne, während man doch allgemein weiß, daß diese Strafe recht wenig zu bedeuten hat und Herr v. Horstner auch nach der Strafe recht herausfordernd aufgetreten ist. Dann flautete die Debatte immer mehr und mehr ab. Späterhin erwiderten der Reichskanzler im Saal. In den Wandelgängen aber bildeten sich allerlei Gruppen, die sich darüber aussprachen, warum das Misstrauensvotum keinen stärkeren Erfolg gehabt habe. Man fand den Grund darin, daß die verschiedenen Elemente der Opposition, die für das Misstrauensvotum gestimmt hatten, viel zu wenig gleichartig seien, als daß über die Frage eines anderen Regiments sich hätte eine Übereinstimmung erzielen lassen. In später Stunde ergriff der Reichskanzler das Wort. Er sprach ziemlich ausführlich über die Frage des Arbeitswillingenwesens, aber er konnte nichts Positives versprechen. Er sagte zwar, daß infolge der neueren Entwicklung durch die Gewerkschaften und den Drud. den diese ausübten, die Gesetzgebung gewisse neue Bestimmungen erhalten müsse, aber über die Art derselben lasse sich zurzeit noch nichts sagen. Die Regierung macht es nämlich wie die nationalen Parteien, sie sammelt Material und will es dann dem Hause unterbreiten. Auf diese Weise wird der Reichstag vorläufig von einer Aktion verhindert bleiben. Der Kanzler behandelte diese Frage historisch und fand gerade bei dieser Darstellung ziemlich Beifall.

### Sitzungsbericht.

Eigener Druckbericht des "Wiesbadener Tagblatts".

# Berlin, 10. Dezember.

Um Bundesstaatsrecht: Staatssekretär Dr. Lisco und Dr. Reinhard.

Präsident Dr. Raemys eröffnet die Sitzung um 12.15 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt der Bericht der Wahlprüfungskommission über die Frage, ob die in die Wählerlisten eingetragenen Wähler bei einer Nachwahl zur Ausübung des Wahlrechts auch dann berechtigt sind, wenn sie inzwischen ihren Wohnsitz verlegt haben.

Die Kommission beantragt, diese Frage zu bejahen und das Resultat dem Reichskanzler zur Kenntnahme mitzuteilen.

Noch vorher Debate wird die von den Abg. Dr. Arentz (apt.) und Dr. Baasche (natl.) beantragte Überweisung an eine Kommission abgelehnt und der Antrag der Kommission angenommen.

Die erste Beratung einer internationalen Über einfluss, betreffend Maßnahmen gegen Pest, Cholera und Gelbfieber, wird ohne Debatte in erster Lesung erledigt und die Vorlage in zweiter Lesung angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Initiativangebotes Bassemann, betreffend Bewilligung von 500.000 R. als erste Rate für die Beteiligung bei der Weltausstellung in San Francisco.

Abg. Dr. Arentz (apt.): Auf Grund meiner Erfahrungen habe ich schwere Bedenken gegen eine solche Beteiligung. Die Weltausstellungen haben sich überlebt, sie sind zu Jahrmärkten und Nummelmärkten geworden. Den Fachausstellungen gehört die Zukunft. Die hauptsächlich in Frage kommenden deutschen Industriezweige, so der chemische, haben eine Beteiligung in San Francisco abgelehnt. Außerdem droht uns die Gefahr des mangelnden amerikanischen Urtheits- schuhs. Ich bitte um Ablehnung des Gesetzes.

Abg. Bassemann (natl.) bittet um Überweisung des Gesetzesvorwurfs an die Budgetkommission.

Das Haus beschließt die Überweisung an die Budgetkommission.

Darauf wird die erste Lesung zum

### Etat

fortgesetzt. (Im Saale erscheinen der Reichskanzler und der Kriegsminister v. Falkenhayn sowie die Staatssekretär Dr. Delbrück, v. Jagow, Staetke und Dr. Solf.)

### Abgeordneter Graf Westarp (kons.):

Es ist zugugeben, daß ohne den wirtschaftlichen Aufschwung, den Deutschland genommen hat, die Finanzen sich nicht so hätten entwickeln können, wie sie es getan haben; andererseits aber steht fest, daß ohne die durchgreifende Finanzreform von 1908 auch nicht annähernd ein detektives Resultat erzielt worden wäre. In dem vorliegenden Etat spielen die beiden Faktoren die Hauptrolle, der enorme Verlust für die Bevölkerung und die Verluststeuer.

Nicht aus Reichtum oder Kritiklust, sondern aus prinzipsiellen Bedenken heraus muß ich sagen, daß die Reichsverzögerungssteuer nach unserer Auffassung nur ein erster Schritt auf dem Wege zur direkten Reichssteuer ist, dessen Endziel wir auf das allerschwerste bekämpfen.

(Vorwurf rechts.) Die Einnahmequellen des neuen Etats sind keineswegs gesichert, insbesondere kommt das Wehrbeitragsgesetz in Betracht. Die für den Wehrbeitrag erhobenen Brüder dürfen nicht für andere Zwecke als für die Wehrbeitragsverwendung verwendet werden. Nun zur Politik! Wir können uns freuen, daß während der vergangenen Balkanwirten der Friede unter den Großmächten erhalten worden ist. Unsere Aufgabe besteht darin, die Bundesverträge zu halten und eine Bedrohung unserer Bundesgenossen hinzuhalten. Österreich-Ungarn hat an keine Großerungspolitik gedacht, wie Großherzog Albrecht hervorgehoben hat. Ein selbständiges Albanien war auch unser Wunsch. Wir könnten also nicht ins Schleppen einer Expansionpolitik genommen werden. Der Dreiklang hat seine Festigkeit bewiesen und ist dadurch zu einem Instrument des Friedens geworden. Was die innerpolitischen Verhältnisse angeht, so ist es nicht richtig, daß das ganze Volk hinter dem Volumen des Reichstags in der Taberner Angelegenheit steht. (Sehr gut!) Sehr weite und wertvolle Befreiung ist unserer Ansicht. (Sehr richtig!) Die Einnahmequellen des neuen Etats sind keineswegs gesichert, insbesondere kommt das Wehrbeitragsgesetz in Betracht. Die für den Wehrbeitrag erhobenen Brüder dürfen nicht für andere Zwecke als für die Wehrbeitragsverwendung verwendet werden. Nun zur Politik! Wir können uns freuen, daß während der vergangenen Balkanwirten der Friede unter den Großmächten erhalten worden ist. Unsere Aufgabe besteht darin, die Bundesverträge zu halten und eine Bedrohung unserer Bundesgenossen hinzuhalten. (Sehr richtig!) Ich schaue die Herren Scheibermann und von Galen sehr hoch. Deshalb tut es mir leid, daß sie dem Lobe des Herrn Scheibermann ausgesetzt sind. (Heiterkeit.) In Tabern ist nach und vor der Instruktionssitzung vom 28. Oktober fortlaufend eine Kette immerwiederkehrender Belästigungen und Beschimpfungen vorgekommen. Deshalb war das Militär nicht nur berechtigt, sondern ernstlich verpflichtet, einzuschreiten.

Wir wissen dem Kriegsminister Dank, daß er unseren Standpunkt im Falle Tabern teilt.

(Lebhafte Beifall rechts; Lärm und Pfiffe bei den Soz.) Wenn Sie mich auch mit Pfiffen beschimpfen, daß ist mir ganz gleich. Vizepräsident Dr. Baasche: Pfiffe sind nicht mit der Ordnung des Hauses vereinbar. Wenn ich wähle, wer sie getan hätte, würde ich die Befriedenden zur Ordnung rufen. Die Vorgänge vom 3. und 4. Dezember erkennen wir als ein Glied in der Kette der Versuche, das Heer zu demokratisieren. Mit Bezug auf die Beziehung des Militärs von Tabern legen wir uns vollkommen zurückhaltend auf, denn es handelt sich um Maßnahmen des Oberbefehls. Kritisieren aber müssen wir das Verhalten der Zivilverwaltung. (Sehr richtig! rechts.) Der Staatssekretär Born von Bulach war früher Mitglied der konservativen Fraktion. Jetzt aber ist er durch die lange zeitliche und örtliche Entfernung von und abgekommen. Sein Telegramm im "Berliner Volksangeiger" und noch mehr seine Besprechung mit dem Berichterstatter der "Berliner Volkszeitung" — daß es nicht der "Vorwärts" gewesen ist, erkennen wir noch an — (Heiterkeit), waren nicht am Platze. Die amtliche "Stralsunder Correspondenz" gibt Wohnnahmen bekannt, die nicht von der Zentralstelle fundet worden sind. Auch die bleibt ein Zwiespalt bestehen. Der Kreisdirektor von Tabern kennzeichnete in einer Kundgebung die Vorkommnisse als flagrante Überschreitung gewisser Bevölkerungskreise. Und weshalb war ihm diese Erkenntnis nicht schon früher gekommen? Ja, Himmel donnerwetter! (Große anhaltende Heiterkeit.)

Hätte ich als Landrat mich in ähnlicher Lage befunden, ich hätte ein polizeiliches Einschreiten schon früher für notwendig gehalten.

Elsaß-Lothringen ist früher von einem Präfekten sehr streng regiert worden unter direktem Einfluß von Paris. Von irgend einer Selbständigkeit oder freiheitlichen Selbstverwaltung, wie es hier charakteristisch ist für die preußisch-deutsche Gesetzgebung (Große Heiterkeit), war keine Rede. Erste volkständische Kreise befürchteten, daß der bisherige Weg nicht dazu führen werde, Elsaß-Lothringen dem deutschen Vaterland anzugehören, wie es erwünscht wäre im eigenen Interesse des Landes und für die Sicherheit des Reichs. Noch steht nicht fest, wie die Freiwilligen sich zum Misstrauensvotum verhalten. Zentrum und Nationalliberalen wollen darin nicht die Aufforderung erblicken zur Demission des Reichskanzlers. Wir haben es vorausgesagt, als die Interpellationsanträge zugelassen wurden, daß es so kommen müsse, wie es oeflossen

ist. Die bürgerlichen Parteien hätten besser gelan, wenn sie uns damals gefolgt wären. (Sehr richtig! rechts; Lachen links.) Ich möchte nicht in Ihr Urtheil seien. (Heiterkeit.) Es ist am 3. und 4. Dezember hier ein Urteil über schwedende Gerichtsverfahren gefällt worden. Wie verhält sich das mit Ihrer Ansicht über die selbständigen Gerichtsentscheidungen? (Sehr gut rechts, Unruhe links.) Da besteht doch ein fundamentaler Widerspruch. (Sehr gut! rechts.) Heute ist Mittwoch. (Sehr richtig links, große Heiterkeit.) Diese Heiterkeit paßt in den Rahmen der Verhandlungen der vorigen Woche. Sie haben sich hier Szenen abgespielt, Lärm und wilde Zurufe, die nur den Zweck haben sollten, zu kränken und den Ministern es unmöglich zu machen, zu sprechen. Das durch das Ansehen des Reichstags gelitten hat, ist klar nicht nur in weiten Kreisen des Volkes, sondern auch im Ausland. (Lebhafte Sehr richtig! Zuruf bei den Soz.: Sie können noch ganz anders schimpfen! Rufe rechts: Ruhe!)

Durch den Beschluss des Reichstags ist sein Ansehen nicht gefördert worden. Staatsrechtlich hat er gar keine Bedeutung. Der Bundesrat kann nicht Stellung zu ihm nehmen; er wandt sich, wohin er gehört: in den stenographischen Bericht. (Sehr gut! rechts.) Niemals wird größerer Zwang ausgeübt, als bei den Sozialdemokraten, bei denen es heißt: Erst rot, dann Blau! Um diesem Terror zu begegnen, bringen wir unseren Antrag auf Schutz der Arbeitswilligen ein. Wir treiben mit diesem Antrag Mittelstandspolitik. Ohne ein Verbot des Streitpostenstehend kann dem Übel des sozialdemokratischen Terrorismus nicht abgeholfen werden. In dieser Frage muß aber die Regierung führend vorgehen. Es handelt sich hierbei um ein dringendes Lebensbedürfnis. Ohne einen Rückgang des sozialdemokratischen Terrorismus müssen wir und weite Kreise des Volkes mit uns in eine ernste Zukunft blicken. (Beifall rechts.)

Staatssekretär Kühn: Graf Westarp hat die Wirkung der Zuwendungsteuer als Beschwörer kritisiert. Zuwendung und Wehrbeitrag hängen eng zusammen. Darin hat der Vorredner recht, daß der Bundesrat den Wehrbeitrag nicht zu einer zuverlässigen Einrichtung machen will.

#### Abgeordneter Dr. Wiemer (Opt.):

Wir weichen in unserer Auffassung über das Wirtschaftsproblem vom Zentrum und von den Nationalliberalen ab. Da die Sozialdemokratie dem Reichstanzler die Fähigkeit zum Wehrbeitrag abrichtet, so müssen sie ihrerseits die Mitarbeit einstellen. Das wäre noch törichter als der Streit in der Rüstungskommission. Bei der Poleninterpellation sprach doch auch die Mehrheit ein Wirtschaftsdatum aus. Trotzdem bewilligte die Sozialdemokratie dem Reichstanzler die Mittel für die Militärvorlage. Wo bleibt da die Konsequenz? Der Reichstanzler bemühte sich mit überflüssiger Schärfe, die Bedeutung des Votums herabzusehen. Er setzt sich in der Bewertung des Votums. Es war keine einfache Stimmenzählung. Die Wirkung kann auf die Dauer nicht ausbleiben. Wir haben nicht gewollt, daß es so kommt.

Wir wollen eine Stärkung des parlamentarischen Regimes (Halb rechts), das immer noch besser ist, als der jehige Scheinconstitutionalismus.

Der Konsul hat es nicht als nötig erachtet, uns die Maßnahmen in Babern mitzuteilen. Unsere Kenntnis beruht in den Mitteilungen des „Nordd. Allg. Blg.“. Die Verlegung des Regiments ist eine Strafe für das Regiment, das vielfach familiäre Beziehungen zu Baberner Familien hat, aber auch die Bürgerschaft ist in Mitteldeutschland gezogen.

Deshalb sollte das Militär baldigst, wenn Ruhe eintrete, kehrt ist, zurückkehren werden.

Die Rekruten mögen recht milde behandelt werden. Mit seinem Himmelsdonnerwetter hätte Graf Westarp in Elsah-Lothringen verteuft wenig imponiert. (Sehr gut! links.) Der Reichstag kann mit Stolz auf seinen Beschluss vom 1. Dezember zurückblicken. Er will die Gesetze respektieren wissen. Wir protestieren gegen die Art und Weise, wie von den Konservativen hier die Gesetzesverlehung von Babern beschönigt und vertheidigt wird. Mit der Regelung der braunschweigischen Frage sind wir durchaus einverstanden. Die Erklärung des jungen Herzogs, daß er der Verfassung und den durch den Bundesvertrag ihm auferlegten Verpflichtungen unerschütterlich treu bleiben werde, genügt uns. Wenn die bürgerliche Partei noch wie vor auf die Wiederherstellung des Königreichs Hannover hinwirken will, dann mag sie es tun. Hannover ist durch den Krieg preußischer Besitz geworden und bleibt es. Der gegenwärtige Zustand in Mecklenburg ist ein Hobn auf den modernen Staatsgedanken. (Beifall links.) Den günstigen Ausblick, den der Reichstanzler für hinsichtlich der Finanzen gab, beglücken wir. Wenn nicht neue Ausgaben in den nächsten Jahren hinzutreten — ich weiß nicht, wie der Marinestabschef darüber denkt — so werden wir zu günstigen Finanzen auch in den nächsten Jahren kommen. In dankenswerter Weise hat Freiherr v. Hartling eine bestimme Erklärung hinsichtlich der Einschränkung der Nutzungen abgegeben. Wir halten daran fest, daß eine internationale Verständigung in dieser Frage herbeigeführt werden muß.

Was die wirtschaftliche Lage Deutschlands anlangt, so ist eine rückschreitende Konjunktur unverkenbar.

Die Schuld daran trifft ganz wesentlich die preußische Eisenbahnverwaltung. Die Reichsbahn sollte bei ihrem großen Goldbestande wieder dazu übergehen, den Diskont weiter herabzusetzen. Dem Grafen Westarp muß ich das Recht bestreiten, namens des Mittelstandes zu sprechen, wenn er Verhärtingen des Arbeitswilligkeitschutzes verlangt. Für Ausnahmefälle werden wir nicht zu haben sein. Hinsichtlich der neuen Handelsverträge wäre es wünschenswert, wenn die Regierung auf Drängen der Kommission und einen Maximal- und Minimaltarif der neuen Handelsverträge vorlegen würde. Wir wünschen, daß die bisher bestehende Landwirtschaft gestärkt werde, damit wir die Fleischversorgung aus eigener Kraft bewerkstelligen können. Hierzu ist allerdings nötig, daß möglichst bald die Boblen der leichten Viehzüchtung vorgelegt werden. Mit Genugtuung begründen wir die bevorstehende Reform des diplomatischen Dienstes.

Wir verlangen, daß die Diplomaten eine mehr volkswirtschaftliche und laufmännische Ausbildung bekommen.

Der Fall Schlieben muß in der Kommission weiter erörtert werden. Wir stimmen der Tätigkeit der Leitung unserer auswärtigen Politik zu. Diese zeigt wohl überlegtes Handeln, und wir wünschen nur, daß diese Tätigkeit nicht durch impulsive Eingebungen und Rundgebungen durch Redensverleihungen und durch Verleihung von Marschallstaben gestört wird. Wie freuen uns über die guten Beziehungen zu England. Die Beteiligung an der Weltausstellung in San Francisco dürfen wir nicht von

der Haltung Englands abhängig machen. Der Reichstanzler muß nicht nur die Rechte der Krone wahren, sondern auch die des Volkes. Die preußische Wahlrechtsreform ist immer noch nicht gekommen. Es muß nicht nur der Kontakt zwischen Militärgewalt und Zivilbehörde gewahrt werden, sondern auch zwischen Kanzler und Kaiser.

Es ist unhaltbar, daß der Kanzler 30 Stunden seiner kostbaren Zeit systematisch für einen dreiviertelstündigen Vortrag in Donaueschingen.

Es ist betrübend, daß dieses Jubiläumsjahr mit seinen großen Opfern abschließt mit einer schmerzlichen Enttäuschung der freiheitlichen Vaterlandsfreude, daß der Schaden nicht wieder gut gemacht werden kann, der angerichtet ist, und gerade das tut bitter not. (Beifall links.)

#### Kriegsminister v. Falkenhayn:

Ich muß mit einigen Worten auf die Baberner Vorkommission

zurückkommen. Von meiner Person abgesehen, muß ich die hier angegriffenen Offiziere in Schuß nehmen. Es wird gesagt, es sei nicht schnell genug gegen die betreffenden Offiziere eingeschritten worden. Das ist nicht richtig. Geheimnisrämerie ist nicht getrieben worden. Am 6. Dezember erschien der Zeitungsartikel, am nächsten Tag wurde der beschuldigte Offizier gehört und zur Rechenschaft gezogen, und schon am 8. Dezember wurde in der Presse bekannt gegeben, daß eine beabsichtigte Bekleidung der Bevölkerung nicht vorläge. (Lachen bei den Soz.) Die 75 Rekruten sind gleichzeitig geholt worden, um festzustellen, in welchem Umfang Beleidigungen dieser Leute vorgekommen sind. Aber noch zur Zeit dieser Vernehmungen sahen Strafmaßnahmen und die Beleidigung mit neuen Anschuldigungen gegen die Offiziere ein.

Daß damals von einer Verleumdung des Offiziers nicht die Rede sein konnte, habe ich schon ausreichend dargelegt. Was nochträglich in der „Nordd. Allg. Blg.“ über die Bestrafung des Offiziers und des Unteroffiziers wegen grober Beleidigung von Untergebenen gestanden hat, hätte auch das gesagt worden, in diesem hohen Hause in der Verhandlung gesagt werden können. Das ist geschehen. Sobald ich durch die Aussführungen des Abgeordneten Fehrenbach — ich muß sagen zu meiner großen Überraschung — erfuhr, daß trotz der klaren gesetzlichen Bestimmungen Zweifel bestanden habe ich sofort hier genau daßselbe gesagt, was jetzt in der offiziösen Verlautbarung gesagt worden ist. Mehr konnte ich nicht sagen und kann ich heute nicht sagen, denn es widerspricht der Disziplinarherrschaft, wenn man ihrer Ausübung im einzelnen der öffentlichen Kritik preisgeben wollte. (Sehr richtig! rechts.) Nicht einmal direkte Vorgesetzte dürfen eingreifen, es sei denn, daß es sich um Verstöße gegen gesetzliche Bestimmungen oder um Unterlassung der Ablöschung eines Vergehens handelt. Wollte man anders verfahren, so würde man denjenigen, die im Kriegsfalle die Verantwortung allein tragen können und die daher im Frieden sie allein tragen müssen, diese aus der Handwinden, und man würde damit den Grundstein unterhöhlen, auf dem unsere Armee ruht. (Sehr richtig! rechts. Lachen links.) Auch hier im Hause ist schon wiederholt darauf hingewiesen worden, daß es unbedingt nötig ist, den zuständigen Disziplinarvorgesetzten die Befugnis zu geben, die zur Ausübung ihrer Disziplinarherrschaft gebraucht: Selbstständigkeit und Dienststehen. Wie dies aber bei einer öffentlichen Kritik möglich sein soll, weiß ich nicht. (Sehr richtig! rechts, Zuruf bei den Soz.) Sie — zu den Soz. — hören mich nicht, aber ich bitte Sie, mich als Vertreter der Armee sprechen zu lassen.

Vizepräsident Dove: Ich bitte, die Unterbrechungen zu lassen, muß aber bemerken, daß die letzten Unterbrechungen nicht derart waren, daß sie zu der Verwahrung Anlaß gaben.

Kriegsminister v. Falkenhayn fortlaufend: Die Maßregeln der Verlegung des Regiments aus Babern waren notwendig, wie anerkannt wurde. Dann kann man schließlich nicht mehr lange bedenken, ob jemand dabei geschädigt wird. Der Abgeordnete Dr. Spahn ist auch auf

#### den Fall Knittel

eingegangen. Auf den Fall im einzelnen will ich nicht eingehen. Das eine aber kann ich heute erklären, daß ich mit meinen beiden Amtsvorgängern auf dem gleichen Standpunkt stehe: Ein zur Verantwortung ziehen eines Offiziers innerhalb der staatsbehinderten Parteien muß ausgeschlossen bleiben. Ein Offizier aber, der sich in antimonarchischem und internationalen Sinn betätigt, darf nicht im Heere verlassen werden.

Abg. Dr. v. Morawski (Pole): Mit der Antwort der Regierung auf unsere Anfrage, betr. das Verbot der Jesuitenmission in Polen können wir uns nicht zufrieden geben. Die Aktion der Elsah-Lothringen sind sicherlich berechtigt. Bei uns ist es ähnlich, ja noch schlimmer. Dieses System, das gegen uns angewendet wird, ist unmoralisch. (Glocke des Präsidenten.) Dr. Raempf: Ich rufe den Redner zur Ordnung. Man versteht uns und unser Land nicht. Man will uns unsere Muttersprache nehmen. Ist das moralisch? Wir werden über trop dieses Systems weiterkommen. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Frhr. v. Kampf (Apt.): Ein Niedergang der Konjunktur ist unbestreitbar. Darauf wird auch die Beteiligung an der Weltausstellung nichts ändern. Die Herabsetzung der Kohlenpreise wird nicht ohne Einfluß auf die Arbeitersöhne bleiben. Mit Predigt beginnen wir die gesetzliche Aufbesserung der Altpensionäre. (Bravo!) Die Geldnot beeinträchtigt das Wirtschaftsleben bei uns ganz gewaltig. Deutschlands Kapital geht viel zu viel ins Ausland.

Mit dem städtischen Grundbesitz stehen wir geradezu vor einer Katastrophe.

In der Frage des Reichsbahndispositons sollte eine Enquete veranstaltet werden. Die Bemühung des Reichsbahndirektors, um die Liquidität der Bank hat nicht den erwünschten Erfolg gebracht. Die zweite Monatsbilanz hat hierin nichts geändert. Vor der übermäßigen Zulassung ausländischer Papiere, ausgenommen wenn politische Momente mitspielen, muß gewarnt werden. Unsere politischen Freunde müssen diesen Unterstützungen zustimmen, so Rumänien. Wenn wir für einen erhöhten Arbeiterschuh eintreten, so soll man mit dem Wort Scharfmacherei endlich aufhören.

Wenn wir keinen genügenden Arbeiterschuh haben, so kommt es leicht zu Konflikten, wobei auch einer förperlich zu Schaden kommen kann.

(Lärm bei den Soz. Zuruf links.) — Präsident Dr. Raempf ruft den Abg. Mörsen wegen eines solchen Zurufs zur Ordnung. Die Industrie ist leider in der Volksvertretung nicht

genügend vertreten. Darauf haben aber Strömungen schuld, wie der Hansabund. (Lachen links.) Es darf nicht verkannt werden, daß die Landwirtschaft nach Jahrzehntelanger schwerer Arbeit so weit ist, den einheimischen Markt vom Ausland vollständig frei zu machen. Das ist für den Kriegsfall außerordentlich günstig. In bezug auf die auswärtige Politik hat unsere Diplomatie sehr gut abgeschnitten. Das ist nicht ohne Einfluß auf die Schaltung des Weltfriedens. In der Baberner Angelegenheit hätte in der „Nordd. Allg. Blg.“ sehr wohl, wenn die Bestrafung mitgeteilt wurde, auch das Strafmaß mitgeteilt werden können.

Die Zivilbehörden von Babern waren jedenfalls nicht auf ihrem Posten.

Man darf nicht vergessen, daß die Militärverwaltung in Elsah-Lothringen andere Aufgaben hat als in anderen Teilen des Reiches. Aber die Zivilbehörden hätten die Militärverwaltung nicht so bloßstellen dürfen, wie aus der Depesche des Staatssekretärs an den „Berliner Volks-Anzeiger“ hervorgeht.

#### Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg:

Ich muß zu einigen Gegenständen Stellung nehmen, welche im Laufe der bisherigen Debatte erörtert worden sind. Da ist eine Auslassung des Abg. Grafen Westarp über den Schuß gegen den Mißbrauch des Koalitionsrechts, ein Gegenstand, über den sich soeben auch der Abg. Frhr. v. Kampf gesäuert hat. Es ist nicht wohl möglich, daß ich während der ersten Lesung des Staats diesen Gegenstand bis in alle seine Konsequenzen hinein erörtere. Ich weise zunächst auf das hin, was ich vor drei Jahren über diese Frage hier im Hause anlässlich der Interpellation über die Boabiter Egesse gesagt habe. Ich habe damals meine Meinung dahin ausgesprochen:

Gegen Auswüchse des Koalitionsvertrags kann nicht eingeschritten werden durch Änderungsgefechte, sondern nur auf dem Boden des gemeinen Rechts.

Und es darf dabei ein Einbruch in die Koalitionsfreiheit nicht erfolgen. Ich nehme an, nach den Äußerungen, die bisher in diesem Hause gefallen sind, daß diese beiden Grundätze die Zustimmung der bürgerlichen Parteien finden. (Lachen bei den Soz.) Dahin in die Koalitionsfreiheit nicht eingegriffen werden darf, ist selbstverständlich. Das Koalitionsvertrag ist eine Erscheinung, die bei uns ebenso gut wie in anderen Ländern durch die wirtschaftliche Entwicklung eine Notwendigkeit für die Arbeiterschaft wie für das Unternehmertum geworden ist. Es wäre ein ebenso ausichtloses wie törichtes Unternehmen, durch einen Alt der Gesetzgebung diese Entwicklung beschränken zu wollen. (Sehr richtig!) Aber das hindert uns nicht, Auswüchse, wo sie konstatiert werden — und sie sind konstatiert worden, ich brauche mich nicht darüber auszulassen —, entgegenzutreten. (Rufe links: Auf beiden Seiten!) Ich weiß, es muß durchaus partizipativ vorgegangen werden in dieser Frage. Das liegt schon in dem Grundsatz, den ich vorhin ausgesprochen, daß auf dem Boden des gemeinen Rechts Änderungen zu schaffen ist. Als Abhilfe ist vorgeschlagen worden einmal eine Revision der Strafgesetze und zweitens die zivilrechtliche Haftung der Koalitionen.

Gegenüber der übergroßen Macht, welche die Koalitionen besitzen, nicht nur infolge der Anzahl ihrer Mitglieder, sondern auch durch die großen Vermögen, die sie inne haben, drängt von selbst die Erwagung auf, als Begünstigt hierzu die zivilrechtliche Haftung einzutreten zu lassen, eine Haftung für den Schaden, den die Koalitionen durch ihre Verstöße anderen in Widerstand mit den Gesetzen zufließen. Im Zusammenhang mit dieser Frage geht bekanntlich die Frage der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, eine Frage, die zu lösen, schon einmal gesetzlich unternommen worden ist, aber vergeblich. Ich glaube auf keinen Widerspruch zu stoßen, wenn ich sage, daß die Frage der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, so oft sie auch draußen und hier im Reichstage verhandelt worden ist, keineswegs zu einem gesetzberichtigen Alt reif ist. Was die Revision des Strafgesetzes anlangt, so habe ich, als ich vor drei Jahren hier darüber sprach, darauf hingewiesen, daß die Kommission, welche sich mit der Revision des Strafgesetzes beschäftigt, der Verfassungswerte, der Amtlichkeit und dem Selbstbestimmungsrecht des Individuums mehr geschützt werden als bisher. Es sind von der Kommission, wie Ihnen bekannt sein wird, entsprechende Paragraphen in den jeweiligen Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches aufgenommen worden. Daß dies jedoch scheint mir doch eine Notwendigkeit. Als unser Strafgesetzbuch erlassen wurde, befand sich unter Koalitionsvertrag im Vergleich zu heute doch noch sehr in den Anfängen, und als der Gesetzgeber die Paragraphen zum Schutze der persönlichen Freiheit faßte, hatte er im wesentlichen im Auge den Angriff auf die persönliche Freiheit des Individuums durch ein drittes Individuum, aber nicht den Angriff, der geistlich ist auf die Macht von Koalitionen.

Eine Sitzung der Geschäftsführungskommission, wb. Berlin, 10. Dezember. Die Geschäftsführungskommission des Reichstags hielt gestern Dienstag eine Sitzung ab. Es legen vor: 1. ein Schreiben des Stellvertreters des Reichskanzlers, betreffend Erteilung der Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Hoffmann-Rudolf (Soz.) wegen Übertritt des Impfgesetzes. 2. ein Schreiben des Mitgliedes des Reichstags Dr. Werner-Gießen (wirthl. Bgg.), betreffend Herbeiführung einer Entscheidung über die Frage, ob die Kommission geneigt sei, einem gegebenenfalls zu stellenden Antrage auf Genehmigung eines Privatvertrags gegen ihn auszustimmen. 3. ein Schreiben des Stellvertreters des Reichskanzlers, betreffend Erteilung der Genehmigung zur Strafverfolgung des Mitgliedes des Reichstags Thiele wegen Beleidigung. Die Genehmigung wurde dem alten Gebrauch entsprechend abgelehnt, auch in dem zweiten Fall, trotz des Wunsches des Abg. Dr. Werner, die Kommission möge dem Strafverfahren zustimmen.

Die Wahlprüfungscommission, wb. Berlin, 10. Dezember. Die Wahlprüfungscommission des Reichstages beschäftigte sich heute mit der Prüfung der Wahl des Abg. v. Liebert (Apt.), Sachsen 14, Borna, und beschloß, die Wahl für ungültig zu erklären.

Elsah-Lothringen zur gestrigen Babern-Debatte.

\* Straßburg i. E., 10. Dezember. Von der Behandlung der Baberner Angelegenheit in der gestrigen Reichstagsitzung ist man hier wenig befriedigt. Der Vorstand der Lothringen-Fortschrittspartei hat eine Resolution angenommen, die die Baberner Äffäre wegen der schweren Verleumdungen des Reichs und der dabei getroffenen Ohnmacht der Regierung bedauert und ihre Abgeordneten beauftragt, im Landtag Protest einzulegen.



# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

"Tagblatt-Haus".

Stadt... habe geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich



12 Ausgaben.

Geburts:

"Tagblatt-Haus" Nr. 6600-50.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonnab-

Bezugspreis für beide Ausgaben: 70 Pf. monatlich, 20.- vierzehntäglich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Dringelohn. 20.- vierzehntäglich durch alle deutschen Buchhändler, ausländischen Buchhändlern. — Bezugsp. Bestellungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle Verwaltung 20., sonst die Ausgabenstellen in allen Teilen der Stadt; in Wiesbaden die vorliegenden Ausgaben und in den benachbarten Landorten und im Rheingau die entsprechenden Tagblatt-Tage.

Anzeigen-Nahme: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin SW. 61, Leitower Str. 16, Fernspr. Amt Lübeck 5788. Für die Aufnahme von Anzeigen an verschiedene

Zeitung: Für die Morgen-Ausgabe bis 8 Uhr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin SW. 61, Leitower Str. 16, Fernspr. Amt Lübeck 5788. Tagen und Wochen wird keine Gewähr übernommen.

Donnerstag, 11. Dezember 1913.

Abend-Ausgabe.

Nr. 578. • 61. Jahrgang.

## Zaberner Nachklänge.

Westarp und Wiemer.

Bei der Fortsetzung der gesetzlichen Beratung im Reichstag kam es, wie wir berichteten, zu einem Redefanw zwischen dem konserватiven Führer Grafen Westarp und dem Redner der Fortschrittlichen Volkspartei, dem Abgeordneten Dr. Wiemer. Es kann für niemanden, der sich nicht einjagen lässt, von sophistischen Redensarten und dialektischen Tongliedern, zweifelhaft sein, auf welcher Seite die größere politische Einheit, die bessere Sache war. Dr. Wiemers Rede hatte vor der des konserватiven Grafen den Vortrag, daß sie durchsichtig und offen, energisch und Zielbewußt war und unter voller Anerkennung der Rechte des Kaisers und der Armee das Schwergewicht legte auf die Aufrechterhaltung der Stellung der Volksvertretung.

Graf Westarp nahm den Fall Zabern zum Anlaß, um in forciertter Schneidigkeit das Heer über das Volk zu stellen und die elzas-lothringische Zivilverwaltung in unehrlicher und völlig ungerechter Weise anzutreiben. Das „Simmelkronenwetter“, das bei dieser Gelegenheit dem Gehege seiner Zähne entfloß, war bezeichnend für die ganze Gemütsverfassung, in der die konservativen an die elzas-lothringischen Dinge herangehen. Sie lieben kaum noch die Verfehlungen des Herrn v. Horstner und des Obersten v. Reuter, von denen man noch immer nicht positiv weiß, ob sie eine strafgerichtliche Aburteilung finden werden; sie hören nur von der Aufrichtigkeit des Volkes und halten dafür, daß mit einer Himmelfreudzonnerwetterpolitik der elzas-lothringische Volksstamm zur Ruhe gebracht werden kann. Die Manieren des ostelbischen Gutschoes, wo man allenfalls mit kroßen Schimpfwörtern und mit der Peitsche in der Hand die Leute zur Raison zu bringen vermag, mögten die konservativen am liebsten auf den Boden des Reichslandes verpflanzen. Und sie denken dabei nicht, daß durch eine solche „Politik“ der stete Nährboden geschaffen wird für nationalistische Umlaufen und fortwährende, dem Deutchtum hinderliche Störungen des Gleichgewichts. Die konservative Politik, so national sie sich gebärdet, ist im letzten Ende durchaus widerständig.

Graf Westarp den Staatssekretär Born v. Bulach stürzen will und auch, momentan in der Steuerfrage, dem Reichskanzler ein Bein zu stellen bemüht war, nimmt nicht weiter wunder. Die Ministerstürze ist wieder am Werke, und in dieser Beziehung hat die konservative Politik manche Verübungspunkte mit den Absichten der Sozialdemokratie, die ja auch glauben, daß ein großes Werk getan wäre, wenn Bethmann-Hollweg ginge.

Demgegenüber vertrat Abgeordneter Dr. Wiemer die Politik des Volkes und der Verfassung. Zwar hielt er es nicht wie Herr Scheidemann für der politischen Weisheit leichten Schluss, den Reichskanzler zum Rücktritt zu zwingen, und erkannte an, daß nun einmal unsere verfassungsrechtlichen Zustände nicht derartig sind, daß ein Reichskanzler nach einem Misstrauensvotum gehen müsse; aber er stellte anheim, ob das Bleiben des Kanzlers in dieser Situation richtig und klug sei, und er wies auf das Beispiel Bülow's hin, der aus einer Ablehnung seiner Politik die richtigen konstitutionellen Schlüssefolgerungen gezogen habe. Mit Recht hat Dr. Wiemer noch die Notwendigkeit betont, daß ein weitgehender Einfluß des Parlaments auf die Führung der Regierungsgeschäfte stattfinden muß. Das parlamentarische System ist unter allen Umständen besser als der Scheinkonstitutionalismus von heute. Diesen Sach Wiemers unterschreiben wir durchaus, und ebenso teilen wir seine Ansicht, wenn er mit Nachdruck das Verdienst hervorgehoben hat, daß sich der Reichstag am 4. Dezember erworben hat, als er Recht und Gesetz durch seinen Beschuß zur Gestaltung brachte. Denn darüber kann kein Zweifel sein, wenn die Lage in der Zaberner Angelegenheit seit dem 4. Dezember sich allerdings eingetragen zum Besseren gewendet hat, so ist das das Verdienst des Reichstags. Die glänzende Lage, die sich der Reichstag selber in dieser Woche geschaffen hat, darf nicht wieder nach rückwärts revidiert werden. Dank der Einigkeit und Geschlossenheit des Reichstags ist dem Elzas — darauf hat auch der ehemalige elzas-löthringische Abgeordnete Wolf dieser Tage hingewiesen — eine schwere Stunde vielleicht zum Segen geworden, denn nun weiß das Elzas, daß es sich auf die deutsche Volksvertretung verlassen kann. Der Reichstag hat durch seinen Beschuß vom 4. Dezember wieder eingerenkt, was die Militärdiktatur verdorben hat. Wir fanden diesen Gedanken gestern auch in einer Straßburger Zeitung der Frankfurter

Zeitung" ausgesprochen, in der es heißt: "Der historisch heutige festzuhalrende Erfolg von Zabern liegt auf einem anderen Gebiete. Er liegt beim Volke: daß Ereignis, das drohte, „alles kaputt“ zu schlagen, alles erreichte auf dem Gebiete des Ausgleichs der Gegenseite zwischen den beiden Bevölkerungen im Lande und dem inneren Antrieb Elzas-Lothringens an das Reich zu vernichten, hat damit geendet, daß beide wie noch nie einheimische und eingewanderte Schulter an Schulter stehen, und daß freudig anerkannt wird, daß das Elzas in seiner höchsten Not trübsallose Unterstützung beim deutschen Volke gefunden hat. Hat „Zabern“ in Altdeutschland Klarheit über viele Fragen der elzas-löthringischen Politik geschaffen und das Interesse für unser Land geweckt, so haben die Elzas-Lothringen aus den Vorfällen der jüngsten Zeit erkannt, daß das Bürgerium über dem Rhein ihre Leiden versteht und ihren Kampf mit zu führen bereit ist. Den 4. Dezember, den Tag des Misstrauensvotums im Reichstag, wird man als die Geburtstunde des deutsch-elzas-löthringischen Bürgertums in die Geschichte eintragen können! Es ist nichts kaputt. Eine schöne Zukunft beginnt zu blühen, und es ist die Aufgabe des deutschen Volkes zu verhindern, daß plumpes Hände die Ernte vernichten."

## Der Reichskanzler und die Konservativen.

Bon der Reichstagstriebn wird uns in Ergänzung des in der Morgen-Ausgabe drabtlich gemeldeten Stimmenberichts noch geschrieben:

○ Berlin, 10. Dezember.

Die heutige Fortsetzung der Staatsdebatte stand zu einem erheblichen Teile wieder unter dem Zeichen der Zaberner Vorgänge. Diesmal war es der Konservative Graf Westarp, der die Angelegenheit breit und in jedenfalls interessanter Weise behandelte, interessant darum, weil der Redner zwischen den Zeilen vieles deutlich sagte, was er mit flaren Worten nicht zu sagen brauchte, weil er sicher sein konnte, obnein verstanden zu werden. Graf Westarp sprach mit seinem bestimmten Worte vom Reichskanzler, er hatte dafür um so mehr Lob sprüche für den Kriegsmann, der die Berechtigung der militärischen Gewalten, sich gegen Belästigungen zu schützen, in so entschiedener und in so eindrucksvoller Weise betont habe. Der Redner zog also einen Strich zwischen Herrn v. Falkenhayn und Herrn v. Bethmann-Hollweg, von dem er zwar nicht glauben möchte, daß er den Rückzug angetreten habe, von dem er es aber schließlich doch glaubte. Und indem der Führer der Konservativen so die Mithilfe der Rechten für den vom Reichskanzler gesuchten Ausgleich des Gegenseites zwischen Zivilbehörden und Militärbehörden in Elzas-Lothringen forderte, schaffte er sich zugleich die Gelegenheit, die bestigte Kritik an das Verhalten der reichsländischen Zivilbehörden selber zu legen, die es sogar über sich gewonnen hätten, ihre Auffassung von den in Zabern begangenen Verfehlungen der militärischen Instanzen den Vertretern demokratischer Blätter anzuhören. Jeder Soh in der Westarbeiterischen Nede war ein freilich kaum noch überzeugendes Zeugnis dafür, daß die Konservativen mit dem Reichskanzler wenige auf Frieden sind. Man kann gleichwohl freilich der Geschäftlichkeit, mit der Graf Westarp seine Aufgabe löste, den Kanzler gegen das Misstrauensvotum vom 4. Dezember in Schuß zu nehmen, seine Anerkennung nicht verweigern. Graf Westarp hielt es allerdings für selbstverständlich, daß dies Misstrauensvotum nicht die Folge haben könne, die es in parlamentarisch regierten Ländern haben würde und infolfern konnte er der geirrten Zurückweisung der Scheidemannschen Auffassung durch den Reichskanzler keine Zustimmung nicht vorbehalten. Aber sogleich rechnete er mit einer Befreiheit, der man gewisse Hoffnungen auf die Herbeiführung eines Konflikts deutlich anmerkte, aus dem Auftreten und den Forderungen der Sozialdemokratie und aus der von ihm für wahrscheinlich gehaltenen Zustimmung der Freisinnigen zu diesen Forderungen heraus, daß Herr v. Bethmann-Hollweg am Ende doch die Mithilfe der Mehrheit des Hauses für seine gesamte Politik, nicht bloß für den Zaberner Fall, erhoffen habe.

Statt nun Herrn v. Bethmann-Hollweg seine Unterstützung in Aussicht zu stellen, zog es der konservative Redner vor, ihm im eigenen und im Namen seiner Parteifreunde ebenfalls Mithilfe auszu sprechen, und zwar nicht bloß wegen des vermeintlichen Fallenlassens der militärischen Behörden in der Zaberner Angelegenheit, sondern wegen der Verleistung der Verfassung an Elzas-Lothringen. Die ganze Rede wurde so zu einem verteidigen oder eigentlich ganz offenen Angriff auf die Stellung des Reichskanzlers, und es zeigte sich wieder, daß Herr v. Bethmann-Hollweg seine Freunde am wenigsten auf der rechten Seite zu finden bat. Den Schluß der heutigen

Debatte machte eine umfangreiche Rede des Reichskanzlers, die in ihrem letzten Teile ebenfalls die Zaberner Vorgänge behandelte. Herr v. Bethmann-Hollweg ließ sehr deutlich merken, daß er die versteckten Angriffe des Grafen Westarp gut verstanden hatte. Zwar richtete der Kanzler auch noch links hin die Mahnung, den Tadel für das Verhalten der militärischen Behörden in Elzas-Lothringen zurückzuhalten, bis das Ergebnis der angeordneten Untersuchung vorliege, aber noch stärker stieg das nach rechts gerichtete Ersuchen, die Angriffe auf die reichsländischen Zivilbehörden zu unterlassen, da doch erst die gestellten Ermittlungen abgewartet werden müssten. Die Konservativen nahmen die Mahnung des Herrn v. Bethmann-Hollweg schwiegend hin.

## Die Lage im Reichsland.

Die kriegsgerichtliche Verhandlung gegen die Rekruten.

\* Straßburg i. E., 11. Dezember. In der Zaberner Sache haben sich heute vor dem kriegsgericht der 30. Division die Rekruten Henk, Scheibe, Bleile wegen Vergebens gegen die §§ 92, 93 und 101 des Militär-Strafgesetzbuches zu verantworten. Trotz des Verbotes des Obersten Reuter, die Wades-Auflösungen des Leutnants Horstner in die Öffentlichkeit zu bringen, ließ sich der Musketier Henk von einem Vertreter des „Elässer“ bewegen, die Äußerungen des Leutnants über die französische Fahne niederschreiben und diese Niederschrift von den Mitangeklagten unterschreiben zu lassen. Hierin wird ein Vergehen gegen die eingangs erwähnten Paragraphen erblickt.

Aufklärung des Verhwindens von Oberst Reutens Wurzeln.

\* Straßburg i. E., 10. Dezember. Wie seinerzeit gemeldet wurde, verschwand plötzlich der Wurz der Obersten v. Reuter, Musketier Ficht, ohne daß selbst seiner Mutter über den Grund seines Verhwindens Auskunft gegeben wurde. Die „Bürgerzeitung“ teilt nun mehr mit, daß Ficht vorgestern von einem Standgericht in Zabern abgeurteilt wurde. Er hat in einem Zaberner Geschäft seiner Privatmeinung über den Fall Horstner freien Ausdruck gegeben, wurde denunziert und ist jetzt zu fünf Wochen Arrest verurteilt worden. Zwei Wochen für erlittene Untersuchungshaft wurden abgerechnet.

## Deutsches Reich.

\* Hof- und Personal-Nachrichten. Der Kaiser hörte die Vorlesungen der Minister Breitenbach und Sodow und des Geheimen Rates v. Valentini.

Die Kaiserin empfing im Neuen Palais im Anschluß Dr. W. B. Ven.

\* Die Frage einer Arbeitslosenversicherung. Die Stadt Berlin hat vor kurzem zusammen mit zahlreichen Vororten dem Reichskanzler das Gesuch unterbreitet, die reichsgerichtliche Regelung der Bauangerver sicherung gegen die Arbeitslosigkeit, in erster Linie für das Bauwesen, sodann aber auch für andere, erfahrungsgemäß von in Perioden wiederkehrender Arbeitslosigkeit betroffene Gewerbe zu legen, die es sogar über sich gewonnen hätten, ihre Auffassung von den in Zabern begangenen Verfehlungen der militärischen Instanzen den Vertretern demokratischer Blätter anzuhören. Jeder Soh in der Westarbeiterischen Nede war ein freilich kaum noch überzeugendes Zeugnis dafür, daß die Konservativen mit dem Reichskanzler wenige auf Frieden sind. Man kann gleichwohl freilich der Geschäftlichkeit, mit der Graf Westarp seine Aufgabe löste, den Kanzler gegen das Misstrauensvotum vom 4. Dezember in Schuß zu nehmen, seine Anerkennung nicht verweigern. Graf Westarp hielt es allerdings für selbstverständlich, daß dies Misstrauensvotum nicht die Folge haben könne, die es in parlamentarisch regierten Ländern haben würde und infolfern konnte er der geirrten Zurückweisung der Scheidemannschen Auffassung durch den Reichskanzler keine Zustimmung nicht vorbehalten. Aber sogleich rechnete er mit einer Befreiheit, der man gewisse Hoffnungen auf die Herbeiführung eines Konflikts deutlich anmerkte, aus dem Auftreten und den Forderungen der Sozialdemokratie und aus der von ihm für wahrscheinlich gehaltenen Zustimmung der Freisinnigen zu diesen Forderungen heraus, daß Herr v. Bethmann-Hollweg am Ende doch die Mithilfe der Mehrheit des Hauses für seine gesamte Politik, nicht bloß für den Zaberner Fall, erhoffen habe.

Zum Streit zwischen Ärzten und Krankenkassen. Sämtliche medizinischen Fakultäten der deutschen Universitäten haben sich in einer Einigung an den Reichskanzler gewandt, um einer allgemeinen Einigung zwischen der Arztreorganisation und den Krankenkassen im Reiche die Wege zu ebnen.

\* Die Sicherung der Bauförderungen. Die im Frühjahr 1912 in Angriff genommene Denkschrift über den Bauhöndel, die eine Stellungnahme zu der Frage ermöglichten soll, ob der zweite Teil des Gesetzes über Sicherung der Bauförderungen einzuführen ist, soll im wesentlichen fertiggestellt sein.

\* Staatliche Unterstützung für die Werkbundausstellung. Die preußische Regierung hat für die deutsche Werkbundausstellung in Köln 50 000 M. zur Verfügung gestellt. Die Summe ist bestimmt, Handwerkern den Besuch der Ausstellung und den preußischen Kunstgewerbeschulen die Teilnahme zu ermöglichen.

\* Der Landesauschluß der preußischen Zentrumspartei trat am Mittwoch in Berlin unter der Leitung von Dr. Vorold zu einer mehrstündigen Sitzung zusammen, in der der Landesauschluß neu konstituiert wurde. Zum Vorsitzenden wurde Dr. Vorold wiedergewählt, zu Stellvertretern Herold und Trimbach.

\* Der Studentenstreit in der Zahnheilkunde. Zu dem Streit der Studierenden der Zahnheilkunde an der Leipziger Universität, die, wie berichtet, die Erlangung einer Zulassung zur Promotion an ihrer Fakultät fordern, haben die Studi-

rennen der Bahnheilkunde an der Würzburger Universität ebenso wie die Berliner Studierenden ihren Leipziger Kommilitonen eine Sympathiekundgebung gesandt. Es wird erwartet, daß die Bewegung auch auf andere Universitäten übergreifen wird.

### Parlamentarisches.

Zum 60. Geburtstag des Reichstags-Vizepräsidenten Dove. Dem zweiten Vizepräsidenten des Reichstags, Geh. Justizrat Dove, der heute sein 60. Lebensjahr vollendet, widmet die "Voss. Zeit." herzliche Glückwünsche und sagt: Ein scharfsinniger Jurist und gewandter Schriftsteller, ein Mann von echter liberaler Gesinnung und erfrischender Charakterfertigkeit, von persönlicher Liebenswürdigkeit und farblosem Humor, hat Dove sich in den weitesten Kreisen der Wissenschaft wie der Praxis, des Handels wie der Politik Freunde und bei allen Parteien, auch den Gegnern, wohlverdiente Achtung erworben.

Der Dneilaufschuß des Reichstags beschäftigte sich in seiner Sitzung vom Mittwoch mit den vom Zentrum, den Nationalliberalen und den Sozialdemokraten eingebrochenen Anträgen. Die Anträge Gröber und von Galen wollen bei steuerlich verschuldetem Zweikampf an Stelle der Festungshaft Gefängnishaft von gleicher Dauer sehen; gegebenenfalls sollen die bürgerlichen Ehrenrechte überkant werden. Ein konservativer Antrag will den Zweikampf mit Schlägern unter Vorlehrungen, die bestimmt und geeignet sind, gegen Lebensgefahr zu schützen, straflos machen. Die Sozialdemokraten beantragen, die §§ 201 bis 210 des Strafgesetzbuches aufzuheben und in den §§ 223, 224 und 226 schärfere Antidurstbestimmungen einzufügen. Die Diskussion behandelte insbesondere die Frage, ob die Überkennung der bürgerlichen Ehrenrechte zur Rücksicht erhoben werden soll. Dagegen wandten sich die Konservativen und die beiden liberalen Parteien. Die nächste Sitzung findet im Januar statt.

\* Die Wahl des Reichstagsabgeordneten v. Liebert für ungültig erklärt. Der Wahlprüfungsausschuß des Reichstags erklärte die Wahl des Abg. v. Liebert (Reichspartei), der im 14. sächsischen Wahlkreis gewählt ist, für ungültig. Herr v. Liebert, der damals 1. Vorsitzende des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, ist im 14. sächsischen Wahlkreis Vorna gewählt, und zwar in der Stichwahl mit 18 081 Stimmen, gegen den Sozialdemokraten Rosel, auf den 18 058 Stimmen entfielen. In der Hauptwahl waren abgegeben worden 11 500 sozialdemokratische, 7281 reichsparteiliche und 7217 nationalliberale Stimmen. Es ist also sehr wahrscheinlich, daß der Wahlkreis in der kommenden Eröffnung der Reichspartei abgenommen wird.

Eine sozialdemokratische Interpellation zur mecklenburgischen Verfassungsfrage. Die sozialdemokratische Fraktion wird in der mecklenburgischen Verfassungsfrage eine Interpellation einbringen.

Scheidemann der Nachfolger Bebels. Die sozialdemokratische Fraktion hat gestern an Stelle Bebels den Abgeordneten Scheidemann zum Vorsitzenden gewählt.

Zum Zusammentritt des preußischen Landtags. Der preußische Landtag wird, wie gemeldet, am Donnerstag, den 8. Januar 1914, zusammentreten. Er wird durch eine Thronrede durch den König am 11. November 1913 im Berliner Schloss eröffnet werden. Am gleichen Tage wird der Finanzminister im Abgeordnetenhaus den Staat vorlegen. Die Wahlen der Präsidenten werden im Abgeordnetenhaus und im Herrenhaus vorläufig am 9. Januar stattfinden; man kann mit der Wiederwahl der bisherigen Präsidenten rechnen. Das Herrenhaus wird sich darauf verlegen. Das Abgeordnetenhaus wird in die erste Sessung des Staats am 18. Januar eintreten und die dazwischen liegenden Tage den Fraktionen für die Staatsbesprechungen frei lassen. Neben dem Staat wird das neue Flüchterschutz- und das Vorsatzierungsgesetz vorgelegt werden, ferner die vorliegenden Staatsübersichten und Nachweisen. Weiteres gesetzgebendes Material wird dem Landtag erst später zugehen. Das Staatsministerium hat darüber nähere Bestimmungen noch zu treffen.

### Feuilleton.

#### Aus Kunst und Leben.

— Königliche Schauspiele. In der gestrigen Vorstellung von R. Wagner's Neustädter "Die Walküre" gab Fr. Englerth die "Brünhilde". Es ist dieselbe Rolle, in welcher die Künstlerin ihrerzeit hier gespielt und mit der sie sich sofort die Sympathien des Publikums gewann. Was in der Gestalt der "Brünhilde" Herzbewegliches und Rührendes liegt — das zu verkörpern gelingt unserer Künstlerin nicht minder als alles Hohe, Erhabene und Tragisch-Erschütternde. So tritt und ihre Walküre in der frischen Sternfülligkeit eines jugendlichen Heldenweibes entgegen; von schlichter Größe in der Darstellung und zwingender Wahrheit im Ausdruck. Mit den ersten Szenen bewies Fr. Englerth, daß ihre Stimme den rechten heroischen Timbre, die erforderliche Kraft und Ausdruck für diese Partie besitzt. In der "Todesverklärung" aber befandet sich eindeutig die schöne Weidheit und Wärme des Organs: hier ließ die Sängerin eine durchgängige Tönung des Rhythms gewißlich erste Feierlichkeit walten, die ihren weherschönen Eindruck nicht verfehlte. Auch im letzten Akt fesselte die lebendige dramatische Gestaltung Fr. Englerth wurde vom Publikum in enthusiastischer Weise ausgezeichnet. An gewohnter Stelle begrüßte man gestern auch gern wieder Fr. Fried ("Sieglinde"), welche sich im Vollbesitz ihrer reichen stimmlichen Mittel zeigte. Die Partie der "Freia" wurde von Fr. Koßler aus Mannheim mit schäkendwetter Bühnengewandtheit verkörpernt. Die übrige Besetzung bot zumeist Bekanntes.

\* Recitationsabend im Kurhaus. Zum kleinen Saal des Kurhauses hatten sich nur ganz wenige Zuhörer eingefunden, wie es schien, meistens Freunde der Mainzerin Henny Weil, die einen Recitationsabend veranstaltet hatte. Das Beste an dem Abend war die Zusammenstellung des Programms, das von seinem fünfzehnjährigen Gedächtniß zeugte. Die Ausführung stand weniger auf der Höhe. Ob die junge Dame, eine pittoreske, sympathische Erscheinung, aus der Bibel vorlas oder ob sie Goethe vortrug, ob sie nun Gedichte von Lulu von Strauß und Torney zum besten gab, solche von Höft oder auch von der einheimischen Dichterin Marie Sauer, immer blieb sie in der Darstellung die gleiche. Wer fehlt noch Stilgefühl und Phantasie. Es ist nicht Ursprüngliches an ihr, kein starker sprudelnder Quell. Wie angelernt ihr Vortrag ist, geht allein schon daraus hervor, daß sie selbst in Titel und Verfasser-

### Heer und Flotte.

Personal-Veränderungen. Se. Maj. der König der Belgier, Chef des 2. Hamm. Inf.-Regts. Nr. 16, unter dem 5. November 1913 zum Gen. der Arm. in der Kreuz. Armee ernannt. \* Eggersdorff, Leut., im 10. Rhein. Inf.-Regt. Nr. 161, als Leutzeher zum Kad.-Haufe in Oranienstein versetzt. \* Simon v. Sanders, Gen.-Leut. und Kom. der 2. Div. in Genehmigung seines Gefüdes mit der geistlichen Pension zur Disp. gestellt. \* Fr. v. Giebig, Vorstand.

Gen.-Leut. und Ob.-Quartiermeister, zum Kom. der 22. Div. ernannt. \* v. Kuhl, Gen.-Major und Abt.-Chef im Ge. Gen.-Stab, mit Befreiung der Geschäfte eines Ob.-Quartiermeisters beauftragt. \* v. d. S. Oberst und Kom. des Inf.-Regts. Nr. 93 nach Württemberg berufen. Befreiung als Kom. des Gev.-Regts. Königin Olga (1. Würt.). Nr. 119 kommandiert. \* v. Arnim, Oberstleut. beim Stab des 2. Kurhess. Inf.-Regts. Nr. 82, unter Versetzung zum Inf.-Regt. Nr. 98 mit der Führung dieses Regts. beauftragt. \* Herdt, Stabsdienstleiter und techn. Vorstand der Militär-Lederfabrik in Frankfurt a. M. zum 1. Garde-Feld-Art.-Regt. \* Bothe, Stabsdienstleiter bei der Militär-Wehr.-Abt. als techn. Vorstand zur Militär-Lederfabrik in Frankfurt a. M. versetzt.

Der Vertrieb der Generalstabskarten ist durch Vereinbarung zwischen der Heeresverwaltung und dem Vorstand des Postenvereins deutscher Buchhändler in Leipzig neu geregelt worden. Darauf schließen sich die seit dem 1. April 1913 bestehenden Kartenvorstellungsstellen der preußischen Landesaufnahme an die Buchhändlerische Organisation an und unterstützen bei den Leipziger Kommissionsbuchhandlung ein Auslieferungslager für den Absatz der auf dem Buchhändlerweg bestellten Karten.

### Ausland.

#### Österreich-Ungarn.

Die auswärtige Politik vor der Bleiarbeitung der österreichischen Delegation. Wien, 10. Dezember. Die Bleiarbeitung der österreichischen Delegation begann mit der Debatte über das Budget des Ministeriums des Außen. Der Slowene Krözer legte dar, daß der Dualismus sowie das Vorherrschen des ungarischen Einflusses bei der Führung der auswärtigen Politik eine starke einheitliche äußere Politik unmöglich mache. Der Sozialdemokrat Gillenbogen meinte, daß Verdienst der Schaltung des getieden gebliebenen weniger dem Minister des Außen als vielleicht dem deutschen Bundesgenossen. v. Bernreiter betonte, daß von entscheidender Bedeutung für die Stellung der Monarchie die Erneuerung des Dreibündes gewesen sei. Das Bündnis mit Deutschland beruhe auf gegenseitiger Treue. Deutschnationaler v. Mühlwirz erklärte, die Schaltung des Kreides sei wohl ein Attiposion in der auswärtigen Politik, sie habe aber furchtbare Wirtschaftsfolgen gebracht. Wenn von einer Kriegsfürcht zu sprechen sei, so liege sie im Verhältnis Frankreichs zu Deutschland. Die Stimmung Frankreichs sei zurzeit chauvinistisch. Die Ereignisse in Italien seien vielleicht von dritter Seite geschaufen worden. (Wissenswert des Abgeordneten Kramer: Haben vielleicht die Franzosen Dorfner gehabt?) Mühlwirz sprach sich für eine wirtschaftliche Erstärkung der Monarchie aus. (Boßoll.)

Das Marinebudget in der ungarischen Delegation. Wien, 10. Dezember. In der ungarischen Delegation wurde das Marinebudget angenommen. Ministerpräsident Graf Tisza wurde sich im Verlauf der Debatte gegen die Vorlage eines Flottengesetzes und erklärte, die Regierung werde wahrscheinlich den nächsten Delegationen ein neues Schiffbauprogramm vorlegen, da nach der Beendigung der ersten Dreadnoughtdivision die Frage des Baues einer zweiten Division aktuell werden würde. Der Ministerpräsident betonte, daß durch die militärischen Ausgaben keine kulturellen und sozialen Aufgaben vernachlässigt würden. Das Rekrutenmaterial werde bei jeder Assentierung hinsichtlich des Bildungsgrades sowohl wie physisch besser.

Gerüchte über eine neue große Spionageaffäre. Wien, 10. Dezember. In militärischen Kreisen verlautet heute, daß

namen Nuancen legte, daß ihre Gefühle zu Mädchen ausarten. Doch läuft sich noch manches Gute von der jungen Jungfrau erhoffen, wenn sie echt sicher über ihre guten Mittel verfügt, wenn ihre Sprachtechnik sich mehr ausgleichen hat. Ihr schönes Organ verleiht sie bereits recht geschickt zu meistern. Ihre guten Freunde spendeten so lebhaftem Beifall, daß Fr. Weil noch ein Gedicht zugab. B. v. N.

\* Ein neues Jugendwerk Rembrandts entsteht. Ein großes Gemälde von Rembrandt, ein bedeutsames Jugendwerk des Meisters, das wohl noch in London entstand, ist gegenwärtig im Haag zu sehen und erregt in der Kunstsphäre das gebührende Aufsehen. Wie im "Cicerone" berichtet wird, stammt das Bild, das bis heute unbekannt geblieben war, aus England. Es stellt einen Mann in blauer Heldenkleidung dar, wie sie noch bis vor einem Jahrzehnt in Holland allgemein von den Müllerern getragen wurde. Der Dargestellte, der sich augenscheinlich jedoch einen Gänsefiedel zugeschnitten hat — er hält ihn in der einen Hand und in der anderen ein Messer — bat einen Stab gekräuselter und geschlossener Bücher vor sich liegen, während auf einem Brett zur Linken lederne Geldbörsen aufgestapelt sind. Der Kopf des Mannes lebt in Bildern Rembrandts häufig wieder; man hat den Dargestellten wohl falsch als "Rembrandts Vater" bezeichnet; doch war er vielleicht ein Blücherwanderer von Rembrandt und stand zu seinem Vaters Mühle in Beziehung. Der beherrschende Farbenton des Bildes ist das leichte Blau der Bluse, das mit dem echten Rembrandtschen Braun der im wunderbaren Heldentum gehaltenen Bücher und Papiere vortrefflich zusammengeht.

Obwohl im ganzen Werk des Meisters kein Stük vor kommt, das mit diesem eine besondere Übereinstimmung zeigt, tritt doch die eigenliche Technik seiner Frühzeit so klar zutage, spricht sich der Charakter seiner Kunst so deutlich aus, daß es nur ein Werk dieses Meisters sein kann. Die Reinward trägt keine Bezeichnung, doch haben es vorgängliche Kenner, vor allem Bode, als echt erkannt.

### Kleine Chronik.

Theater und Literatur. Ruscha Buße, die beworragende Schauspielerin vom Agl. Schauspielhaus in Berlin, ist gestern nachmittag im Frankenhaus gestorben. Ruscha Buße war am 22. Februar 1890 in Berlin geboren, stand also im 54. Jahre. Sie betrat die Bühne bereits mit vierzehn Jahren. Im Jahre 1883 kam die Künstlerin, wie wohl noch vielen erinnerlich sein wird, an unser Hoftheater. Dort fand sie sich bald einen großen Wirkungskreis und fand viel Anerkennung. Sechs Jahre später ging sie mit Barnay

man einer neuen kolossal Spionageaffäre auf die Spur gekommen sei, doch weigern sich die zuständigen Stellen entschieden, der Presse eine Auskunft darüber zu geben.

Possitive Resistenz im Buchdruckergewerbe. Triest, 10. Dezember. Im Zusammenhang mit der Lohnbewegung des Buchdruckerpersonals in ganz Österreich ist auch hier in der Mehrzahl der Buchdruckereien mit der positiven Resistenz begonnen worden.

### Schweiz.

Ein sozialdemokratischer Antrag auf Einführung direkter Bundessteuern. Bern, 10. Dezember. In der heutigen Sitzung des Nationalrates wurde von den Sozialdemokraten ein Antrag eingereicht, daß die Frage der Einführung einer direkten Bundessteuer auf Vermögen und Einkommen vom Bundesrat geprüft werden solle. Der Beitrag soll zur Durchführung einer grundlegenden Änderung der Finanzpolitik des Bundes verwendet werden, insbesondere zur Erzielung einer Herabsetzung der Börsen.

### England.

Untergang eines Unterseebootes. London, 10. Dezember. Nach den letzten Nachrichten ist das Unterseeboot "O 14" am Eingange des Hafens von Plymouth mit einem Dampfboot zusammengetragen und zwei Minuten darauf gesunken. Die Mannschaft konnte gerettet werden.

### Spanien.

Data zur Mannesmannsfärberei. Paris, 10. Dezember. Der Madrider Korrespondent des "Tempo" interviewte nochmals den spanischen Ministerpräsidenten Data über die Affäre Mannesmann. Data erklärte: „Ich habe nichts Neues zu sagen und kann nur wiederholen, daß jeder Zwischenhandel zwischen den Einwohnern und der Regierung systematisch zurückgewiesen werden wird. Darin ist die Regierung unerschütterlich. Die Brüder Mannesmann sind wie bereits viele vor ihnen die Opfer der Mauerschlaglaune geworden.“

### Italien.

Sonnino über die Politik der Liberalen. Rom, 10. Dezember. In der Kammer machte Sonnino in der Frage des allgemeinen Vertrauens zum Kabinett die größten Verdachtsfälle, erklärte aber, in der italienischen Frage für das Stabilität stimmen zu wollen, weil es sich um das Vertrauen zu Italien und um Italiens Mission im Mittelmeer handle. Sonnino betonte die Notwendigkeit der Einrichtung einer Altersverpflichtung für die Arbeit nach englischem System. Was die Beziehungen zwischen Staat und Kirche betrifft, so wünschen die Liberalen keine Konflikte zwischen den beiden. Wenn aber gegen ihren Wunsch solche Konflikte entstehen sollten, so seien die Liberalen fest entschlossen, für den Staat einzutreten, dem sie das souveräne Recht zuerkennen, alles zu regeln, was die äußeren Alte bürgerlichen, politischen und sozialen Lebens betrifft. (Sehr lebhafte Beifall.)

### Rußland.

Ein Reichsratsvotum gegen die polnische Sprache. Petersburg, 10. Dezember. Der Reichsrat schied mit 94 gegen 74 Stimmen die Julafassung der polnischen Sprache während der Sitzungen der Stadtverwaltungen Bolotskoj der Befürwortung durch den Ministerpräsidenten ab.

### Balkanstaaten.

Die Lage in Bulgarien nach den Wahlen. Sofia, 10. Dezember. Die Führer der drei Regierungsparteien Radoslawow, Ghenadijew und Tončicew sind heute vom König in Audienz empfangen worden, um über die durch das Wahlergebnis geschaffene Lage zu beraten. Nach Mitteilung von zuständiger Stelle sind keine Beschlüsse gefasst worden. Die Regierung werde vorläufig abwarten und versuchen, mit den Bauernbünden ein Kompromiß zu schließen.

Das deutsche Ausbildungsmonopol für bulgarische Offiziere. Paris, 10. Dezember. Der "Tempo" meldet, daß die bulgarische Regierung beschlossen habe, in Zukunft

nach Berlin an das von ihm begründete "Berliner Theater", wo sie bis 1894 mit großem Erfolg wirkte. Bis 1897 war sie am "Theater des Westens" tätig, und 1898 übernahm sie die Direction des "Neuen Theaters", das sie bis 1902 leitete. In diesem Jahre folgte sie einem Ruf an die Berliner Königliche Opernbaude, — Wie die "National-Zeitung" zu dem plötzlich erfolgten Tode der Künstlerin erfährt, ist die Verlobene das Opfer von Gefundetern geworden, die sie in der unlimittigen Weise behandeln und der Zusektaunen reinen Zucker zu essen geben. Wie die Zeitung weiter erfährt, beabsichtigt der Haushalt der Künstlerin gegen diese gefährliche Seite mit einer Anzeige bei der Staatsanwaltschaft vorzugehen.

Das Lustspiel "Der Scheiterer" von Heinrich Gigenstein, dem Verfasser des "Kammermus.", ist vom Königsberger Neuen Schauspielhaus wie auch vom Bremer Schauspielhaus zur gleichzeitigen Uraufführung erworben worden.

Zu Hebbels fünfzigjährigem Todestag am kommenden Samstag findet im Königlichen Schauspielhaus zu Berlin die Aufführung einer Kopie des Weihelburens Hebbel-Denkmales von Professor Bachmann statt. Das Schauspielhaus begeht diesen Gedenktag durch die Aufführung von Friedrich Hebbels "Nibelungen".

Karl Röhlers neuestes Lustspiel ist von der Generalintendant des Berliner Königlichen Schauspielhauses zur Aufführung angenommen worden.

In London hat das von der "Freiheitliga der Schauspielerinnen" ins Leben gewogene Frauentheater, die neuzeitliche Waffe der Suffragetten in ihrem Kampf um das Stimmrecht, nunmehr seine Porten geöffnet und mit einer gelungenen Aufführung von Oscar's "La femme seule" in der Übersetzung von Frau Shaw, der Gattin des Dichters, ein glückliches Debüt bestritten.

In Stockholm hat die seierliche Verleihung des diesjährigen Nobelpreises, die dreizehnte seit dem Bestehen der Stiftung, stattgefunden. Von den vier Preisträgern waren drei anwesend; die Professoren Onnes (Leiden) der Physik, Werner (Zürich) der Chemie und Ritter (Paris) der Medizin erhielten unter Beifall aus der Hand des Königs den ihnen zugeschlagenen Preis, das Diplom und die goldene Medaille. Für den abwesenden Tagore empfing der englische Hochschulrat der Universität Oxford den Literaturpreis. Mit dem Preis wohnten die Kronprinzessin und andere Mitglieder des Königshauses der Preisverleihung bei. Nachher fand ein Festmahl zu Ehren der Preisträger königliche Mittagsfeier statt.

die bulgarischen Offiziere zu ihrer Ausbildung nur noch nach Deutschland zu schicken, aber keine mehr noch Frankreich und Russland.

**Die Abreise der albanischen Grenzkommission.** Santi Quaranta, 10. Dezember. (Agenzia Stefani.) Die internationale Kommission zur Festsetzung der südalbanischen Grenze, die hier eintreffen soll, wird morgen sich am Vorabend des italienischen Dampfers "Adriatico" nach Brindisi einschiffen. Die Kommission beabsichtigt, die Arbeiten in Flotten, dem Sitz des Militär-Geographischen Instituts Italiens, fortzuführen.

### Türkei.

**Demission des Großwesirs.** Konstantinopel, 10. Dezember. Der Großwesir Said Halim unterbreitete heute vormittag dem Sultan seine Demission. Der Sultan hat ihn durch seinen zweiten Kämmerer, sein Gesuch zurückerlieben, doch beharrte der Großwesir auf seinem Entschluss. Ein heute nachmittag unter dem Vorabend des Scheich ul Islam tagender Ministerrat erörterte die Krise. Erwogen werden folgende Kombinationen: Kriegsminister Izett-Pascha als Großwesir, Marineminister Mamut als Kriegsminister oder Präsident des Staatsrats und Platzkommandant, Oschemal als Marineminister. Generalabschöpf Hadi-Pascha, ein Gegner der deutschen Militärmission, soll zurücktreten.

### China.

**Revoltengräfte.** Shanghai, 11. Dezember. Hier läuft das Gerücht, daß General Tschang Sun, der Kommandeur der in Nanking stehenden Truppen, mit seiner Armee revoltiert habe. Eine Bestätigung der Nachricht liegt zwar noch nicht vor, man weiß aber, daß zwischen General Tschang Sun und dem General Fengku Ocheng Streitigkeiten ausgebrochen sind. Letzterer erteilte dem General Tschang Sun den Befehl, einen Teil seiner Truppen zu entlassen. General Tschang Sun beschlägt etwa 20 000 Mann. Die Regierung hat bereits eine Armee in Stärke von 12 000 Mann nach Nanking abgehen lassen, um dort die Ruhe wieder herzustellen.

## Deutscher Reichstag.

Fortschreibung des Drabberichts in der Morgen-Ausgabe.

# Berlin, 10. Dezember.

### Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg

fortfahrend: Ich muß des weiteren auch auf diejenigen Vorwürfe und die Kritiken eingehen, die gestern der Herr Abgeordnete Bassermann und heute der Abgeordnete Feuer v. Gomp, wenn auch in verhältnismäßig kurzen Worten, an

### der Haltung des Bundesrats in der braunschweigischen Frage

gelüftet haben. Der Abgeordnete Bassermann hat dem Bundesrat den doch immerhin schweren Vorwurf gemacht, daß er in dieser jetzt abgeschlossenen, aber politisch wichtigen Frage, die im Laufe des Sommers eine große Erregung der öffentlichen Meinung hervorgerufen hat — (Lachen links; große Unruhe; Glöckchen des Präsidenten.) Der Herr Abgeordnete Bassermann hat in dieser Frage dem Bundesrat einen Mißfall vorgeworfen. Das ist ein schwerer Vorwurf, aber ich halte den Vorwurf in keiner Weise für berechtigt. (Läuse bei den Soz.: Ah wo!) Bei diesem Vorwurf wird übersehen, daß der Bundesratsbeschuß von 1907 so wenig ein Definitivum hat schaffen wollen, wie der Bundesratsbeschuß von 1883. Dieser Beschuß stellt den Verzicht nicht als Voraussetzung für die Thronbesteigung in Braunschweig auf. Entscheidend für den Bundesrat von 1883 war die Überzeugung, daß im Falle der Thronbesteigung des Herzogs von Cumberland Braunschweig zum Stütz- und Mittelpunkt der gegen Preußen gerichteten Umliebe werden würde. Das war für Bismarck und die Verbündeten Regierungen allein das entscheidende, daß der Fürstenthof eines Bundesstaates nicht zugesagen das Hauptquartier werde für Bestrebungen, welche gegen einen anderen Bundesstaat gerichtet waren. Das war es, worin die Unvereinbarkeit mit dem Friedensstand unter den Bundesgliedern zu finden war, den die Reichsverfassung und die Bündnisverträge fordern und garantieren. Meine Herren! Nur von diesem Gesichtspunkte aus mußte der Bundesrat auch jetzt die Situation ansehen und hat sie von diesem Gesichtspunkte aus geführt. Er hat sich also strikt auf den Standpunkt gestellt, auf die Grundlagen, die 1883 gelegt worden waren. (Sehr richtig! rechts.) Vor einem Unfall ist also in keiner Beziehung eine Rede. Nun, meine Herren, der Bundesrat ist, wie bekannt, zu der Überzeugung gekommen, daß die hannoversch-welfischen Aspirationen in Braunschweig unter der Regierung des Prinzen Ernst August keinerlei Unterstützung finden würden.

Der Bundesrat gründete seine Überzeugung auf die Verbindung des Prinzen mit der Tochter des Kaisers (Unruhe links), auf sein Eintreten in die preußische Armee, auf sein mit dem Hauptaub für Lebenszeit übernommenes feierliches Versprechen, nichts zu tun und nichts zu unterstützen, was darauf gerichtet ist, den derzeitigen Besitzstand Preußens zu verändern,

auf das Bekennnis des Prinzen zur Verfassung und zu den Pflichten, welche ihm gegen seine Verbündeten obliegen. Die Bedeutung dieser Garantien an sich ist wohl nicht bestritten worden, aber es ist gesagt worden, diese Garantien lägen auf einem sentimental Gebiete, es seihe die staatsrechtliche Grundlage, und diese könne nur geschaffen werden durch den Verzicht, und zwar durch den Verzicht zugleich für die etwaigen Nachkommen. Dieser Standpunkt, so will mir scheinen, scheint doch ein reichlich formalistischer, ich möchte sagen, bürokratischer zu sein, und er steht noch dazu juristisch auf sehr schwachen Füßen. Was würde denn mit dem so viel besprochenen rechtlich bindenden Verzicht für das Reich und für Preußen erreicht worden sein? Die Situation ist doch die: Hannover ist preußische Provinz trotz preußischen Gesetzes und Preußen ist auf Grund der Reichsverfassung ein Mitglied des Deutschen Reiches mit Einschluß der Provinz Hannover. Es gibt keinen Staat Hannover und es gibt keine Monarchie in einem Staat Hannover.

Ein Verzicht auf Monarchenrecht kann aber nur dem eigenen Staat, nicht aber einem anderen Staat gegenüber ausgesprochen werden. Dieser eigene Staat besteht nicht. Ein rechtlicher Verzicht gegenüber Preußen aber wäre juristisch inhaltslos, weil Preußen keine Rechte auf Hannover kennt, sondern höchstens vermeintliche Ansprüche auf die Wiederherstellung des Zustandes vor 1866. Und was den Verzicht für etwaige Nachkommen anlangt, meine

Herren, so überwiegt in der Staatsrechtslehre die Ansicht, daß der Verzicht mit rechtlicher Bindung nur für die Person des Erklärenden selbst, nicht für die Nachkommen ausgesprochen werden kann. Also, meine Herren, die du glauben, unter juristischen und staatsrechtlichen Gesichtspunkten den Verzicht fordern zu müssen, befinden sich im Irrtum. Man hat Preußen eines Kleinmütiges angemutet, wenn man von Preußen verlangt, daß es aus Zurück vor einer zum Absterben verurteilten Bewegung, die von einer kleinen Gruppe Unterjünger genährt wird, daß es aus Zurück davor seine Haltung im Bundesrat Braunschweig gegenüber regulieren solle. Meine Herren! Ich habe eine solche Politik abgelehnt und indem ich es tat, habe ich nichts von den alten Traditionen Preußens preisgegeben, sondern ich habe geglaubt, nach der Feststellung eines Zustandes geziert zu haben, der mit der Feststellung alten Haders Rühliches schafft. Meine Herren! Zum Schluß noch wenige Worte mit Bezug auf

### die Interpellationsdebatten über Sabern.

Im Gegensatz zum Abgeordneten Scheidemann haben sich die Führer des Zentrums und der Nationalliberalen in der Frage der politischen Bedeutung ihres Misstrauensvotums auf den verfassungsmäßigen Boden gestellt. Der Abgeordnete Dr. Wiemer hat es zwar auch abgelehnt, sich die Anschauung der sozialdemokratischen Fraktion über die Tragweite dieses Misstrauens- oder Nichtbilligungsabstimmung — es sind ja verschiedene Worte geprägt worden — anzueignen, er hat aber unwillige Äußerungen darüber gemacht, daß ich im Laufe der Diskussion auf die Saberner Angelegenheit nicht noch einmal zurückgelommen bin und daß dem Reichstag keine weiteren amtlichen Erklärungen zugegangen sind. Ja, meine Herren, was sollte ich denn zur Sache weiter noch erklären, nachdem am 3. Dezember gesagt worden ist, daß die Angelegenheit, die den Gegenstand der Interpellation bildete, einem gerichtlichen Verfahren unterliege. Wohin führen uns dann die jüngsten weiteren Debatten?

Es wird Partei ergripen auf der einen Seite für das

Militär und auf der anderen Seite für das Volk.

Der eine wirft dem Kreisdirektor Vernachlässigung seiner Pflicht vor, der andere richtet die Angriffe gegen den kommandierenden General. Meine Herren, ich habe am 3. Dezember erklärt, daß ich auf Grund der mir vorliegenden einander widersprechenden Berichte über das Verhältnis, das an dem einen strittigen Tage zwischen Bibil und Militär in Sabern geherrscht hat, mit Sicherheit nicht entscheiden kann, wo Recht und Unrecht liegt. Ich kann nur bedauern, daß bei diesem ungewissen Stand hier schon ganz fächerisch geurteilt worden ist, insonderheit Angriffe gegen einzelne Personen gerichtet worden sind. (Burk des Abg. Dr. Oertel.) Ich will nicht mißverständlich werden, nach den Äußerungen, die soeben der Abgeordnete Dr. Oertel gemacht hat; ich habe ausdrücklich gesagt, ich hätte nicht entscheiden können nach den ich wieder-sprechenden Berichten der Militär- und Zivilbehörden, wo das Recht in diesem Widerstreit liegt. Darum sage ich, es ist bedauerlich, wenn schon jetzt fächerische Urteile über Pflichtwidrigkeiten des Kreisdirektors einerseits gefällt werden und wenn auf der anderen Seite ebenso fächerische Urteile über das Verhalten des kommandierenden Generals laut würden.

Ich muß mir bei diesem unsicheren Stand der Dinge Reserve auferlegen, daß eine aber, meine Herren, kann ich Ihnen versichern, daß in der amtlichen Verhandlung und in der Verurteilung der ganzen Sache infolge der Interpellation kein Umschwingen eingetreten ist.

Die Annahme des Abgeordneten Wiemer ist falsch und ebenso und mit der gleichen Bestimmtheit sage ich, daß von einem Rückzug, wie es der Abgeordnete Graf Westarp zu fürchten scheint, in keiner Weise die Riede ist.

(Hört! Hört!) Das Jurisdicthen des Abgeordneten Scheidemann auf die Interpellationsdebatte hat wenigstens das eine Gute gehabt, daß es offenbar wurde, daß eine Homogenität unter den Parteien, welche sich auf das Misstrauensvotum vereinigt hatten, in keiner Weise vorhanden ist. Einigkeit bestand ebenfalls über seine Tragweite wie über seine Motive. Die Äußerungen der sozialdemokratischen Presse und danach die Äußerungen des sozialdemokratischen Worführers in diesem Hause haben, darin stimme ich mit dem Abgeordneten Grafen Westarp durchaus überein, keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Sozialdemokratie die Vorfälle in Sabern zum willkommenen Anlaß genommen hat, um gegen die verfassungsmäßigen Rechte des Kaisers und des obersten Kriegsherrn und gegen die Armee einen kräftigen Sturm einzuleiten. (Große Unruhe.) Hier scheiden sich die Geister, hier ist die Sozialdemokratie isoliert und sie wird es hoffentlich auch für immer bleiben. (Lebhafte Beifall.)

Hierauf wurde um 6½ Uhr die Weiterberatung auf Donnerstag 11 Uhr verlegt.

## Luftfahrt.

**Todessturz eines Fliegers.** Barbezieu, 10. Dezbr. Der Flieger Leont, der heute früh von Buc aufstieg, machte in der Nähe von Barbezieu einen Landungsversuch. Dabei überschlug sich das Flugzeug, der Flieger geriet unter den Motor und wurde zu Tode gequetscht.

## Aus Stadt und Land.

### Wiesbadener Nachrichten.

**Speisung bedürftiger Schul Kinder.** Der "Wiesbadener Verein für Speisung bedürftiger Schul Kinder" hielt am letzten Dienstag seine Mitgliederversammlung ab, in welcher über das dritte Vereinsjahr Bericht erstattet wurde. Der Verein unterhält vier Abteilungen: die Abteilung 1, Steinstraße 9, entnimmt das Essen der Suppenanstalt des "Wiesbadener Frauenvereins"; die Abteilung 2 ist ein kleinerer Privatbottich in dem Hause Blücherstraße 3; die Abteilung 3 wird in der Kinderbewohranstalt verfügt und die Abteilung 4 befindet sich in der Volksschule an der Blücherstraße und bereitet das Essen dort in einem eigenen Küchenraum. Die Gesamtzahl der ausgegebenen Portionen betrug 30.524. Die Verpflegungsfohlen belieben sich auf 8584 M. 5 Pf. oder für ein Kind im Durchschnitt täglich auf 25,5 Pf. Der Bericht gab eine zahlreiche Aufstellung über die häuslichen Verhältnisse der Kinder. Daraus ging die Zahl der gepeinigten Halbwaisen hervor; ferner ging daraus hervor, in wie vielen Familien die Mutter außer dem Hause beschäftigt oder der Vater er-

werblos oder arbeitsunfähig ist usw. Diese Statistik spricht eine bedeckt Sprache von der Notwendigkeit der Tätigkeit gerade dieses Vereins. Um trock der traurigen Zustände den Eltern nicht das Gefühl des Almosenerhaltens zu geben, muß jedes Kind für jede Mahlzeit den kleinen Betrag von 2 Pf. entrichten. Der von der Schatzmeisterin Frau Landgerichtsdirektor Reizert erstellte Haushalt bericht stellte fest, daß die Einnahmen des letzten Jahres die Ausgaben nicht vollständig decken konnten, so daß von dem Sparfassenguthaben bei der Nassauischen Landesbank 2000 M. abgezogen werden mußten. Die Jahresbeiträge belaufen sich auf 3028 M. 23 Pf., der Buschuh der Stadt Wiesbaden auf 1000 M., die Rinnen der Essel und des Bankguthabens auf 697 M. 23 Pf. während die Ausgaben, einschließlich 802 M. Kurzberluft, 9796 M. 90 Pf. betragen. Der Rest mußte durch einmalige Zuwendungen und Veranstaltungen aufgebracht werden. Das nächste Jahr wird noch vermehrte Ausgaben bringen, da die Abteilung 3 unbedingt vergroßert werden muß; sie ist vor Wochen nach der Suppenanstalt Schornhorststraße 26 verlegt worden. Sie verfügt statt 18 jetzt 42 Kinder. Der Genehmigung des Jahresberichts und der von dem Stadtkonsistorialbeamten Frau Blum beantragten Entlastung der Schatzmeisterin folgte die Vorstandssitzung. Die sahungsgemäß aussehenden Mitglieder des Vorstandes und des engsten Ausschusses wurden wiedergewählt, letzterer wurde durch Zusatz der Damen Frau Pott, Frau Schwant und Gräfin Schönenfels und des Herrn Dr. med. Walther ergänzt. In den weiteren Ausschüssen wurde Herr Stadtrat Dr. Geißler und Herr Rechtsanwalt v. Jell neuwählt. Zu Kassenrevisoren für das nächste Vereinsjahr wählte man die Herren E. Blum, Th. Sager und Oberregierungsrat Springorum. Die Saahngsänderung brachte neben redaktionellen Streichungen die Bestimmung, daß ein Stadtrat zu den Beratungen des Vorstandes zugelassen und bei der Prüfung der Gesuche nach der Seite der materiellen Bedürftigkeit die städtische Amtsverwaltung zu Rat gezogen werden soll. Die Vorstande Frau Oberstaatsanwalt Bauß sprach am Schluß die Hoffnung aus, daß der so oft bewährte Wohltaatlichkeit unserer Mitbürger auch weiter helfen wird, den Verein zu stützen und zu fördern.

**Auszeichnung.** Der französische Minister des Unterrichts hat durch Dekret vom 31. Mai d. J. Herrn Professor Dr. Roßmann, Lehrer am heutigen Reform-Gymnasium, zum Officier d'Academie ernannt, eine Würde, die nur selten an Ausländer verliehen wird. Professor Roßmann hat als Vorsteher des Bureau International für Deutschland (das den Austausch von Schülern vermittelte), sowie durch sein Handbuch für den Aufenthalt im französischen Sprachgebiet Bedeutendes für das gegenseitige Verständnis deutscher und französischer Kultur geleistet.

**Familienabend in der Marktgemeinde.** Der Verein für Gemeindepflege in der Marktgemeinde, der in mancherlei Institutionen und Arbeiten einen dankenswerten Dienst an den Armen und Kranken der Gemeinde leistet, feierte am Sonntagabend seinen diesjährigen Familienabend. Der große Saal der "Wartburg" war bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Vorsitzende begrüßte die Erwachsenen, besonders den Generalsuperintendenten Ohly. Der Herr Generalsuperintendent nahm dann gleich das Wort, freute sich seiner Beziehungen zur Marktgemeinde (durch seinen Sohn, den Konsistorialbeamten Ohly) und dankte sich zu der Arbeit der Schaffung lebendiger Gemeinden, die allerdings nur da möglich seien, wo Gottes Geist lebendige geistliche Persönlichkeiten geschaffen habe. Nach einem Klaviervortrag von Fräulein Videi hielt Pfarrer Beermann einen kurzen Vortrag mit dem Thema: "Es ist zu wenig Liebe im Land". An der Hand einiger weniger Zahlen aus der neuesten Statistik des preußischen Statistischen Amtes sprach er darzu, wie die Bewältigung persönlicher und organisierter Liebe befiehlt und umgestaltet in unserm Volksleben eingreifen könnte. Der Hauptteil des Abends wurde ausgefüllt von einem finnigen Adventsspiel, in dem unter der Leitung von Pfarrer Schüller die Dorfbewohner rechte Adventsumstimmung zu erzeugen wußten. Besonders freundlich und gewinnend waren die Lieder, die Herr Wolff-Kranda im Rahmen des Adventsspiels sang. Inmitten der Deslamationen, Schriftworte und Gesänge hielt Pfarrer Schüller eine kurze, herzliche Adventsmparade.

**Weihnachten und Heiligabend.** Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß zur schnellen Abwicklung des Posthaltervertrages während der Weihnachtszeit das Publikum selbst wesentlich beitragen kann. Die Einlieferung der Weihnachtspäfete sollte nicht lediglich oder vorwiegend bis zu den Abendstunden verzögern, namentlich müßten Familiensendungen unächst an den Vormittagen ausgegeben werden. Selbstfrankierung der eingelieferten Weihnachtspäfete durch Postwertzeichen sollte die Regel bilden. Mit seinem Vordruck an Postwertzeichen müßte sich ein jeder schon vor dem 19. Dezember versetzen, Zeitungsbestellungen dürfen nicht in den Tagen vom 19. bis 24. Dezember am Schalter der Postanstalten angebracht werden. Für die am Posthalter zu leistenden Zahlungen sollte der Auflieferer das Geld abgezählt bereithalten. Die Befolgung dieser Ratschläge würde der Post und dem Publikum gleichmäßig zum Nutzen gereichen.

**Wie viel in Wiesbaden prozessiert wird?** Während die Strafsachen wegen Verbrechen, Vergehen und Übertretungen in den letzten Jahren steig im Abnehmen begriffen sind, haben die Privatlagsachen sich in den letzten 30 Jahren fast um das Doppelte erhöht. Die neue Justizstatistik gibt darüber recht interessante Zahlen. Im Jahre 1911 betrug die Zahl der in Deutschland anhängig gemachten Sägen von Privatpersonen nicht weniger als 148 486 Fälle. Im Jahre 1910 waren 143 068 und im Jahre 1909 nur 133 888 Privatlagsachen beim Gericht eingegangen. Diese Zunahme stimmt prozentual mit der Zunahme der Bevölkerung überein, ist also keine auffällige Erscheinung, wenn man auch annehmen müßte, daß in unserer fortlaufenden Zeit das Rechtsbewußtsein immer weitere Stufen erfüllt und die Prozeßkunst, die wegen jeder Kleinigkeit zum Gericht laufen, steiner an Zahl geworden sind. Im Jahre 1881 waren die Privatlagen noch so verpönt, daß nur 78 342 Fälle zur Verhandlung kamen. Während in den Jahren 1881 bis 1885 auf je 10 000 strafmündige Personen 26 Privatlagen entfielen, waren in den Jahren 1906 bis 1910 durchschnittlich auf jedes Jahr und 10 000 Personen strafmündigen Alters bereits 30 Privatlagsachen zu verzeichnen. An den Privatlagen des Jahres ist das ganze Deutsche Reich gleichmäßig beteiligt, etwas über den festgestellten Durchschnitt riegt nur Bayern her vor, wo auf 10 000 strafmündige Personen 34 Privatlagsachen kamen. In Wiesbaden wurden im Jahre 1911 151, im Jahre 1900 127 und im Jahre 1881 94 Privatlagen dem Gericht eingereicht und verhandelt. — Die Schiedsmänner können ein Ried davon annehmen, welche nicht-lagigen Klagean-

sprüche bei ihnen oftmals erhoben werden. Bleibt man dabei die Fälle in Betracht, die durch Schiedsspruch ihre Erledigung finden, also die ordentlichen Gerichte nicht beschäftigen und daher in obigen statistischen Zahlen außer acht bleiben, so verändert sich das unsympathische Bild noch erheblich. Oft ist es schier unbegreiflich, welche Appallien zum Gegenstand von Strafanträgen bei den Schiedsgerichten und Gerichten gemacht werden und wie hartnäckig die Parteien den Vermittlungsversuchen der Schiedsmänner, bezw. Richter gegenüberstehen, schließlich meist zu ihrem eigenen Nachteil.

**Aurhaus.** Am Samstag dieser Woche findet Abonnementssaal statt.

#### Theater, Kunst, Vorträge.

**Kleinen-Theater.** Am Sonntag findet der zweite humoristische Dichterabend statt und es gelangt zum erstenmal zur Aufführung Ludwigs Thomas neuer Werk "Das Sänglingsheim". Burleske in einem Aufzuge, das bereits an vielen herverragenden Bühnen mit großem Erfolg gegeben wurde. Vorher geht derselben Verfassers beliebtes Lustspiel "Brennens Geburtstag" und den Schluss des Abends bildet Brennens Tragikomödie "Die Hainpfote". Am Sonntagnachmittag 1/2 Uhr ist wieder "Das Märchen vom Dämon" zu hören. Sonntagnachmittag 1/2 Uhr wird Thomas neue Burleske "Das Sänglingsheim" wiederholt und hierauf folgt der übermäßige Schwanz "Die spanische Fliege". Sonntagnachmittag geht zu beiden Freisen das neue Schauspiel "Das Geheimnis" von Henri Bernstein in Szene.

**Aurhaus.** Siegmund v. Haufegger wird in dem morgigen Ballkonzert eine seiner Schöpfungen: "Wieland, der Schmied" zu Gehör bringen. Anna Segner, die Solistin des Konzerts, wird das Konzert für Bioine mit Chester in E-Dur von Tschairowsky. Andante cantabile von Tschaibatj sowie zwei ungarische Ländler von Brahms-Joachim spielen.

**Vorträge.** Im Verein für nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung sprach gestern abend Professor Dr. Unzer über den Überzug Nassaus zu den Verbündeten im Jahre 1813. Die Soldaten bei Leipzg war auch für das Herzogtum Nassau das Zeichen zum Abschluß von dem in voller Auflösung begriffenen Rheinbund. Noch ging Ende Oktober ins Hauptquartier Wredes Major v. Preys mit am 28. Ott. von Mainz ab um über Paris zum 2. Raff. Infanterie-Regiment bei Bonn zu gelangen, wo er am 4. November dem Obersten v. Seruse die Weisung brachte, nach Empfang eines "Stückwortes" aus der Heimat den Überschritt auf dem bisherigen Grenzen zu vollziehen. Ende November kam das Stückwort, am Abend eines Kampftages, des 10. Dezember, glich die Übergang zu den Engländern, die offenbar darauf vorbereitet waren und alsbald Nassauer und Frankfurter nach Holland einmarschierten, um dort für die gemeinsame Sache im Dienst des Prinzen von Oranien zu wenden zu werden. Oberst Meder in Barcelona weigerte sich, ohne Befehl seines Souveräns nur auf Armes schriftliche Aufforderung hin dem Beispiel des 2. Regiments zu folgen; zwei Tage darauf, am 22. Dezember, wurde sein Kapitän "Meinung auf das Wolfe" und der französischen Befehl entwaffnet. Daß Meder sofort in französische Dienste trat, gab Anlaß zu einem kriegsgerichtlichen Verfahren wegen Landesverrat und Habenichts; dieses hätte zu seiner Verurteilung zum Tode geführt, wenn er nicht vorher an der Spize seines französischen Regiments vor dem Feind gefallen wäre. Die militärischen Anforderungen, die von den verbündeten Mächten an das Herzogtum Nassau Ende 1813 und Anfang 1814 gestellt wurden, wurden erfüllt; freilich stände genug es dem eng befreundeten Ronde, neben der Brigade in französischen Diensten eine neue Feldbrigade zum verbündeten Heere zu stellen; nur durch die aufstrebende Bereitschaft der zahlreichen von der Konföderation bestreiten Männer der Bevölkerung, Lehrer usw. war es möglich die volle Zahl aufzustellen; erst die Rückkehr der in französische Gefangenschaft geratenen Mannschaften des 2. Regiments ermöglichte die Rückführung der alten vereinbarten Zustände wieder. Der interessante Vortrag fand den lebhaftesten Beifall der zahlreich erschienenen Zuhörer und gab noch Gelegenheit zu einer längeren Aussprache.

Im Auftrag des "Rhein- und Turnclubs" finden kommenden Sonntag in der Turnhalle der Turngesellschaft, nachmittags 4 1/2 Uhr, Märtnerzähungen statt. Es kommen die bekannten Märchen von Gebr. Grimm und einige der schönen deutschen Märchen zur Vorlesung, die alle durch drückende Bilder illustriert werden.

**Vortrag im Kino.** Im Biophon-Theater, Wilhelmstraße Nr. 8, wird morgen abends 9 Uhr ein Offizier des Norddeutschen Lloyd, Bremen, einen Vortrag über das Thema: "Mit Schnellzug und Seeadlerpfer von Berlin über Bremen nach New York" halten. Zur Erläuterung des Vortrages dienen kinematographische Vorführungen, die die ganze Reise Berlin-Bremen-New York veranschaulichen. Der Film zeigt in lebenswahrer Form neben dem interessanten Vorleben auch den schweren Dienst in den Eis- und Rosinenräumen des Riesen-Dampfers "George Washington".

#### Aus dem Landkreis Wiesbaden.

**Pfarrer Körrell über die politischen Aufgaben des Bürgertums.**

**O. Biebrich,** 11. Dezember. Die hiesige Ortsgruppe der Freisinnigen Volkspartei hatte auf gestern abend eine öffentliche politische Versammlung in den Saal der Turnhalle am Kaiserplatz einberufen. Die Partei hat nach Angabe des stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Pottinspektor Wiegand im vergangenen Jahre hier in Biebrich um 50 Prozent gegen früher zugewonnen. Der Ortsverein glaubte deshalb das Jahr nicht besser schließen zu können als durch einen politischen Vortrag, für den er einen der beliebtesten Redner der Partei Herrn Pfarrer Körrell aus Nieder-Ingelheim gewonnen hatte. Der Vortragende, der schon beim Eintritt in den Saal und zu Beginn seiner Rede lebhaft begrüßt wurde, sprach über "die politischen Aufgaben des Bürgertums". Er betonte zum Eingang, daß das Ziel seines Vortrags die Anfeuerung zur Teilnahme am politischen Leben sei. Dadurch erst sei die Schaffung fester Organisationen möglich, ohne die keine Partei bestehen könne. Das behrige besonders die Sozialdemokratie, und sie ist gut daran. Früher hatte es der Liberalismus besser als heute muß er die Freiheiten, die er erzielt, sauer erlämpfen; denn der Wegweiser weiß heute in politischer Beziehung nach rückwärts. Das Ziel unserer Bestrebungen ist der nach freiheitlichen Grundsätzen regierte Staat, der seinen Bürgern in den Fragen des religiösen Gedenkens und der politischen Gesinnung das Recht der freien Überzeugung und Meinung gewährt, militärische Ideen nicht über die bürgerlichen erhebt, sondern über dem Ganzen das Gesetz waltet läßt, vor dem jeder Bürger gleich ist. Der Staat darf nicht in die politischen Kämpfe, nicht in das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingreifen und Partei nehmen. Das stehende Heer ist notwendig, aber die Ansicht, daß Deutsche Reich, das durch das Heer errungen worden ist, könne auch nur durch dasselbe erhalten werden, ist falsch. Redner kam auch auf den Fall Böddern zu sprechen. Er hat sich eine Woche lang dort aufgehalten, um Meinung und Gesinnung lernen zu lassen. Der Anfang der großen Sache war "des Sadanden nicht wert". Die Elsässer wollen Ruhe und Frieden haben, sie wollen sich an Deutschland anschließen. Da kommt aber immer die Faust und zerstört, was mühsam gepflanzt worden ist. Fortsetzung ist beleidigt worden, aber er hat zuerst beleidigt. Hier hätte der Staat seine Überlegenheit zeigen

müssen. Zum Schluß mahnt Redner: Die Partei darf sich nicht von den Wahlerfolgen leiten lassen, sondern von den Interessen des ganzen Volkes, das nicht nur ein Heer, sondern auch ein Nähe- und Lehenstand ist. Die Rede wurde mit langanhaltendem Beifall aufgenommen. Ein konservativer Herr aus Wiesbaden eröffnete die Diskussion und suchte auszuführen, daß elsißische Volk sei noch nicht reif für eine Verfassung, deshalb müsse sofort zugegriffen werden. Er meinte auch, die fortschrittliche Volkspartei sei in Religionssachen zu frei, sie erkenne z. B. das apostolische Glaubensbekenntnis nicht an. Kräftig entgegnete ihm Herr Rector Breidenstein von Wiesbaden, der auch auf die uniformierte Jugendpflege zu sprechen kam, die schließlich nur auf das Hurra hinzusetzte. Das Schlußwort hatte Herr Pfarrer Körrell, der Herrn Sud gründlich widerlegte, besonders dessen religiöse Ansicht belämpfte mit der vernünftigen Ansicht, daß der Glaube über dem Wortbekenntnis steht. Langanhaltender Beifall folgte seinen Ausführungen.

**Kloppenheim,** 11. Dezember. Herr Ludwig Thomas in Wiesbaden schickte uns folgende Bemerkung der in der heutigen Morgen-Ausgabe enthaltenen Mitteilung des Gesangvereins "Corcordia": "Ich bitte Sie, ausdrücklich festzustellen, daß ich mein Amt nicht deshalb niedergelegt habe, weil ich mich infolge meiner Jugend nicht befähigt gefühlt habe, den Anforderungen des Vereins nachzukommen, sondern weil ich mich durch die fortgesetzten Hehrenreien des Vereins gegen meinen früheren Dirigenten, Herrn Herber, abgestoßen gefühlt habe."

#### Aus der Umgebung.

**Die hessische Beamtenbefreiungsvorlage.**

**wb. Darmstadt,** 11. Dezember. Die Zweite Kammer setzte heute vormittag die Beratung der Beamtenbefreiungsvorlage fort. Als Erster ergab der Abg. Ulrich (Soz.) das Wort. Nach ihm werden noch mehrere Redner anderer Parteien sprechen. Wie wir hören, sind die gestrigen Besprechungen der Parteien zwecks einer "en bloc"-Annahme" der Vorlage ergebnislos verlaufen.

**m. Bon der Nahe,** 9. Dezember. Versuche mit Nikotinmitteln bei der Bekämpfung des Hen- und Sauerkrauts wird der Direktor der Kreuznacher Weinbauschule, Schulze, vornehmen. Es handelt sich dabei in erster Linie darum, festzustellen, ob das Nikotin irgendwelchen Einfluß auf den Geschmack des Weines ausübt.

#### Gerichtsaal.

**6. Schwere Strafe.** Die 34jährige Frau des Bierbrauers Johann Gullenberger von Mainz hatte sich wegen Beihilfe und Veruchs der Abtreibung in zwei Fällen vor der dortigen Strafammer zu verantworten. Es waren 25 Jungfrauen geladen. In beiden Fällen war der Tod der von der Angeklagten behandelten Frauen eingetreten. Die Verhandlung erfolgte unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Die Angeklagte wurde zu 2½ Jahren Zuchthaus verurteilt.

#### Sport und Spiel.

**wb. New Yorker Schätzgerennen.** New York, 11. Dez. Bis heute nach 1 Uhr (7 Uhr früh mittelereuropäischer Zeit) waren 2381 Kilometer zurückgelegt, 15 Meilen mehr als der Rekord beträgt. Die Teilnehmer sind auf 8 Mannschaften zusammengeschmolzen.

#### Neues aus aller Welt.

**Hochwasser des Rheins und seiner Nebenflüsse.** Mainz, 11. Dezember. Infolge des Regenwetters und der Schneeschmelze im Gebirge sind der Rhein und seine Nebenflüsse in ständigem Steigen begriffen. Innerhalb 24 Stunden wurde von Stahl ein Steigen um 1 Meter, von Mannheim um 60 Centimeter gemeldet. Der Mittelrhein stieg bei Mainz um 20 Centimeter.

**Im Alter von 104 Jahren gestorben.** Galizien, 11. Dez. In Bielin bei Radom (Ruthenland) starb die Witwe Małka Lubelska im Alter von 104 Jahren. Sie hinterließ 248 Enkel, 11. und Urenkelinder.

**Bitterreicher Witterungssturm.** Brüssel, 10. Dezember. Im Saarburge und im Duppauer Land hat ein Wetterlurm 40 Häuser aufgedeckt und ganze Waldpartien niedergemadet. In Bielen sind zwei Dächer eingestürzt. Viele Holzfäller kamen ums Leben. Im Erzgebirge ist Schneeschmelze eingetreten. Es herrscht Hochwassergefahr.

**Saneckum auf Sizilien.** Rom, 11. Dezember. Die ganze Insel Sizilien wird seit einigen Tagen von heftigen Stürmen durchstoßen. Aus dem Innern werden starke Schneefälle gemeldet. Stellenweise liegt der Schnee meterhoch. Mehrere Dächer sind völlig eingestürzt und vom Verkehr abgeschnitten. Die warmen Küstenstriche der Insel sind von dem Wettersturm verschont geblieben.

**Ein Raubüberfall.** Berlin, 11. Dezember. Gestern abends 9 Uhr wurde auf die im Hause Bergstraße 3 wohnende Altbürgerin Sophie Schröder ein Raubüberfall verübt. Der Täter, Rummensammler Bietsche, wurde festgenommen und der Polizei übergeben.

**Diebstahl im D-Zuge.** Berlin, 11. Dezember. Auf der Fahrt von Basel nach Berlin wurde gestern im D-Zuge eine allein reisende Dame bestohlen. Den Dieben fielen 1000 Mark in Banknoten und zwei Ringe von zusammen 1000 Mark in die Hände.

**Feuer auf der englischen Königsjacht.** Portsmouth, 11. Dezember. Im Hafen von Portsmouth brach gestern auf der englischen Königsjacht "Alexandra" ein Brand aus, angeblich infolge Kurzschlusses. Das Feuer vernichtete das Holzwerk in dem Salzastrum des Kapitäns, wurde aber bald von der Mannschaft gelöscht.

**Verhaftung eines Bankrotteurs.** Wien, 10. Dezember. Der feinerzeit aus Breslau wegen betrügerischen Bankrotts flüchtig gewordene Bankier Walter Bial wurde hier verhaftet.

**Eine Grubenexplosion.** Charlow, 10. Dezember. In den in der Nähe der Station Wolzemo befindlichen Koblenzgruben fand heute eine Explosion statt: fünf Arbeiter wurden getötet und fünf verwundet.

**Meuterei auf einem spanischen Dampfer.** Madrid, 10. Dezember. Während der Überfahrt des Dampfers "Alfonso XII." von La Coruna nach Madrid meuterten die Matrosen und Heizer gegen die Offiziere. Es entstand ein Zerwirrl an Bord, in dessen Verlauf ein Offizier und mehrere Heizer verwundet wurden. Die Meuterei wurde auf der See von Madrid verhaftet.

**Eine Eisenbahnamt gefunden.** Hamburg, 11. Dezember. Die Vereinigten Diamant-Minen in Süderbrarup haben angetreten auf dem Südfeld einen Stein von 12,5 Karat im Wert von 90.000 Mark gefordert.

**Eine Eiserne Hochzeit.** Bukarest, 10. Dezember. Ein erstaunliches Familiendrama hat sich heute hier abgespielt. Der Banddirektor Ion Testibau warf sich vor einen Eisenbah-

zug und wurde in Stücke gerissen. Als die Gerichtskommission sich in die Wohnung Testibaus begab, fand sie dort eine Schair um den Ofen. Aus hinterlassenen Briefen des Selbstmorders geht hervor, daß er seine Frau aus Eifersucht tötete. Ein weiterer Grund für die Tragödie ist in finanziellen Schwierigkeiten Testibaus zu suchen. Das Ehepaar hinterläßt fünf kleine Kinder.

**Wiederum drei Kinosäulen ausgebrochen.** Turin, 10. Dezember. Bei einer Filmaufnahme in Turin brachen gestern drei Löwen aus. Zwei von ihnen wurden wieder eingefangen, der dritte flochte in das Buschwerk beim Maurizio-Palast. Die Feuerwehr und die Gendarmerie wurden aufgeboten, um das Tier wieder einzufangen. Unter der Bevölkerung bereitete erhebliche Erregung.

**Ein Erdbeben in der Schweiz.** Vevey (französische Schweiz), 11. Dezember. Gestern wurde hier in der ganzen Umgebung ein schwacher Erdstoß verspürt, der die Bewohner in die größte Aufregung versetzte. Die Strassenbahn blieb infolge des Erdstoffs plötzlich stehen. Die Erschütterung war von einem donnerähnlichen Geräusch begleitet.

#### Letzte Drahtberichte.

Nach den Reichskanzlerreden.

Russische Besprechungen.

**wb. Petersburg,** 11. Dezember. Bei Besprechung der Kanzlerrede fragt "Birschwissa Wjedomost", ob die Berichtigungen über die deutsch-russischen Beziehungen nur romantische Worte seien oder ob sie einen realen Hintergrund hätten. Letzteres sei wahrscheinlicher, denn auf der in Potsdam geschaffenen Grundlage müsse weiter gebaut werden. — "Sujet" führt unter der Überschrift "Bedeutungsvolle Kanzlerrede" an, daß die Bedeutung nicht nur in der aufrichtigen und klaren Schilderung der äußeren Dinge besteht, sondern auch in dem Ausdruck des festen Willens, ein übergreifen des Parlaments über die konstitutionellen Rechte zu bekämpfen.

Gute Aufnahme in Frankreich.

**wb. Paris,** 11. Dezember. Der "Petit Parisien" schreibt: Die Erklärungen des Reichskanzlers werden in ihrer Gesamtheit in Europa gut aufgenommen werden, denn sie verstärken die optimistische und friedliche Auffassung, die wir in den Darlegungen von Gren, Sazonow und Berthold sowie in der italienischen Thronrede gefunden haben. Die von dem Reichskanzler erwähnten Verhandlungen Deutschlands mit Russland, England und Frankreich, die unter dem Schrift "erfreulich korrekte Beziehungen" vor sich gehen, zeigen, daß der Kontinent die seit dem Jahre 1909 auf ihm laufende Krise endlich überwunden hat.

#### Eine Anfrage des Dreiverbandes wegen der deutschen Militärmission.

Die Antwort der Pforte.

**hd. London,** 11. Dezember. Die britische Regierung hat den Blättern eine Note mitgeteilt, in welcher gesagt wird, daß England, Frankreich und Russland zusammen in Konstantinopel angefragt hätten, wie weit das Kommando in der türkischen Armee, welches dem deutschen Offizier gegeben werden soll, reicht. Die Unterhandlungen in dieser Angelegenheit, die von dem englischen Botschafter in Berlin geführt werden, tragen einen durchaus französischen Charakter. Gleichzeitig sei Deutschland auch davon überzeugt worden, daß die betreffenden Regierungen in Konstantinopel angefragt hätten. Die Blätter melden, daß die Pforte des Triplettente den Beweis geliefert habe, daß die Ernennung eines deutschen Generals zum Kommandeur der ottomanischen Armee durch andere militärische Einrichtungen, bei denen Offiziere der Triplettente Verwendung finden, ausgeschlossen würde. So habe die ottomanische Regierung die Absicht, noch weitere 28 englische Offiziere zu ermitteln, um die bereits bestehende englische Marinemission zu verstärken. Außerdem soll auch der Admiral Limpus, der Chef dieser Mission, eine offizielle Stellung im Marinerrat einnehmen. Werner soll ein englischer Konteradmiral das Kommando über eine Torpedoflotte erhalten, ebenso wie ein französischer General den Oberbefehl über die neu organisierte Gendarmerie. Die Triplettente hätte also vollständige Macht in der Türkei aufrecht erhalten bleiben.

#### Der Inhalt der bevorstehenden Erklärung des französischen Kabinetts.

**wb. Paris,** 11. Dezember. In der Erklärung des Kabinetts, die heute verlesen werden wird, wird deutlich versichert, daß es der Wille des Kabinetts sei, sich ausschließlich auf eine Majorität der Linken zu stützen. Das Ministerium sei entschlossen, die Laienschule zu verteidigen und die Geseze der Republik zur Anerkennung zu bringen. Die Erklärung wird nicht von der Linken sprechen, deren Unterstützung der Sturz Barthous unterbrochen hat, sondern wird darauf hinweisen, daß die Regierung bei der nächsten großen finanziellen Dedung erkennen lassen werde, ob sie der Situation abzuholzen gedenkt. Die Erklärung wird bei dieser Gelegenheit von den demokratischen Steuern sprechen, welche das Land erwartet, und von derjenigen, welche den erworbenen Reichtum treffen soll. Weiter wird die Erklärung die Kammer auffordern, sich mit der Annahme des Budgets zu beschäftigen, und wird vor dem Senat den von der Kammer angenommenen Gesetzentwurf über die Einkommenssteuer untersetzen, der alle Einkommen treffen soll. Das Kabinett werde sich bemühen, eine Übereinstimmung zwischen der Kammer und dem Senat über die Wahlreform herbeizuführen, aber es müsse darauf hingewiesen werden, daß die Stärke der Partei vor den Wahlen die Frage von den Wählern gelöst werden müßte. Hinsichtlich des Dreijähriges Gesetzes sagt die Erklärung, daß Gesetz sei angenommen und die Regierung sei daher verpflichtet, es zur Ausführung zu bringen. Sie sieht nicht, wie sie sich dieser Verpflichtung, die ihm durch den gemeinsamen Willen des Senats und der Kammer distilliert worden sei, entziehen könne. Sie werde daher das Dreijähriges in lokaler Weise zur Anwendung bringen, um so mehr, als die Umstände, unter denen das Gesetz angenommen worden sei, noch immer vorhanden seien. Was die auswärtige Politik betrifft, wird in der Erklärung von dem Werte gesprochen werden, welchen die Regierung dem Bündnis mit Russland, dem intimen Verhältnis zu England und der Herzlichkeit der Beziehungen Frankreichs zu den anderen Mächten beimüht, und daß Frankreich den Wunsch habe, zum allgemeinen Frieden beizutragen, ohne indessen zu dulden, daß man seine Würde anstreife.

**Die Wirren in Mexiko.**

Tampico von den Insurgenten bedroht.

wb. Veracruz, 11. Dezember. Der amerikanische Konsul in Tampico meldet, daß vorgestern abend ein Boot des Insurgentengenerals Villa bei ihm eingetroffen sei und ihm mitgeteilt habe, daß 4000 Insurgenten unter den Generälen Villa und Tafto sich auf dem Marsch gegen Tampico befinden, und daß ihre Vorhut nur noch 8 Meilen von der Stadt entfernt sei. Villa wies seine Leute an, so weit als möglich von der Zerstörung von Eigentum abzuweichen und alle Anstrengungen zu machen, um das Leben der Ausländer zu schützen. Der General fürchtet jedoch, daß die Ausländer in der Verwirrung, die bei einem Sturm auf die Stadt und bei darauffolgenden Straßenkämpfen eintreten müßte, in große Gefahr geraten würden. Er ersucht deshalb um unverzügliche Entfernung aller Ausländer aus der Stadt. Als der Konsul diese Nachricht telegraphierte, waren noch keine Vorkehrungen getroffen, doch hielt sich Admiral Fleischhacker bereit, jeden Augenblick alle Ausländer an Bord seiner Schiffe zu nehmen und Marinemannschaften zu landen.

**Eine Schlacht bei Tampico im Gange.**

wb. New York, 11. Dezember. Nach einer Depesche aus Mexiko steht seit gestern nachmittag ein erbitterter Kampf bei Tampico.

**Die Flüchtlinge von Tampico auf dem Passagierschiff "Kronprinzessin Cecilie".**

wb. Hamburg, 11. Dezember. Nach einem bei der Hamburg-Amerika-Linie eingegangenen Telegramm hat der Dampfer "Kronprinzessin Cecilie" nach Vereinbarung mit dem Kommandanten des Kreuzers "Bremen" Flüchtlinge aus der von den Insurgenten angegriffenen Stadt Tampico aufgenommen.

**Die Flüchtlinge von Chihuahua.**

hd. New York, 11. Dezember. Der Korrespondent der "New York Times" in Mexiko telegraphiert seinem Blatt erstaunende Einzelheiten über das Elend und die Ankunft der Flüchtlinge von Chihuahua in Orizaba. Darnach sei General Orozco in vollständig erschöpftem Zustand und schwer verwundet in Orizaba eingetroffen. Sein Gesicht war derart geschwollen, daß es dem General unmöglich war, auch nur ein einziges Wort hervorzubringen. Mit dem General zugleich traf eine große Anzahl Flüchtlinge aus Chihuahua ein, alle in vollständig erschöpftem Zustand.

**Die Wahlen in Neu-J.-L.**

wb. Vera, 11. Dezember. Bei den gestrigen Landtagswahlen im Fürstentum Neu-J.-L. wurden zum erstenmal nach dem neuen Proportionalsystem gewählt: 3 Nationalliberale, 1 Konservativer, 1 Fortschrittsler, 1 Bund der Landwirte, 1 bürgerlicher Kompromißkandidat und 1 Sozialdemokrat. Es finden sechs Stichwahlen statt, woran beteiligt sind 4 Nationalliberale, 4 Sozialdemokraten, 2 Bund der Landwirte und 2 Fortschrittsler.

**Ein bedeutamer französischer Erfolg im Sudan.**

wb. Paris, 11. Dezember. Nach einer dem Kriegsministerium auf funktetelegraphischem Wege zugegangenen Nachricht hat Oberst Lorgeau am 8. Dezember die Feste Aïn Galata, den Hauptsitz der

Senussi, nach lebhaftem Kampfe besetzt. Die Senussi erlitten beträchtliche Verluste. Auf französischer Seite soll ein Lieutenant gefallen sein. Durch die Einnahme von Aïn Galata ist die Verbindung der französischen Kolonien in West- und Äquatorialafrika gesichert.

**Berufung General Faure gegen seine Verurteilung.**

wb. Paris, 11. Dezember. Der jüngst gemobt-regelte General Faure hat gegen die Entscheidung des Disziplinarrates, wonach er mit halbem Sold in den Ruhestand versetzt werden soll, beim Staatsrat Einspruch erhoben mit der Begründung, daß ein Amtsmissbrauch vorliege und daß der Disziplinarrat unregelmäßig zusammengesetzt gewesen sei.

**Zur Sold erhöhung der französischen Offiziere.**

wb. Paris, 11. Dezember. Der Heeresausschuß hat die vom Budgetausschuß vorgenommene Sold erhöhung für die Offiziere vom Major abwärts nicht unbeträchtlich vermehrt. Die dadurch verursachten Ausgaben würden ungefähr 30 Millionen betragen.

**Verurteilung eines französischen Erzbischofs.**

wb. Paris, 11. Dezember. Das Appellationsgericht von Orleans hat den Erzbischof von Reims, Kardinal Luçon, wegen eines im Jahre 1909 erlassenen Hirtenbriefes über die Glaubensgefährlichkeit der Volksschulen zur Zahlung eines Schadenersatzes von 500 Franken an die Lehrervereinigung des Marne-Departements verurteilt.

**Offensives Vorgehen der Spanier in Marocco.**

hd. Madrid, 11. Dezember. Nach einer neuen Beratung des Ministerrats und der Staatsminister wurde General Martínez beauftragt, sofort nach Marocco zurückzugehen und den Plan des früheren Kriegsministers General Viques zur Ausführung zu bringen. Befürchtet ist dieser Plan vollständig offenbar gehalten. Der Besluß des Ministerrats bereitet um so größeres Erstaunen, als die Regierung bis jetzt ihre Absicht fundgegeben hatte, in der Folge nicht mehr offensiv vorgehen, sondern sich auf ein friedliches Ende in Marocco zu beschränken.

**Die internationale Kartenkongress.**

wb. Paris, 11. Dezember. Die zweite Tagung der internationalen Konferenz zur Herstellung einer Karte im Maßstab 1:1 000 000 wurde heute eröffnet. 32 Länder sind auf sie vertreten. Die Delegierten wurden von Boisnard empfangen.

**Sturm auf eine Nahrungsbank.**

△ Madrid, 11. Dezember. (Eigener Bericht des "Wiesbadener Tagblatts".) Infolge verschiedener Nachrichten über große Verluste der Spanisch-Amerikanischen Bank, die durch die Kurzschluß in Mexiko verursacht sein sollen, entstand ein Sturm der Einleger auf die Räume des Geldinstituts. binnen wenigen Stunden waren etwa 15 Millionen Mark aufzugezahlt. Dann mußten die Schalter geschlossen werden. Durch Anschlag wurde bekanntgegeben, daß die Auszahlungen morgen fortgesetzt werden. In den Kreisen der Spareinleger herrscht große Erregung.

**Handelsteil.****Berliner Börse.**

\$ Berlin, 11. Dezember. (Eigener Drahtbericht des "Wiesbadener Tagblatts".) Die heutige Börse bot das gleiche Bild wie der gestrige Verkehr. Zu Beginn neigte die Tendenz bei stillen Geschäft zur Schwäche, da die Nachfrage auf die Rechnung des Reichsbankausschusses zum Zwecke der Herausbildung der Reichsbankrate Enttäuschung bereitete und daraufhin mehrfache Abgaben erfolgten. Als sich aber um die Mitte der ersten Börsenstunde die Meinung wieder entschieden durchsetzte, daß doch binnen kurzen eine Diskontermäßigung erfolgen werde, griff auf allen Umsatzgebieten eine Befestigung Platz, womit auch eine Belebung des Verkehrs verbunden war. Größeres Interesse beauspruchten von vornherein die Aktien des Schaffhauser Bankvereins, die mit einem Rückgang von 1½ Proz. einsetzen und dann noch weiter nachzudenken, da die voraussichtliche Herausbildung der Dividende auf 3 Proz. Verstärkung hervorrief. Größere Nachfrage bestand dagegen von vornherein für Prinz-Heinrich-Bahnen, die im Verlaufe 1 Proz. gewinnen konnten, im Zusammenhang mit der Erwartung günstiger Einnahmen. Montanwerte, die anfangs einer einheitlichen Kursbewegung entbehrten, strebten im Verlaufe nach oben. Schiffsaaktien waren von Beginn an gut begehrt und zogen stärker an unter Führung von Hansa. Elektrowerte lagen zunächst überwiegend niedriger, wurden aber später gleichfalls etwas nach oben gezogen. Kanada vermochten ihren Kursstand gut zu behaupten, zumal man von günstigen Mitteilungen aus Montreal über die Finanztransaktionen der Bahn sprach. Die übrigen Verkehrswerte verharren unter Schwankungen ungefähr auf dem gestrigen Stand. Türkische Tabakaktien wurden später realisiert. Beim Übergang in die zweite Börsenstunde machte sich wieder eine ziemlich allgemeine, wenn auch meist nur leichte Abschwächung bemerkbar. Tägliches Geld war gefragt wegen Einzahlungen auf die neuen Rumänen; der Satz stellte sich auf 3 bis 3½ Proz. Bei der Reaktion war Geld auf fünf Tage zu 3½ Proz. und bis zum 20. Dezember zu 3¾ Proz. zu haben. Privatdiskont 4½ bzw. 4¾ Proz. (gestern 4 bis 4¾ Proz.).

**Frankfurter Börse.**

= Frankfurt a. M., 11. Dezember. (Eigener Drahtbericht des "Wiesbadener Tagblatts".) Die Börse nahm zunächst eine abwartende Haltung ein. Der New Yorker Markt entzog nicht den Erwartungen; die Umsätze waren zunächst bescheiden und ließen auch in den führenden Spekulationswerten zu wünschen übrig. Für Orientbahnen bemerkte man Abgabeburst. Von österreichischen Staatsbahnen lebhaft gehandelt. Auch Lombarden ließen feste Haltung erkennen. Der Schiffahrtsmarkt wies eine schwächere Tendenz auf Paketfahrt behauptet. Lloyd maßig niedriger. Der Bankenmarkt war bei ruhigem Verkehr fest. Österreichische Banken behauptet. Heimische Renten waren zwar nicht lebhaft gehandelt, aber ziemlich fest. Von fremden Fonds sind besonders Österreich-Ungarn gefragt. Am Kassamarkt der Dividendenwerte war die Haltung ungleichmäßig. Später war A. Schnauffhausen'scher Bankverein stärkeren Baisseangriffen ausgesetzt. Der Kurs stellte sich auf 103½. Heimische Banken ebenfalls maßig abgeschwächt. Die Stimmung läßt im allgemeinen Abgabeburst erkennen, da man eine Beteiligung von Seiten des Privatpublikums vermisste. Die Börse schloß bei stillen Geschäft und schwächerer Tendenz. Privatdiskont 4½ Proz. (gestern 4¾ Proz.).

**Banken und Geldmarkt.**

w. Der Begründer der amerikanischen Harvester Co. gestorben. Chicago, 10. Dezember. In Miami (Florida) ist William Doering, der Begründer der Harvester Co., gestorben. Sein Vermögen wird auf 50 Millionen Dollar geschätzt.

w. Preußische Zentral-Boden-Kredit-A.-G. In der gestrigen Sitzung des Verwaltungsrats des Unternehmens wurde mitgeteilt, daß die bisherigen Ergebnisse für 1913 voraussichtlich wieder die Verteilung einer Dividende von 9½ Proz. (wie in den letzten drei Jahren) gestatten.

\* Mitteldeutsche Kreditbank in Frankfurt a. M. und Berlin. Die Bank wandelt ihre Kommanditen in Baden-Baden (Meyer u. Diß) und in Mainz (Weis, Herz u. Ko.) mit Wirkung vom 1. Januar 1914 ab in eigene Zweigstellen um. Die seitigen Inhaber der Firmen behalten die Leitung der Niederlassungen.

w. Kapitalerhöhung der Elektrizitäts-A.-G. Lahmeyer u. Ko., Frankfurt a. M. In der gestrigen außerordentlichen Generalversammlung der Elektrizitäts-A.-G. vorm. W. Lahmeyer u. Ko. wurden die Anträge der Verwaltung auf Erhöhung des gegenwärtig 25 000 000 M. beträgenden Grundkapitals um 5 000 000 M. einstimmig angenommen. Die neuen Aktien werden von der Bank für elektrische Unternehmungen in Zürich zu 110 Proz. plus Spesen übernommen und den alten Aktionären zu 115 Proz. zuzüglich 6 Proz. Zinsen auf den eingezahlten Betrag ab 1. Januar 1914 bis zum Einzahlungstage franko aller Spesen derart angeboten, daß auf 5 alte Aktien eine neue Aktie entfällt, während Teilbeträge unberücksichtigt bleiben. Weitere Bezugsrechte sollen den Aktionären nicht zustehen. — Auf die neu auszugebenden Aktien sind 25 Proz. und das Aufgeld von 10 Proz. sofort einzuzahlt werden. Die jungen Aktien nehmen mit 25 Proz. des Normalbetrages vom 1. Januar 1914 ab an der Dividende des Geschäftsjahres 1913/14 teil. Die Fristen und Raten für die weiteren Einzahlungen bestimmt in Gemäßheit der §§ 5 und 6 der Statuten der Aufsichtsrat der Gesellschaft. Die Dividendenberechtigung der späteren Einzahlungen richtet sich nach dem Tage ihrer Fälligkeit. — Der Vorsitzende teilte gleichzeitig mit, daß der Aufsichtsrat gemäß § 8 der Statuten beschlossen hat, eine weitere Obligation anleihe bis zu 8 000 000 M. die zu 5 Proz. verzinslich und pari rückzahlbar wird, zu schaffen und zu begeben, wegen deren Übernahme mit dem Lahmeyer-Bankenkonsortium, dem u. a. die Dresdner Bank in Frankfurt a. M. die Filiale der Bank für Handel und Industrie angehören, bereits Vereinbarungen getroffen worden sind.

\* Elektrizitäts-A.-G. vorm. Schuckert u. Ko. in Nürnberg. Bei der diesjährigen Verlosung der 4½ prozent. Schuldverschreibungen der Anleihe vom Jahre 1901 dieser Gesellschaft sind 160 Stück zu je 2000 M. und 280 Stück zu je 1000 M. gezogen worden. Die Heimzahlung derselben geschieht vom 1. April 1914 ab zu 102 Proz. Aus früheren Verlosungen sind zehn Schuldverschreibungen noch nicht zur Einlösung vorgezeigt worden.

**Berg- und Hüttenwesen.**

\* Bei dem Reiseverband hat der Novemberversammlung eine bedeutende Abnahme erfahren, denn er machte noch nicht ganz 82 Proz. der Beteiligung aus, gegen 92,75 Proz. im Vorjahr.

\* Zur Frage einer Förderungsabgabe vom Bergbau in Altenburg. Die Interessengemeinschaft Meuselwitz-Rositzer Braunkohlenbau hat an die Altenburgische Landschaft nochmals eine Eingabe gerichtet, in der sie gegen die Vorlage der Regierung, betreffend eine Förderungsabgabe vom Bergbau,

Sammenstoß zwischen Polizei und streifenden Bergleuten.

R. Calumet (Michigan), 11. Dezember. Bei einem Zusammenstoß mit streifenden Bergleuten wurde ein Polizeibeamter getötet und zwei verwundet. Die Streifenden sollen auf die Beamten geschossen haben. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

**Von Piraten erschossen.**

R. Hongkong, 11. Dezember. Der britische Dampfer "Saitai", der hier eingetroffen ist, meldet, daß er von einem portugiesischen Dampfer das Signal erhalten habe, wonach dessen Kapitän von Piraten erschossen worden sei.

**Selbstmord aus Angst.**

wb. Brüssel, 11. Dezember. Der Präsident des hiesigen Landgerichts, Fischer, hat sich aus unbegründeter Furcht vor Krebskrankheit mit seinem Revolver die Kehle durchschnitten und war sofort tot.

**Ein Erdbeben.**

wb. Stuttgart, 11. Dezember. Die Erdbebenvarie Hohenheim verzeichnete heute nacht 11 Uhr 11 Min. 34 Sek. ein Rabilben.

**Wetterberichte.****Deutsche Seewarte Hamburg.****11. Dezember, 8 Uhr vormittags.**

1 = sehr leicht, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = wässig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm.

Beobachtungs-Station.	Barom.	Windstärke	Wetter	Therm. Cels.	Beobachtungs-Station.	Barom.	Windstärke	Wetter	Therm. Cels.
Borkum .	762,2	NW 4	bedeckt	+7,0	Bodilby . . .	770,6	NW 4	wolkig	+ 8
Hamburg .	750,0	NW 3	Nobel	+7,0	Aßbreiten . . .	750,9	WW NW 2	>	+ 4
Swinemünde .	754,4	W 3	wolkig	+7,0	Paris . . .	751,2	WW NW 2		
Monet .	751,1	NNO 2	<		Vilseking . . .	752,5	WW NW 3	wolkig	+ 9
Aachen .	755,7	W 2	bedeckt	+7,0	Christiansen . . .	747,5	SW 5	wolkig	+ 7
Nanover .	750,0	N 2	Bogen	+7,0	Skagen . . .	754,7	W 1	wolkig	+ 5
Berlin .	758,1	W 2	bedeckt	+7,0	Kopenhagen . . .	750,4	WNW 2	Nobel	+ 3
Dresden .	754,3	WWX 2	<		Stockholm . . .	752,7	W 2	wolkig	- 3
Braunschweig .	756,5	WWX 3	<		Hagarsunda . . .	750,6	N 2	bedeckt	-15
Betz .	750,5	W 7	<		Potsdam . . .	750,5	NNW 2	bedeckt	- 4
Frankfurt .	751,8	NW 2	<		Warschau . . .	750,5	NNW 2	bedeckt	- 4
Karlsruhe .	754,9	SW 3	<		Wien . . .	757,8	WNW 3	<	+ 5
München .	753,5	SW 7	Regen	+8,0	Rom . . .	757,2	NO 1	wolkig	- 3
Zugspitze .	524,8	NW 9	Seeuas . . .	11	Florenz . . .	750,0	SSW 5	bedeckt	
Waldeck . . .	750,0	SW 1	bedeckt		Sveylafjord . . .	757,4	SSW 5	heiter	+ 3

1 Pf. Sterling	6.20,40
1 Franc, 1 Lire, 1 Peseta, 1 L.R.	—
1 österr. H. i. O.	2.—
1 fl. d. Währ.	1.70
1 österr.-ungar. Krone	—
100 fl. öst. Konv. Münze	105 fl. Währ.
1 shand. Krone	—
	1.125

# Kursberichte vom 11. Dez. 1913.

Eigene Drahtberichte des Wiesbadener Tagblatts.

## Berliner Börse.

Div.	Bank-Aktien.	In %
1/2 Berliner Handelsges.	155,50	
6 Commerz- u. Disc.-B.	107.	
6/2 Darmstädter Bank	115,70	
1/2 Deutsche Bank	240,75	
6 D. Eff. u. Wechsel.	112.	
10 Disconto-Kommandit	185.	
8/1 Dresdner Bank	180,10	
7 Meiningen Hyp.-Bank	127.	
6/1 Mindest. Creditbank	114,40	
7 National. f. Deutschl.	117.	
10/2 Öster. Kreditanst.	213.	
13 Petersberg. Intern. Bk.	—	
5,82 Reichsbank	137,80	
7/2 Schaffh. Bankverein	103.	
Bahnen und Schiffahrt.		
9/2 Canadas-Pacific	227.	
6 Baltimore and Ohio	94.	
6 Deutsche E.-Betr.-O.	107,40	
9 Hamb.-Am. Paket.	134,60	
15 Hansa-Dampfschiff.	276,10	
3 Niederdaldbahn	—	
5 Nord. Linay	119,50	
7 Öster.-Ung. Staatsb.	—	
9 Öster. Südb.(Lomb.)	22,60	
7 Orient. E.-Betr.-O.	106,60	
6 Pennsylvania	—	
6/2 Süd. Eisenbahn-O.	121,25	
6/2 Schantung-Eisenb.	125,80	
Brauereien.		
15 Schallbeis	254.	
10 Leipz. Bierb. Reicheb.	168.	
0 Wiesbad. Kronenbr.	15,80	
Bau- u. Tiefbau-Unternehm.		
20 Scham. und Monierbau	157,25	
21 Deutsche Erdöl-Ges.	260.	
5 Gebhardt. & König	205,75	
0 Nest. Boden-A.-O.	95.	
Bergwerks-Unternehmungen.		
15 Ausmetz. Friede	166,00	
15 Europ. Walzwerk	129.	
7 Bechumer Oestdahl	210,25	
7 Bederer Eisenwerke	107,70	
16 Concordia Bergbau	302.	
11 Deutsch-Luxemb. B.	133,75	
20 Dommerschmitzle	344.	
12 Eisenwerk Kraft	183.	
15 Eisenhütte Thale	223.	
8 Eschwe. Bergwerks	218,10	
15 Gelsweider Eisenwerke	158.	
10 Geisenh. Bergwerks	190,50	
8 Harpener Bergbae	174,90	
22 Hösch-Eisen u. Stahl	307,75	
6 Im Bergbau	481.	
4 Königs- u. Laurahütte	151,75	
10 Lauchhammer kon.	182,50	
9/2 Leonh.-Brausekohlen	186.	
12 Mannesm.-Röhrenw.	217.	
11 Mühle. Bergwerks	165.	
15 Oberholz. Koksw.	222.	
22 Phönix-Berg. u. Härt.	233,80	
18 Rhin.-Nass. Bergw.	232,25	
Verschiedene.		
8 Adler Port.-Cement	109.	
6 D. Wulf. u. Man.-F.	565.	
5 Lindes Eisschässchen	127,75	
5/2 St. E. Tient.-Puk.	121.	
Textilindustrie.		
20 Mech. Web. Linden	268.	
10 Nordd. Wollknäueler	138,90	
16 Ver. D. Nickelwerke	274,90	
12 Wegerlin & Höhner	162,25	
Papier- u. Zellstofffabriken.		
28 Ammendorfer	354,50	
11 Kothaus Zellulose	127,75	
12 Vanziner Papierf.	—	
Deutsche Kolonial-Ges.		
11/2 10. Olaviminen	Fr. 108.	
5/2 7/2 SouthWestAfr.C.	—	
	Ult. 114,50	
Div. Industrie-Aktien.		
Vorl. Letzt.	In %	
14. 20. Alum. Neuth.(50%)Fr.	277,50	
10. 19. Aschfing. Banpap.	173.	
5. 8. Masch.-Pop.	116.	
12. 12. Bad. Zekl. Wagn.	200.	
3. 9. GangSüdd.600%.	55,60	
5. 6. Bleist. Fahr. Nbg.	264,90	
10. 11. Braner. Bünding	194,90	
7. 7. Messinger Fr.	119.	
6. 6. Heckes Cans.	152.	
8/2 6/2 Bodenkr. B.	174,40	
5/2 5/2 Schwarz. Hyp.-B.	106.	
7/2 Wiener Bank-V.	124,90	
7. 7. Württig. Bankamt.	132.	
6. 6. do. Notens. s.	117.	
7. 7. do. Vereinsbk. fl.	132,20	
9. 9. Banque Ottomane Fr.	123.	
Aktion v. Transp.-Anstalten		
Divid.	a) Deutsche.	In %
1/2 Vorl. List.	—	—
11. 10. Olaviminen	Fr. 108.	
5. 7/2 SouthWestAfr.C.	—	
	Ult. 114,50	
Div. Bank-Aktien.		
Vorl. Letzt.	In %	
14. 20. Alum. Neuth.(50%)Fr.	277,50	
10. 19. Aschfing. Banpap.	173.	
5. 8. Masch.-Pop.	116.	
12. 12. Bad. Zekl. Wagn.	200.	
3. 9. GangSüdd.600%.	55,60	
5. 6. Bleist. Fahr. Nbg.	264,90	
10. 11. Braner. Bünding	194,90	
7. 7. Messinger Fr.	119.	
6. 6. Heckes Cans.	152.	
8/2 6/2 Bodenkr. B.	174,40	
5/2 5/2 Schwarz. Hyp.-B.	106.	
7/2 Wiener Bank-V.	124,90	
7. 7. Württig. Bankamt.	132.	
6. 6. do. Notens. s.	117.	
7. 7. do. Vereinsbk. fl.	132,20	
9. 9. Banque Ottomane Fr.	123.	
Aktion v. Transp.-Anstalten		
Divid.	a) Deutsche.	In %
1/2 Vorl. List.	—	—
11. 10. Olaviminen	Fr. 108.	
5. 7/2 SouthWestAfr.C.	—	
	Ult. 114,50	
Div. Industrie-Aktien.		
Vorl. Letzt.	In %	
14. 20. Alum. Neuth.(50%)Fr.	277,50	
10. 19. Aschfing. Banpap.	173.	
5. 8. Masch.-Pop.	116.	
12. 12. Bad. Zekl. Wagn.	200.	
3. 9. GangSüdd.600%.	55,60	
5. 6. Bleist. Fahr. Nbg.	264,90	
10. 11. Braner. Bünding	194,90	
7. 7. Messinger Fr.	119.	
6. 6. Heckes Cans.	152.	
8/2 6/2 Bodenkr. B.	174,40	
5/2 5/2 Schwarz. Hyp.-B.	106.	
7/2 Wiener Bank-V.	124,90	
7. 7. Württig. Bankamt.	132.	
6. 6. do. Notens. s.	117.	
7. 7. do. Vereinsbk. fl.	132,20	
9. 9. Banque Ottomane Fr.	123.	
Aktion v. Transp.-Anstalten		
Divid.	a) Deutsche.	In %
1/2 Vorl. List.	—	—
11. 10. Olaviminen	Fr. 108.	
5. 7/2 SouthWestAfr.C.	—	
	Ult. 114,50	
Div. Bank-Aktien.		
Vorl. Letzt.	In %	
14. 20. Alum. Neuth.(50%)Fr.	277,50	
10. 19. Aschfing. Banpap.	173.	
5. 8. Masch.-Pop.	116.	
12. 12. Bad. Zekl. Wagn.	200.	
3. 9. GangSüdd.600%.	55,60	
5. 6. Bleist. Fahr. Nbg.	264,90	
10. 11. Braner. Bünding	194,90	
7. 7. Messinger Fr.	119.	
6. 6. Heckes Cans.	152.	
8/2 6/2 Bodenkr. B.	174,40	
5/2 5/2 Schwarz. Hyp.-B.	106.	
7/2 Wiener Bank-V.	124,90	
7. 7. Württig. Bankamt.	132.	
6. 6. do. Notens. s.	117.	
7. 7. do. Vereinsbk. fl.	132,20	
9. 9. Banque Ottomane Fr.	123.	
Aktion v. Transp.-Anstalten		
Divid.	a) Deutsche.	In %
1/2 Vorl. List.	—	—
11. 10. Olaviminen	Fr. 108.	
5. 7/2 SouthWestAfr.C.	—	
	Ult. 114,50	
Div. Industrie-Aktien.		
Vorl. Letzt.	In %	
14. 20. Alum. Neuth.(50%)Fr.	277,50	
10. 19. Aschfing. Banpap.	173.	
5. 8. Masch.-Pop.	116.	
12. 12. Bad. Zekl. Wagn.	200.	
3. 9. GangSüdd.600%.	55,60	
5. 6. Bleist. Fahr. Nbg.	264,90	
10. 11. Braner. Bünding	194,90	
7. 7. Messinger Fr.	119.	
6. 6. Heckes Cans.	152.	
8/2 6/2 Bodenkr. B.	174,40	
5/2 5/2 Schwarz. Hyp.-B.	106.	
7/2 Wiener Bank-V.	124,90	
7. 7. Württig. Bankamt.	132.	
6. 6. do. Notens. s.	117.	
7. 7. do. Vereinsbk. fl.	132,20	
9. 9. Banque Ottomane Fr.	123.	
Aktion v. Transp.-Anstalten		
Divid.	a) Deutsche.	In %
1/2 Vorl. List.	—	—
11. 10. Olaviminen	Fr. 108.	
5. 7/2 SouthWestAfr.C.	—	
	Ult. 114,50	
Div. Bank-Aktien.		
Vorl. Letzt.	In %	
14. 20. Alum. Neuth.(50%)Fr.	277,50	
10. 19. Aschfing. Banpap.	173.	
5. 8. Masch.-Pop.	116.	
12. 12. Bad. Zekl. Wagn.	200.	
3. 9. GangSüdd.600%.	55,60	
5. 6. Bleist. Fahr. Nbg.	264,90	
10. 11. Braner. Bünding	194,90	
7. 7. Messinger Fr.	119.	
6. 6. Heckes Cans.	152.	
8/2 6/2 Bodenkr. B.	174,40	
5/2 5/2 Schwarz. Hyp.-B.	106.	
7/2 Wiener Bank-V.	124,90	
7. 7. Württig. Bankamt.	132.	
6. 6. do. Notens. s.	117.	
7. 7. do. Vereinsbk. fl.	132,20	
9. 9. Banque Ottomane Fr.	123.	
Aktion v. Transp.-Anstalten		
Divid.	a) Deutsche.	In %
1/2 Vorl. List.	—	—
11. 10. Olaviminen	Fr. 108.	
5. 7/2 SouthWestAfr.C.	—	
	Ult. 114,50	
Div. Industrie-Aktien.		
Vorl. Letzt.	In %	
14. 20. Alum. Neuth.(50%)Fr.	277,50	
10. 19. Aschfing. Banpap.	173.	
5. 8. Masch.-Pop.	116.	
12. 12. Bad. Zekl. Wagn.	200.	
3. 9. GangSüdd.600%.	55,60	
5. 6. Bleist. Fahr. Nbg.	264,90	
10. 11. Braner. Bünding	194,90	
7. 7. Messinger Fr.	119.	
6. 6. Heckes Cans.	152.	
8/2 6/2 Bodenkr. B.	174,40	
5/2 5/2 Schwarz. Hyp.-B.	106.	
7/2 Wiener Bank-V.	124,90	
7. 7. Württig. Bankamt.	132.	
6. 6. do. Notens. s.	117.	
7. 7. do. Vereinsbk. fl.	132,20	
9. 9. Banque Ottomane Fr.	123.	
Aktion v. Transp.-Anstalten		
Divid.	a) Deutsche.	In %
1/2 Vorl. List.	—	—
11. 10. Olaviminen	Fr. 10	